



Stephan Götzl:

### Im neuen Jahr Wechsel an der Spitze

Ab 2005 wird der langjährige vbw-Hauptgeschäftsführer Nachfolger von Genossenschaftsverbandspräsident Wilhelm Frankenberger. **Seite 8**



Alois Glück:

### Netze bürgerschaftlichen Engagements

Dass und wie Familien durch ehrenamtliche Initiativen geholfen werden kann, zeigt eine neue Publikation des Landtagspräsidenten auf. **Seite 3**



Manfred Hölzlein:

### Bezirk Niederbayern im Zeichen zweier Jubiläen

Bei einem Festakt in Mainkofen hob der Präsident die außerordentliche soziale und kulturelle Bedeutung des Bezirks hervor. **Seite 19**

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 16. Dezember 2004

54. Jahrgang / Nummer 24



„Man sieht nur mit dem Herzen gut“ drückt die Glasskulptur von Michael Friedrichsen aus. Diese wird als eine Art Wanderpokal auch 2005 bei großzügigen Stiftern ausgestellt. Im kommenden Jahr teilen sich Walter Orterer von der Orterer Getränke-Märkte GmbH, und der Vorstandsvorsitzende der Stadtparkasse München, Harald Strötgen (v. l.) das Kunstwerk. Alle Spender tragen die Initiative „Lichtblick Hasenberg!“, die unter dem Dach der Caritas die sozialpädagogische Betreuung für 12- bis 14-jährige obdachlose Kinder finanziert - mehr als 800 gibt es allein in der Landeshauptstadt. Unser Bild entstand im Münchner Kulturzentrum Mohrvilla bei der Übergabe des Kunstwerks durch die Lichtblick-Initiatoren und -Betreiber Dr. Klaus Kolb und Gerhard Schmitt-Thiel (v. r.). Unterstützt wird das Projekt in diesem Jahr auch von Herbert Graus, Peter Schottenhamel, Prof. Klaus und Margret Jamin, dem Rotaryclub München Land, Sternstunden e.V. und der Bayerischen Gemeindezeitung. **Foto: tz**

### Pressekonferenz des Bayerischen Gemeindetags:

## Sozialhilfe-Finanzierung auf neue Beine stellen

Brandl fordert bayernweit einheitliches staatliches Konzept

„Die Pflege- und Sozialhilfekosten haben eine Dimension erreicht, die den Rahmen einer kommunalen Selbstverwaltungsangelegenheit und erst recht die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen übersteigt“, sagte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, I. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, anlässlich einer Pressekonferenz in München.

Brandl weiter: „Unsere Gesellschaft steht vor einem tief greifenden Wandel. Die demographische Entwicklung zeigt, dass unsere Bürger immer älter und damit auch pflegebedürftiger werden.“

### Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Der Fortschritt in der Medizin bedingt außerdem zunehmend Schwer- und Schwerstbehinderte, die bis ins hohe Alter in den gesellschaftlichen Alltag integriert werden müssen. Wir ha-

ben es hier mit einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu tun. Ich fordere deshalb den Freistaat Bayern auf, diese Aufgaben in staatliche Verantwortung zu übernehmen. Die Kommunen sind bereit, sich im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten an der Mitfinanzierung zu beteiligen. **(Fortsetzung auf Seite 4)**

### Zur Lage der bayerischen Bezirke:

## Gefangen im Schraubstock

Jahrespressekonferenz zur Finanzausstattung sowie Fragen der Sozial- und Gesundheitspolitik

„Die Bezirke sind gegenwärtig in einer sehr undankbaren Rolle. Sie befinden sich gewissermaßen im Schraubstock der gesetzlichen Aufträge und auf der anderen Seite in der Kritik derer, die die Erfüllung dieser Aufträge über das kommunale Umlagesystem weitgehend finanzieren müssen“, betonte Präsident Manfred Hölzlein bei der Jahrespressekonferenz 2004 des Verbandes der Bayerischen Bezirke in München.

Die Abschaffung der Bezirke sei darauf keine Antwort und keine Problemlösung, stellte Hölzlein klar. Zweckverbände seien ebenso wenig eine Lösung wie das Delegieren von Aufgaben auf Landkreise und Städte, weil die Ausgleichsfunktion der Bezirksumlage verloren gehe.

### Kostenentwicklung

Aufgrund ausgewählter Beispiele analysierte der Präsident die aktuelle Situation, der sich die Bezirke und der Verband an der Schwelle zum neuen Jahr gegenüber sehen. Im Hinblick auf die Kostenentwicklung bei der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege beklagte Hölzlein den Umstand, dass die sieben bayerischen Bezirke mit einer Summe von rund 2,4 Milliarden Euro als überörtliche Sozialhilfeträger fast 80 Prozent des Gesamtsozialhilfeaufkommens

in Bayern aufzubringen haben.

Der weitaus überwiegende Betrag entfalle auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Die Bezirke trügen hier die Versorgung für rund 60.000 behinderte Menschen. Die Anzahl der Leistungsberechtigten sei seit 1995 um rund 18.000 Hilfeempfänger angestiegen. Dies entspreche einer Wachstumsrate von rund 43 Prozent. Daher stiegen auch die Ausgaben der Bezirke für die Eingliederungshilfe seit Jahren drastisch an.

### Steigerung um eine Milliarde Euro

Im Zeitraum von 1990 bis zum Jahr 2002 ergibt sich laut Hölzlein eine Steigerung der Bruttoausgaben von seinerzeit 486 Millionen auf 1,43 Milliarden Euro. Dies entspricht einer **(Fortsetzung auf Seite 4)**

## 300 Millionen für Bayerns Entwicklung

Investitionsprogramm für Bildung und Forschung - Kommunen „enormes Anliegen“

Ganz im Sinn seiner Regierungserklärung 2003 für die Legislaturperiode bis 2008 nach dem Motto „Sparen, Reformieren, Investieren“ hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber im Landtag ein Investitionsprogramm von 300 Millionen Euro im Rahmen des Doppelhaushalts 2005/2006 vorgestellt.

Schwerpunkte sind Bildung, Hochschulen und Forschung. Gleichzeitig betonte er, die Stär-

kung der Kommunen bleibe ein enormes Anliegen von Staatsregierung und CSU-Fraktion, was sich trotz aller Sparzwänge in erhöhten Landesleistungen niederschläge. Die Opposition bezweifelte sowohl die Solidität des Millionenprogramms als auch die Investitionen für die Kommunen.

### Meilenstein erfolgreicher Privatisierungspolitik

Stoiber nannte das neue Millionenprogramm einen „weiteren Meilenstein“ seiner „erfolgreichen Privatisierungspolitik seit 1994“ mit den Offensiven Zukunft Bayern und High-Tech. Die 300 Millionen Euro werden demnach weitgehend aus weiteren Privatisierungserlösen finanziert. Dazu gehören der Verkauf der restlichen E.ON-Anteile Bayerns wie auch der Regentalbahn AG. Die aus letzterem Objekt erwarteten 60 Millionen Euro sollen speziell Wissenschaftsprojekten in den Grenzregionen Niederbayerns und der Oberpfalz zugute kommen.

Der Ministerpräsident gab eine Quasi-Regierungserklärung

### Erinnern Sie sich ...

„Peterchens Mondfahrt“ hat uns alle in seinen Bann gezogen. Generationen von Kindern faszinierte vor allem in der Weihnachtszeit die Geschichte von Peterchen und Anneliese, die mit dem Maikäfer Sumsemann zum Mond fliegen, um sein Beinchen zu holen.

Die Umsetzung des kühnen Entschlusses erfordert von den Kindern sehr viel Mut.

Während ihrer wundersamen Reise meistern sie größte Gefahren und erleben himmlische Abenteuer. Sie kommen zur Sternwiese, fahren Schlitten auf der Milchstraße, reiten auf dem großen Bären, begegnen dem edlen Ritter, der Nachtfee, der Morgenröte, dem Sandmännchen, dem Weihnachtsmann und natürlich dem bösen Mondmann.

Am Ende der Geschichte kommt „die Minna“ und weckt die Kinder auf. War alles nur ein Traum? Aber nein: Sumsemann hat sechs Beine und Mutter übergibt jedem Kind ein Päckchen vom Weihnachtsmann, das genau die Kuchen enthält, die das Pfefferkuchmännchen auf der Weihnachtswiese für die Kinder gepflückt hatte.

Haben wir nicht alle im vergangenen Jahr wieder zahlreiche Abenteuer bestehen müssen? Galt es nicht auch für uns, schwierigste Situationen zu meistern! Ob sie wirklich so kompliziert waren? Ob sie wirklich wichtig waren? Ob sie wirklich himmlisch waren? Ja, ob sie überhaupt „wirklich“ waren? Wer kann das sagen. Was ist wirklich wichtig im Leben?

Ganz sicher ist es wichtig, nach Hause kommen zu dürfen, ob aus einem Traum, einer anderen Welt, oder von einer weiten Reise.

In diesem Sinne wünscht Ihnen das GZ-Team für die bevorstehenden Festtage ein gutes Nachhausekommen, gesegnete Weihnachten und für 2005 das Allerbeste.

Ihre Anne-Marie von Hassel



Das Fremde im eigenen Land ist fremder geworden. Ein Satz von Rousseau mag hier eine Hilfestellung geben: „Um sich ein Urteil über eine Religion zu bilden, muss man sie nicht aus den Büchern ihrer Bekenner studieren, sondern sie aus dem Verkehre mit denselben lernen.“ **Seite 19**

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Kommunalfreundliche Politik der Staatsregierung	Seite 2
Familienpolitik und Kindergartengesetz	2
Bayerns Industrie auf dem Vormarsch	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun:	
Neuordnung der Regionalen Planungsverbände	3
Verfassungspatriotismus und Föderalismus	3
Neue Medien zur politischen Bildung	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzien	5 - 11
Kommunale Baupolitik	12 - 15
Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung	16
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Einen 15.000,- EURO-Scheck zu Gunsten des Kinderhospizes Allgäu in Bad Grönenbach erhielt Karin Stoiber in der Bayerischen Staatskanzlei von Paul Waning (2.v.r.), Vorstandsmittglied der Lechwerke AG. Die Vertreter des Trägervereins, links Marlies Breher und Dr. Georg Fröhlich sowie rechts Dr. Stefan Zeller, sind sehr dankbar, denn das Geld wird dringend benötigt. Im kommenden Frühjahr wird mit dem Bau des ersten Kinderhospizes in ganz Süddeutschland begonnen. Mit dieser Weihnachtsspende steht der schwäbische Energiedienstleister am Anfang einer neuen Tradition. Erstmals verzichten die Lechwerke für ein karitatives Projekt auf die traditionellen Weihnachtsgeschenke an Partner und Geschäftskunden.

Kommunalpolitikertag der Jungen Union in Feuchtwangen:

## Kommunalfreundliche Politik der Staatsregierung

Feuchtwangen (ubr) - „Auch die Kommunen müssen lernen, dass sie nur so viel ausgeben können, wie sie einnehmen“. Nachhaltigkeit auch in der Kommunalpolitik forderte beim „Kommunalpolitikertag 2004“ der Jungen Union (JU) in Feuchtwangen Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein in seinen grundsätzlichen Ausführungen zur Politik in Städten und Gemeinden.

Zum ersten Mal veranstaltete „die viertstärkste kommunalpolitische Kraft in Bayern“, wie der JU Landesvorsitzende Manfred Weber die Jugendorganisation der CSU nannte, mit ihrem Arbeitskreis „Inneres, Kommunen und ländlicher Raum“ einen Tag, in dessen Verlauf in Fachforen ausschließlich kommunalpolitisch relevante Themen, wie der kommunale Finanzausgleich, Kinderbetreuung im Freistaat, Partnerschaften zwischen privater und öffentlicher Hand oder die Entwicklung der Krankenhauslandschaft behandelt wurden.

### Basis der Demokratie

In seinen grundsätzlichen Anmerkungen zur Kommunalpolitik betonte Günther Beckstein zum Stellenwert der Politik auf Ebene der Gemeinden und Städte: „Kommunalpolitik ist die Basis der Demokratie“. Für die Bayerische Staatsregierung sei es deshalb eine Daueraufgabe mit hoher Priorität, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und weiter auszubauen.

### Erste Lichtblicke

Den kommunalen Finanzen widmete der Innenminister einen Schwerpunkt seiner Ausführungen. Bei einigen Städten und Gemeinden zeigten sich durch zumindest stabile, aber in einigen Fällen auch kräftig gestiegene Gewerbesteuererinnahmen wie-

der erste Lichtblicke. Viele bayerische Kommunen befänden sich allerdings in einer alles andere als rosigen Finanzlage. Und Beckstein erklärte in diesem Zusammenhang, er glaube, dass keine großen Veränderungen dieser angespannten Situation absehbar seien. Wenn die Kommunen mehr Geld haben wollten müssten sie es über Steuern von den Bürgern holen. Europaweit gebe es aber einen Trend zu Steuersenkungen nicht Erhöhungen.

### Ausgleichsleistungen

Der von „relativer Großzügigkeit geprägte“ kommunale Finanzausgleich sei ein Beleg für die kommunalfreundliche Politik der Staatsregierung, sagte der Innenminister. Um den Gestaltungsspielraum der Städte und Gemeinden zu erhalten würden im Haushalt 2005 des Freistaats die Ausgleichsleistungen um 181 Millionen Euro auf 5,65 Milliarden steigen. Dabei wüchsen die reinen Landesleistungen gegenüber dem Nachtragshaushalt 2004 um 362 Millionen Euro.

Ein kräftiges Signal der Kommunalfreundlichkeit des Freistaats sei die schrittweise Abschaffung der von den Kommunen aufzubringenden Solidarumlage, betonte Beckstein. Ab 2008 werde die Solidarumlage dann für die Kommunen gänzlich abgeschafft sein. „Das ist eine Riesenerleichterung Bayerns“. Gleichzeitig würden im kommenden Jahr

die Schlüsselzuweisungen um 38,9 Millionen Euro anwachsen und die Leistungen an die Bezirke durch den Freistaat um zusätzliche 160 Millionen Euro auf dann 600 Millionen Euro steigen. Entlastet würden die Bezirke auch durch die Übernahme der Kosten für die sogenannten Kontingentflüchtlinge.

### Konsolidierungshilfen

Handlungsbedarf sah der Innenminister für die Einführung von „Konsolidierungshilfen“, also staatlichen Hilfen über einen gewissen Zeitraum für Gemeinden mit gravierenden strukturellen Haushaltsproblemen. Dabei könne er sich vorstellen, dass solche Hilfen auch aus Mitteln

### Bayerischer Gemeindegtag:

## Ja zum neuen Kindergartengesetz

Jetzige Fassung findet Zustimmung  
Nein zum Prüfungsauftrag für neue Gastkinderregelung

Ein unbeschränktes Elternwahlrecht würde zu einer völlig zergliederten Kindergartenlandschaft führen, sagte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, vor der Presse in München. Der Bayerische Gemeindegtag ist über den Beschluss des Ministerrats vom 6. 12. 2004 für ein neues Kindergartengesetz in Bayern nicht glücklich.

### Entschiedener Widerstand

Brandl: „Wir erkennen das Bemühen des Freistaats an, trotz zurückgehender Kinderzahlen das bisherige Fördervolumen für Kindergärten zu halten. Zudem begrüßen wir, dass der Freistaat die Gemeinden stärker als bisher in den Aufbau von Kindertagesstätten einbezieht. Auf entschiedenen Widerstand stößt jedoch der Prüfungsauftrag des Ministerrats, ob eine vom Gesetzentwurf abweichende Gastkinderregelung in Kraft treten soll. Dass gerade in diesem Punkt eine nach dreijährigem Diskussionsprozess gefundene Kompromisslösung jetzt wieder zur Disposition steht, ist nicht akzeptabel.“

### Kein unbeschränktes Elternwahlrecht

Ein unbeschränktes Elternwahlrecht, in welchem Ort ihr Kind einen Kindergarten besucht, würde zu einer völlig zergliederten Kindergartenlandschaft führen. Die Gemeinden hätten keinerlei Planungssicherheit. „Wenn die Staatsregierung diesen Irrweg will, muss sie wegen des Konnexitätsprinzips das entsprechende Geld herausrücken“, forderte der Präsident.

### Bedarfsplanfeststellung

Das neue Bayerische Kindergartengesetz soll künftig für alle Kindergrüppen, Kindergärten, Kinderhorte, Häuser für Kinder sowie Tagespflege gelten. Die Gemeinden werden dabei stärker als bisher in die Bedarfsplanfeststellung eingebunden. Künftig müssen Gemeinden nur noch bedarfsfestgestellte Kindertagesstätten bezuschussen. Sofern die Gemeinde ausreichend Plätze für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellt, braucht sie keine weiteren Plätze in Nachbargemeinden zu subventionieren (Gastkinderregelung).

finanziert werden könnten, die bei besonders finanzkräftigen Städten und Gemeinden „maßvoll“ abgeschöpft werden könnten. Für ebenso erforderlich halte er auch die Berücksichtigung eines demographischen Faktors bei der Finanzausstattung der Kommunen zum Ausgleich von Bevölkerungsverlusten.

### PPP nüchtern prüfen

Eine möglichst nüchterne Prüfung der tatsächlichen wirtschaftlichen Vorteile forderte Günther Beckstein im Hinblick auf Modelle einer Partnerschaft zwischen privater und öffentlicher Hand. Franz Winter, Bürgermeister von Dürrwangen und Regionalvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags machte Beckstein gegenüber sehr deutlich, dass aus Sicht der kleinen Städte und der Gemeinden „das flache Land immer vergessen wird“. Man sehe nur die Staatsstraßen, das seien die im Zustand schlechtesten, sagte Winter.



V.l.n.r. Im Gespräch mit Innenminister Dr. Günther Beckstein (2.v.r.): Franz Winter (Bezirksvorsitzender des Gemeindetags, Tobias Stephan vom JU Landesverband, OB Dr. Siegfried Ballis Erlangen, Stefan Stracke vom JU Landesverband. Foto: ubr

### Junge Freie Wähler:

## Familienkonzept

Auf ihrer jüngsten Vorstandssitzung haben die Jungen Freien Wähler Bayern beschlossen, sich ab sofort noch intensiver mit dem Feld der Familienpolitik zu befassen. Neben der Jugendarbeit, der Bildungs- und Kommunalpolitik ist es das vierte Ressort, mit dem sie sich künftig auseinandersetzen werden.

„Eine gute Familienpolitik bedingt eine gute Wirtschaftspolitik und umgekehrt“, so Landesvorsitzender Josef Graubmann. „Die sogenannten Volksparteien verschließen seit weit über 20 Jahren die Augen vor der Realität, denn in diesem so elementaren Bereich wird kaum etwas unternommen. Doch Jammern hilft nicht, es muss jedem klar werden, dass eine Investition in die Familie unumgänglich ist. Dies machen wir uns ab heute zur Aufgabe. Wir glauben an ein mündiges Volk, das die Wahrheit vertragen kann“.

### Beispiel Frankreich

Die Jungen Freien Wähler Bayern bekräftigen, dass mehr Nachwuchs in Deutschland und auch in Bayern nicht nur die Binnennachfrage stärken würde, sondern auch wieder mehr Fachkräfte im eigenen Land heran-

wachsen würden. Man könne sich ein Beispiel an Frankreich nehmen, wo seit geraumer Zeit eine äußerst progressive und erfolgreiche Familienpolitik betrieben wird. Graubmann: „Investitionen in Familien und Kinder schaffen langfristig eine Entspannung im demographischen Bereich und sichern unsere Zukunft.“ Dass Bayern hierbei keine Ausnahme darstellt, zeige die Tatsache, dass lediglich vier Prozent der Eltern in Bayern die Möglichkeit haben, ihre Kinder in Kindertagesstätten betreuen zu lassen. Dies beweise, dass die Staatsregierung in diesem Sektor bislang viel zu wenig getan habe.

### Absenken der Lohnnebenkosten

Aber auch das Absenken der Lohnnebenkosten durch eine solide und finanzierbare Gesundheitsreform sowie eine langfristig unumgängliche stichtagsbezogene Privatisierung der Rentenversicherung sei notwendig, um künftig Ziele und Perspektiven definieren zu können, bekräftigte der Vorsitzende. Eine Vereinheitlichung der Unternehmensbesteuerung sowie der Einkommensbesteuerung unter Berücksichtigung familienpolitischer Bonuskomponenten würde weiterhin für mehr Steuergerechtigkeit und eine Stabilisierung des Wertegefühls sorgen. „Wenn es uns gelingt, diese Rahmenbedingungen Schritt für Schritt umzusetzen, werden wir Perspektiven schaffen und familienfreundlichere Politik gestalten können“, bemerkte Graubmann abschließend. **DK**

## Bayern bündelt soziale Dienste

Ein „kundenorientiertes, leistungsfähiges Dienstleistungsunternehmen“, das durch neue Managementmethoden Einsparungen von 30 Prozent ermöglicht, wird nach den Worten von Sozialministerin Christa Stewens das neue „Zentrum Bayern Familie und Soziales“. Es bietet den Bürgerinnen und Bürgern ein Komplettangebot für alle Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Erziehungsgeld, dem Schwerbehindertenverfahren und der sozialen Entschädigung.

Das Zentrum in Bayreuth wird insgesamt sieben Regionalstellen in Augsburg, München, Landshut, Regensburg, Nürnberg, Würzburg und Bayreuth haben, wo den Bürgern kompetente Fachleute mit Rat und Tat zur Seite stehen. **DK**

### Wir gratulieren

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Rudolf  
97285 Röttingen  
am 26.12.  
Bürgermeister  
Johann Braunmillerf  
87743 Egg a. d. Günz  
am 27.12.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Theo Bauer  
95697 Nagel  
am 29.12.

Bürgermeister  
Erwin Reinwald  
91741 Theilenhofen  
am 1.1.

Bürgermeister  
Franz-Josef Kraus  
91320 Ebermannstadt  
am 6.1.

Landrat Georg Huber  
84453 Mühldorf a. Inn  
am 6.1.

Bürgermeister Gerhard Ament  
86733 Alertheim  
am 8.1.

Bürgermeister Theo Amberger  
93485 Rimbach  
am 13.1.

Bürgermeister Fritz Wittmannf  
84051 Essenbach  
am 18.1.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Klemens Markert  
97795 Schondra  
am 23.12.

Bürgermeister  
Wilhelm Hutzenthaler  
84079 Bruckberg  
am 31.12.

Bürgermeister  
Dr. Michael Hornstein  
88149 Nonnenhorn  
am 1.1.

Bürgermeister Otto Raith  
85077 Manching  
am 4.1.

Bürgermeister Franz Hofstetter  
84416 Taufkirchen  
am 4.1.

Bürgermeister Sebastian Mair  
85395 Wolfersdorf  
am 6.1.

Bürgermeister Wolfgang Frank  
94339 Leilbling  
am 9.1.

Bürgermeister  
Joahnes Wegner  
97711 Maßbach  
am 23.1.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albert Vogler  
85301 Schweitenkirchen  
am 30.12.

Bürgermeister Herbert Kirsch  
86911 Dießen a. Ammersee  
am 2.1.

Bürgermeister Volker Faulhaber  
97279 Kist  
am 7.1.

Bürgermeister  
Martin Wallinger  
92694 Etzenricht  
am 9.1.

Bürgermeister Johann Kalb  
96155 Buttenheim  
am 20.1.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Bosse  
87600 Kaufbeuren  
am 24.12.

Bürgermeister Alois Rainer  
94353 Haibach  
am 7.1.

Bürgermeister Armin Neudert  
86609 Donauwörth  
am 11.1.

Bürgermeister Robert Zettner  
94227 Zwiessel  
am 15.1.

Bürgermeister  
Thomas Schneider  
91187 Röttenbach  
am 20.1.

Soeben erschienene Publikation des Landtagspräsidenten:

## Glück präsentiert „Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements“

Mehr denn je benötigen Familien ein „sorgendes Netz“ an bürgerschaftlichem Engagement, das auch die Dienstleistungen von Kindergärten, Schulen oder kommunalen Sozialdiensten stärker macht. Dass und wie Familien durch ehrenamtliche Initiativen geholfen werden kann, wird in dem soeben in der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm erschienenen Buch „Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Herausgeber: Alois Glück/Holger Magel/Thomas Röbbke) durch Beispiele aus der Praxis eindrucksvoll veranschaulicht.

Ob es um Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Nachbarschaft, Alter oder Pflege geht: Die Nachfrage ist groß, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, wie zahlreiche ehrenamtliche Initiativen in Bayern beweisen. In dem Kapitel „Engagement stärkt Familien“ sind hierzu u.a. Beispiele wie das Zollinger Kindernetz, der Hel-

gerschaftlichem Engagement bestimmt. Im Mittelpunkt steht das Subsidiaritätsprinzip, das den Vorrang der bürgerschaftlichen Eigenverantwortung, aber auch die Unterstützung durch die öffentliche Hand deutlich macht.

### Strukturen entwickeln

So weist der Präsident des

Glück: „Es liegt an uns, die Sozialkultur als Grundlage jeder sozialstaatlichen Konzeption neu zu entdecken und zu fördern.“

### Vom Ausland lernen

Die Frage, was Deutschland dabei vom Ausland lernen kann, erörtert Prof. Holger Magel, Ordinarius für Bodenordnung und Landentwicklung an der TUM sowie Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum. Eine von der Bertelsmann-Stiftung initiierte Studie zeige, dass manche europäische Länder wohl schon „einen selbstverständlichen und ausgereifteren Status einer Bürgergesellschaft“ haben als Deutschland, bemerkt Magel. Auch korrigiere die Studie das Vorurteil, die USA throne turmhoch über anderen Ländern. Schweden beispielsweise stehe bezüglich ehrenamtlicher Vereinsaktivitäten den USA in nichts nach und widerlege zugleich eine andere These, wonach ein hohes bürgerschaftliches Sozialkapital die Folge geringerer staatlicher sozialer Vorsorge sei. In Amerika dagegen musste der Bürger immer schon mehr oder weniger eigenverantwortlich für sein „individuelles Gesundheits- und Sozialsystem“ sorgen.

„Für die momentane deutsche Situation ist wohl ein Mittelweg zwischen diesen beiden Systemen zu suchen“, empfiehlt Magel. Der reine amerikanische Weg wäre zu neoliberal, das schwedische Wohlfahrtssystem nicht mehr finanzierbar und auch nicht mehr erstrebenswert. Die Conclusio laute: „Es geht um mehr Eigenverantwortungsübernahme durch Bürger, Familie, Nachbarschaften und soziale Netzwerke, aber ebenso um noch genügend soziale Mindestabstützung durch Staat und Gesellschaft.“

### Familienfreundliche Kultur

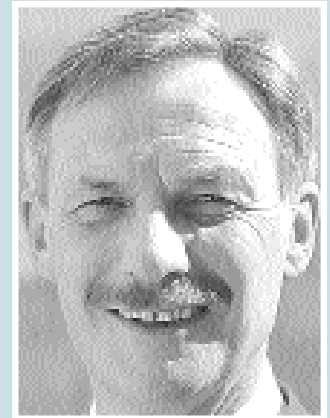
Thomas Röbbke, Geschäftsführer des „Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern“ zeigt in seinem Beitrag auf, wie eine vielgestaltige familienfreundliche Kultur in einem Stadtteil oder Dorf aussehen könnte, „wenn wir Projekte des Ehrenamtes und hauptamtliche Dienste besser miteinander verzahnen“ - siehe Kindergarten, Sportverein, Sozialdienst, Stadtteilzentrum, Schule. Derartige Initiativen gebe es natürlich - mal da, mal dort, meint Röbbke. Jedoch seien sie in manchen Städten und Regionen fast so selten „wie Wasserstellen in der Wüste“. Was fast überall fehle, sei die An- und Einpassung derartiger Projekte in die vorhandenen professionellen Unterstützungsstrukturen für Familien. Es gehe letztlich um gute Modelle der Kooperation. **DK**

## GZ Kolumne Luitpold Braun

Die Neufassung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes ist im Landtag in der Beratung. Mit dieser Neufassung werden auch die Rechtsverhältnisse der Regionalen Planungsverbände neu geordnet.

Vorgesehen ist, dass die Verfahren vereinfacht werden. So wird künftig der Planungsausschuss mehr Kompetenzen zu Lasten der Versammlungen bekommen. Um dieses große Organ nicht so oft einberufen zu müssen, wird z.B. die Verabschiedung des Haushalts auf den Planungsausschuss übertragen. Dessen Mitgliederzahl wird voraussichtlich ab dem 01. 05. 2008, also mit Beginn der neuen kommunalen Wahlperiode, reduziert.

Die bisherigen Planungsbeiräte sind in dem Gesetz nicht mehr vorgesehen. Auch damit wird der Apparat der Regionalen Planungsverbände verschlankt. Die fachliche Kompetenz der bisherigen Mitglieder kann auch auf andere Weise beschafft werden.



Die Vorsitzenden der Regionen haben zwischenzeitlich eine Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene gebildet und einen dreiköpfigen Vorstand bestellt.

Damit sollen die gemeinsamen Interessen gegenüber Landtag und Staatsregierung zukünftig vertreten werden. Auch das ist ein Schritt, der die Regionalplanung stärken wird.

### Neuordnung der Regionalen Planungsverbände

Die bisherigen Planungsbeiräte sind in dem Gesetz nicht mehr vorgesehen. Auch damit wird der Apparat der Regionalen Planungsverbände verschlankt. Die fachliche Kompetenz der bisherigen Mitglieder kann auch auf andere Weise beschafft werden.

Die fachliche Kompetenz der bisherigen Mitglieder kann auch auf andere Weise beschafft werden.

## Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:  
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

ferkreis für Demenzerkrankte, Vorlesepaten der Stiftung Lesen, Hauswirtschaftliche Beratung für verschuldete Familien, Migrationsarbeit in einer Großstadt am Beispiel Nürnberg sowie das Modellprojekt des Betreuten Wohnens zu Hause (SIMBA) ausführlich behandelt.

### Detaillierte Beispiele

Unter der Rubrik „Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements“ werden wiederum Beispiele aus dem kommunalen Bereich wie u.a. FÖBE - ein Modell kommunaler Infrastruktur zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in München, der Treffpunkt Ehrenamt Cham, das Haus der Begegnung in Mühlhof am Inn oder aber die Aktiv-Card der Stadt Erlangen präzise dargestellt.

Im einleitenden Kapitel werden dazu die wesentlichen politischen Eckpunkte für das Verhältnis von Familienpolitik und Bür-

gerischen Landtags, Alois Glück, in seinem Aufsatz „Neue Wege der Familienpolitik“ darauf hin, dass es nunmehr entscheidend darauf ankomme, für die Welt von heute und morgen neue, die Familie unterstützende und ergänzende Netzwerkstrukturen zu entwickeln und zu fördern, von der Phase der Familiengründung und der Situation mit den Kleinkindern bis zur Pflegesituation im hohen Alter. Dies alles noch mehr auf den Staat, auf allgemein finanzierte Dienstleistungen verlagern zu wollen, habe keine realistische Zukunftsperspektive, „ist aber auch unter humanen Gesichtspunkten als einseitige Fixierung nicht wünschenswert“. Der heilsame Mangel an Ressourcen fördere auch hier neue Kreativität, eröffne neue Blickwinkel, erschließe neue Qualitäten. Deshalb sei es auch ein „grundlegender Irrtum“ anzunehmen, „dass weniger Geld zum Abbau an sozialer Qualität führen muss“.

### Bayerischer Verfassungstag in München:

## „Verfassungspatriotismus und Föderalismus“

Zur Erinnerung daran, dass am 1. Dezember 1946 die Bayerische Verfassung durch freie Abstimmung vom Volk angenommen wurde, findet alljährlich in München der Bayerische Verfassungstag statt. Das Besondere am diesjährigen Festakt in der Allerheiligen Hofkirche war, dass der Veranstalter, die Bayerische Einigung, auf ihr 50-jähriges Bestehen blicken konnte.

Florian Besold, Präsident des „Geburtstagskindes“ und Vorsitzender der Bayerischen Volkstiftung, verwies darauf, dass es das erste Anliegen der Bayerischen Einigung gewesen sei, in der Zeit des aufkeimenden Wohlstandes und der immer stärkeren Hinwendung zu einem von materiellen Werten bestimmten Denken das Bewusstsein für die eigentlichen kulturellen und staatspolitischen Grundlagen zu vertiefen und zu stärken.

### Wertesystematik und Kulturbezüglichkeit

Was der Bayerischen Einigung schon lange am Herzen liege, werde in nächster Zeit Gegenstand einer breiten politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland werden. Man werde erleben, dass mit den Begriffen Patriotismus und Verfassungspatriotismus und deren Unterscheidung oftmals nicht sehr sorgfältig umgegangen werden wird. Gar manchem werden sich Fragen aufdrängen, in deren versuchter Beantwortung ein wesentlicher und substantieller Unterschied des Grundgesetzes der BRD im Verhältnis zur Bayerischen Verfassung deutlich wird, erklärte Besold.

In der Tat stelle das Grundgesetz eine weitgehend emotionsfreie Strukturordnung dar, die zwar die Grundrechte insbesondere in Form der allgemeinen Menschenrechte als Wertesystematik beschreibe, aber jedwede konkretere Kulturbezüglichkeit vermissen lässt. Die Bayerische Verfassung hingegen vertiefe diese rein funktionale Grundwertebezogenheit ganz wesentlich durch konstitutionelle Kulturaussagen, die in vielen Formulierungen unmittelbar und gewollt emotional wirken.

Innenminister Dr. Günther Beckstein erinnerte daran, dass die freiheitlich demokratische Grundordnung die Grundlage und den unverrückbaren Rahmen für das Zusammenleben aller Mitbürger im Freistaat bildet. Beckstein: „Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen um die Integration von Ausländern sage ich ganz deutlich: Der Wertekanon der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes ist auch für alle ausländischen Mitbürger, die auf Dauer in unserer Gesellschaft leben wollen, verbindlich. Ein klares Bekenntnis zur Werteordnung unserer Verfassung ist Grundvoraussetzung, damit eine Integration in unsere Gesellschaft erfolgreich sein kann. Die Bildung oder Verfestigung von Parallelgesellschaften können wir in unserem Staat nicht hinnehmen.“

### Föderale Struktur

Beckstein verwies darauf, dass die Verfassung des Freistaats auch ein klares Bekenntnis zur föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland beinhalte: „Das, was uns die Verfassungsgeber vor mehr als einem halben Jahrhundert vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des Nationalsozialismus mit auf den Weg gegeben haben, hat auch in der aktuellen Föderalismusdiskussion nach wie vor Gewicht.“

Der Innenminister machte deutlich, dass das viel gelobte Erfolgsmodell für eine freiheitliche und demokratische Ordnung, wie sie in der Bayerischen Verfassung zum Ausdruck kommt, zu einem offenen Bekenntnis zu Patriotismus ermuntere: „Wir können, dürfen und sollen stolz sein auf unsere christlich-abendländisch gepräg-

te Werteordnung. Darauf gründet sich unsere Gesellschaft und der für ein friedliches Miteinander unabdingbare gesellschaftliche Konsens.“

„Ein aufgeklärter, zeitgemäßer Patriotismus ist eine Sache für Kopf und Herz. Patriotismus be-

deutet Liebe zum eigenen Land und Engagement für das eigene Land. Beides ist unverzichtbar“, stellte der Präsident des Bayerischen Landtags, Alois Glück, fest. Glück warnte aber zugleich vor Pauschalurteilen gegenüber fremden Kulturen: „Das wäre die Rutschbahn zum Nationalismus.“

Patriotismus biete ein Zuhause in einer horizontlosen Welt. Basis dieses Zuhauses seien die Werte der Verfassung und in ganz besonderer Weise die Menschenwürde und die Werte einer offenen Gesellschaft. **DK**

### Politische Bildung künftig auch per DVD:

## Neue Medien zur politischen Bildung

Start mit der Geschichte Bayerns im 19./20. Jahrhundert

Je jünger die Bevölkerungsjahrgänge sind, um so mehr werden neue Medien zur Bildung und Unterhaltung eingeschaltet. Wer politische Bildung, damit demokratische Wertvorstellungen vermittelt, muss dem Rechnung tragen. Davon geht auch die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit aus. Diese produktive Einrichtung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus hat deshalb soeben mit dem Einstieg in den DVD-Sektor begonnen.

Zunächst wird „Die Geschichte Bayerns im 19. und 20. Jahrhundert“ auf der breiten Angebotspalette der Landeszentrale stehen. Zu beziehen wie die Videos der Landeszentrale über den Landesmediendienst Bayern e.V., 80802 München, Dietlindestrasse 18. In der Digitalisierung sind inzwischen bereits bewährte Titel, u. a. „Im Zeitalter Napoleons - Karl Theodor und Max I. Joseph“ und „Von Weltkrieg zu Weltkrieg“.

### Eigenpublikationen

Politisch Interessierte sprechen zweifellos zudem die zum Jahresende fertig gewordenen Eigenpublikationen der Landeszentrale an. Zu nennen wäre der 200seitige Band „Die Anfänge der braunen Barbarei“. Dem illustrierten Text ist zur Erinnerung im Vorwort eine hellsichtige Warnung aus der liberalen Frankfurter Zeitung aus dem Jahre 1930 mit auf den Weg gegeben: Eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten bedeute Krieg. Noch am 31. Januar 1933 schrieb das Blatt mutig, „es

handelt sich hier um einen Mann (Hitler), der sich mit Mördern solidarisch erklärt habe und der bis zur Stunde den Beweis menschlicher Qualifikation für das hohe Amt des Reichskanzlers schuldig geblieben sei. Dieser „braune Band“ der Landeszentrale beinhaltet Vorträge und Ergebnisse einer wissenschaftlichen Tagung in Nürnberg.

### Bilanz Deutsche Einheit

In der jungen Periodika „Einsichten und Perspektiven“ der Landeszentrale ist eine Stichwort-Bilanz über die 15 Jahre der Deutschen Einheit zu finden. Die erweiterte Auflage des über 500 Seiten starken Bandes „Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ stützt sich auf ein breites Autorenteam. Sie gehen davon aus, dass die Ereignisse des 11. September 2001 neue sicherheitspolitische Prioritäten erfordern. „Afrika - ein verlorener Kontinent?“ und „Staatsformen, Modell politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart“ sind weitere Neuerscheinungen. **mhb**

## „Forschungstiftung Bayerische Geschichte“ nimmt Arbeit auf

Wissenschaftsminister Thomas Goppel: „Private Stiftungen sind Investitionen in den Rohstoff Geist“

Auf die Bedeutung privater Stiftungen für den Wissenschaftsstandort Bayern hat Wissenschaftsminister Thomas Goppel bei der Vorstellung der „Forschungstiftung Bayerische Geschichte“ hingewiesen. „Die Bayerische Staatsregierung setzt in den nächsten Jahren einen klaren Schwerpunkt in der Wissenschaft und erhöht deshalb die Hochschulhaushalte 2005 um 4,1% und 2006 nochmal um 3%.“

Das zusätzliche Engagement von privater Seite hilft uns, für die Wissenschaft in unserem Land optimale Voraussetzungen zu schaffen“, so Goppel. Derzeit entfielen 20 Prozent der in Deutschland errichteten Stiftungen auf den Bereich Wissenschaft. „Unser Land lebt vom ‚Rohstoff Geist‘. Jeder Stifter und jede Stifterin, die hinzukommen, ermöglichen es, mehr von diesem Rohstoff zu gewinnen“, hob der Minister hervor. Den Stifter der „Forschungstiftung Bayerische Geschichte“, Dr. Heinrich von Leveling, bezeichnete Goppel als „hervorragendes Beispiel für engagiertes Stiftertum.“

Dr. Heinrich von Leveling hat seinen Nachlass für Zwecke der bayerischen Landesgeschichte gestiftet. Mit einem Grundstock von knapp 440.000 Euro nimmt jetzt die „Forschungstiftung Bayerische Geschichte“ ihre Arbeit auf. Die Stiftung hat die wissenschaftliche Erforschung der bayerischen Geschichte zum Ziel und ermöglicht die Förderung von Forschungsprojekten der bayerischen Universitäten im Bereich der Landesgeschichte, Stipendien für Promotionen und Habilitationen, Beihilfen für Archive und die Verleihung des Heinrich-von-Leveling-Preises für herausragende Forschungsleistungen zur bayerischen Landesgeschichte.

Bayern bringt Deregulierung voran:

## Bürokratischer Ballast über Bord

Vereinfachungen bei Genehmigungsverfahren und im Vergaberecht

Mit der Einführung eines Verfahrensmanagers zur Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Genehmigungshöchstfristen und Vereinfachungen im öffentlichen Vergaberecht setzt Bayern seine mit der Henzler-Kommission begonnenen Entbürokratisierungsoffensive fort.

„Viele Unternehmen investieren nicht, weil staatliche Genehmigungsverfahren zu lange dauern oder zu kompliziert sind. Deshalb werden wir in einer Reihe von Verfahren Genehmigungshöchstfristen einführen. Wenn die Behörde nicht innerhalb eines vorgegebenen Zeitrahmens entscheidet, gilt das beantragte Anliegen als genehmigt“, erläuterte Innenminister Günther Beckstein die Initiative.

Laut Beckstein eignen sich hierfür bestimmte Verfahren insbesondere aus dem Vereinsrecht und aus dem Gaststättenrecht. Beispielsweise können danach

Satzungsänderungen bei wirtschaftlichen Vereinen und die Erlaubnis zum Gaststättenbetrieb vereinfacht werden. Weitere Verfahren aus den Bereichen des Gewerberechts und des Verkehrswesens fallen in die Kompetenz des Bundes. Hier will Beckstein mit den übrigen unionsgeführten Ländern die Möglichkeit einer Bundesratsinitiative erörtern.

### Verfahrensmanager

Zweiter Eckpunkt des vom Ministerrat beschlossenen Deregulierungspakets ist die Einführung eines sogenannten Verfahrensmanagers für Unternehmensgründungen und wirtschaftliche Investitionen. Beckstein: „Sind für Unternehmensgründungen oder Investitionen mehrere Genehmigungen erforderlich, sollen die Investoren nicht von Behörde zu Behörde laufen müssen. Deshalb wollen wir, dass Antragsteller in Bayern nur eine Anlaufstelle und nur einen Ansprechpartner kontaktieren müssen. Unser Ziel ist die Genehmigung aus einer Hand.“ Hierzu soll es künftig in bayerischen Verwaltungsbehörden einen sogenannten Verfahrensmanager geben, der als verantwortlicher Sachbearbeiter den Antragsteller wie ein Lotse durch das gesamte behördliche Verfahren leitet. In ausgewählten, einfach gelagerten Routineverfahren kann außerdem ein „Bürgerbüro“ alle behördlichen Leistungen direkt und gebündelt anbieten. Weitere Verfahrenserleichterungen bringen Internetplattformen, auf denen Behörden umfassende Informationen zu Lei-

stungen, Ansprechpartnern und Verfahren online präsentieren. Zusätzlich können Antragsformulare elektronisch abgerufen und der Behörde elektronisch wieder zugeleitet werden.

### Elektronische Verfahrensdatenbank

Neu ist außerdem eine elektronische Verfahrensdatenbank. Damit hat der Antragsteller die Möglichkeit, jederzeit Auskünfte über den Stand seines Verfahrens abzurufen und Checklisten zu erforderlichen Unterlagen und den anstehenden Verfahrensschritten zu erhalten. Beckstein: „Mit dem Konzept der elektronischen Akte erhöhen wir nicht nur die Verfahrenstransparenz für den Bürger, sondern können auch interne Verfahrensabläufe optimieren und das Zusammenspiel der Behörden untereinander deutlich verbessern.“

Großen Vereinfachungsbedarf sehen Beckstein und Wirtschaftsminister Wiesheu im Vergaberecht. Vor allem die Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge müssten einfacher gestaltet werden, so die Minister. Bayern setzt sich daher im Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen und im Deutschen Verdingungsausschuss für Leistungen für eine Überarbeitung der Verdingungsordnungen ein. Auf die bayerische Initiative hin wurde bereits mit einer Reform der Vergabe und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) begonnen, mit der überflüssige Vorschriften gestrichen und die Regelungsdichte insgesamt zurückgeführt werden soll. Unterm Strich sollen

von 136 Paragraphen noch 42 übrigbleiben. Wiesheu: „Unser bisheriges Vergabesystem hat sich bewährt, aber wir können es noch effektiver gestalten. Auch in diesem Bereich sind schnellere Entscheidungen nötig, damit Planungssicherheit für Investitionen hergestellt werden kann.“ Diesem Ziel dient auch das Basisvergabehandbuch für Bauleistungen, mit dem einheitliche und für alle bayerischen Behörden bindende Regeln zur Vergabepaxis sichergestellt werden sollen. Das Basiswerk soll im Frühjahr 2005 fertiggestellt sein.

### Entlastung der Wirtschaft

Staatsminister Erwin Huber betonte die Notwendigkeit der mit der Henzler-Kommission eingeleiteten konsequenten Deregulierungsstrategie der Bayerischen Staatsregierung: „Die Wirtschaft in Deutschland wird immer noch von einer Fülle staatlicher Vorschriften, Genehmigungsvorschriften und Nachweispflichten belastet. Deshalb ist die Politik gefordert, Überregulierungen zurückzustellen. Der bürokratische Ballast muss über Bord. Indem wir Unternehmen und Arbeit von überflüssiger Bürokratie befreien, übernehmen wir in Bayern eine wichtige Vorreiterrolle für ganz Deutschland.“

Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bezirke-PK:

## Tiefe Enttäuschung

Für unverantwortlich hält der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, die Ankündigung der Bezirke, ihre Umlagen bis zu vier Prozent zu erhöhen. Deimer: „Das ist maßlos. Damit wird die kommunale Solidarität gesprengt“. Die Städte und Gemeinden, die die Bezirksumlage bezahlen müssen, stehen finanziell selbst am Abgrund. Eine Erhöhung der Umlagen treibt sie weiter in die Finanzmisere.

Ins gleiche Horn stießen die Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, und des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeister Dr. Uwe Brandl. Zellner fordert im Namen seiner Kollegen: „Keine Erhöhung der Bezirksumlagen!“ Eigentlich wäre sogar eine Umlage-Senkung nötig, ansonsten könne es noch zu einer Erhöhung der Kreisumlage kommen. Zudem gäbe es „durchaus noch Einsparpotenziale seitens der Bezirke, die zwingend genutzt werden müssen“. Einig sind sich die Präsidenten in ihrer Auffassung, dass die Bezirke auch von ihren zumeist bundesgesetzlich geregelten Aufgaben deutlich entlastet werden müssten.

Darüber hinaus kritisierte Deimer, dass die Bezirke auf der einen Seite über Geldmangel klagen, aber zugleich an Aufgaben festhalten, die ihnen der Staat abnehmen würde. Für den Städtetagsprecher ist es nicht einsichtig, warum die Bezirke beispielsweise unbedingt an der Zuständigkeit für die Gewässer in zweiter Ordnung festhalten wollen, obwohl ihnen der Staat diese Aufgabe im Rahmen der Verwaltungsreform abnehmen würde. Nicht nachvollziehbar sei auch, warum Städte und Gemeinden über die Bezirksumlage für die suchtkranken Straftäter im Rahmen der Forensik aufkommen sollen. Deimer: „Strafvollzug ist eindeutig eine Sache des Freistaates und nicht der Kommunen“.

Die Befürchtung der Bezirke, ihre psychiatrischen Kliniken könnten privatisiert werden, hält der Städtetag für nicht stichhaltig. Schließlich sind Städte und Kreise in der gleichen Situation, dass sie ihre Krankenhäuser in private Rechtsformen überführen bzw. an private Unternehmen verkaufen müssen.

### Stärkere Einbeziehung der Regionen

Für ein Jahr hat Bayern den Vorsitz im einflussreichen Zusammenschluss von 73 Regionen in der Europäischen Union „RegLeg“. Europaminister Eberhard Sinner forderte in Edinburgh dass die Regionen noch stärker in EU-Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Ein zentrales Anliegen von RegLeg sei die Umsetzung des europäischen Verfassungsvertrages, der die Rolle der Regionen in der EU stärke und diese an dem künftigen Subsidiaritäts-Frühwarnsystem beteilige. Bayern setze daneben auf eine engere Zusammenarbeit von RegLeg mit dem Ausschuss der Regionen (AdR), der durch den Verfassungsvertrag ebenfalls gestärkt worden sei, vor allem bei der Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips.

## Gefangen im Schraubstock ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Steigerungsraten von fast 195 Prozent mit einem durchschnittlichen jährlichen Ausgabenzuwachs um rund 90 Millionen €. Diese Tendenz hat sich bisher nicht verändert. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen des Statistischen Landesamtes ergaben sich für das Jahr 2003 Bruttoausgaben in der Eingliederungshilfe von rund 1,5 Mrd. €

Aber auch bei der Hilfe zur Pflege, die ein weiterer Aufgabenschwerpunkt der Bezirke ist, zeige sich nach einer gewissen Konsolidierungsphase, bei der sich die Ausgaben von 1999 bis 2002 bei jeweils rund 430 Millionen € eingependelt hatten, wieder ein tendenzieller Anstieg, erklärte Hölzlein. Die Bruttoausgaben lagen 2003 bei rund 458 Millionen. Dies entspricht nach Abzug der Eigenbeteiligung der Betroffenen und ihrer Unterhaltspflichtigen einem Nettoaufwand von rund 270 Millionen €

der Hauptausschuss des Verbandes der bayerischen Bezirke dagegen eine Zuständigkeitsverlagerung bei den Gewässern II. Ordnung von den Bezirken auf den Freistaat Bayern, fuhr Hölzlein fort. Eine Verlagerung würde keine Einsparungen oder für den Bürger relevante Vereinfachungen des Verwaltungsverfahrens bedeuten.

### Kernaufgaben im Umweltschutz

Damit widersprach der kommunale Spitzenverband in aller Deutlichkeit Ausführungen der Staatskanzlei, die ihren Vorschlag damit begründet hatte, dass die Bezirke kein eigenes Personal für die Gewässerpflege vorhielten und die jetzige Zuständigkeits- und Vollzugsverteilung ein „kompliziertes Verwaltungs- und Finanzierungsgemenge“ bedeute.

Der Verband der bayerischen Bezirke verwies darauf, dass die Zuständigkeit für Gewässer II. Ordnung eine seiner Kernaufgaben im Umweltschutz sei. Nachdem diese regelmäßig über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinausgingen, liege eine typische überregionale - und damit bezirkliche - Aufgabe vor. Auch das Zusammenwirken zwischen Kommunen und Verwaltungsbehörden sei in anderen Zuständigkeitsbereichen üblich. Der Bayerische Landtag habe sich zudem bei der Anhörung über die Zukunft der Bezirke im Jahr 2002 mit wohl erwogenen Gründen für eine Beibehaltung der Zuständigkeit bei den Bezirken ausgesprochen.

### Keine Einsparpotenziale

Im Falle einer Zuständigkeitsverlagerung sieht der Verband der bayerischen Bezirke zudem keine Einsparpotenziale und Synergieeffekte. Die Bayerische Staatskanzlei habe bislang keine konkreten Fakten vorweisen können. Aus der Sicht der Bezirke sei vielmehr zu befürchten, dass die Finanzbelastung der Kommunen beim Unterhalt der Gewässer II. Ordnung steigen wird (und Maßnahmen damit gefährdet sind) und die bisherige bürgernahe und sachkompetente Arbeit im Bereich der Gewässerpflege in Frage gestellt wird. **DK**

### Weniger Hilfeempfänger

Indes konnte die Hilfeempfängerzahl in der Pflege durch die Leistungen der Pflegeversicherung von ca. 35.000 Hilfeempfängern im Jahr 1995 um fast ein Drittel gesenkt werden. Der Tiefstand war 1999 erreicht. Trotz der Leistungen der Pflegeversicherungen waren im stationären Bereich aber immer noch rund 24.000 Hilfeempfänger und damit fast ein Drittel der Pflegeheimbewohner auf die Leistungen der Sozialhilfe angewiesen. Diese Zahl hat sich bis 2003 um rund 1.000 Hilfeempfänger erhöht. Zwischenzeitlich stellen die Bezirke wieder einen Anstieg um teilweise bis zu 10 Prozent fest.

### Bund und Land müssen sich beteiligen

„Die Finanzierung der Sozialhilfeleistungen für behinderte und pflegebedürftige Menschen kann nicht mehr den Kommunen überlassen bleiben“, folgte Präsident Hölzlein. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müsse durch eine angemessene Beteiligung auch des Bundes und der Länder an den Finanzierungslasten sichergestellt werden.

Die Gesellschaft insgesamt habe sich darauf einzustellen, dass die Sicherstellung der notwendigen Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen nur mit einem erheblichen und unabwendbar steigendem finanziellen Aufwand möglich ist: „Dies ist in unserem sozialen Rechtsstaat eine unter allen denkbaren Bedingungen unverzichtbare Aufgabe.“ Mit Nachdruck abgelehnt hat



Pressekonferenz beim Bayerischen Gemeindetag: Unser Bild zeigt Präsident Dr. Uwe Brandl gemeinsam mit Geschäftsführer Dr. Jürgen Busse. Foto: Schober

## Sozialhilfe-Finanzierung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Präsident brachte zum Ausdruck, dass das System der Bezirksumlagen nach seiner Ansicht am Ende ist. Er wies auf seiner Pressekonferenz darauf hin, dass auch bei den diesjährigen Gesprächen über den kommunalen Finanzausgleich Gemeinden und Landkreise den Bezirken finanziell massiv unter die Arme gegriffen haben.

### Kostenbewusstsein

Die Vertreter der Bezirke hatten damals betont, sich dafür einzusetzen, dass die Bezirksumlagen stabil bleiben. Mittlerweile haben vier der sieben Bezirke in Bayern angekündigt, die Umlagen doch erhöhen zu wollen. Der gesamte Finanzbedarf der Bezirke übersteigt inzwischen den Gemeindeanteil sämtlicher bayerischer Gemeinden an der Einkommensteuer von rund 3,8 Mrd. Euro. Deutlich mehr als die Hälfte davon muss derzeit über die Bezirksumlagen abgeführt werden. Dieses Umlagensystem ist we-

der für die Öffentlichkeit transparent noch ist es dazu geeignet, bei den Bürgern und Bürgern ein Kostenbewusstsein für die sozialen Leistungen zu schaffen. Es bringt die kommunale Selbstverwaltung insgesamt in zunehmende Gefahr, weil ein immer größerer Anteil der gemeindlichen Finanzmittel für die Aufgaben der Bezirke abzuführen ist. Rechnet man die von den Landkreisen und kreisfreien Städten aufzubringenden Kosten der Sozial- und Jugendhilfe hinzu, so werden alleine dadurch etwa die Hälfte der gemeindlichen Umlagekraft (Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen) aufgezehrt.

Brandl: „Ich fordere den Freistaat auf, den Vorschlag umzusetzen, den der Bayerische Innenminister, Dr. Günther Beckstein, auf der Kommunalpolitikertagung am 27. 11. 2004 in Feuchtwangen gemacht hat: Die Übernahme kommunaler Finanzierungsleistungen aus der sozialen Sicherung durch den Freistaat Bayern und eine entsprechende Anteilsfinanzierung durch die Kommunen.“

## 300 Millionen für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

zukunftsfähige Verwaltung sowie rund 18 Millionen für Projekte in Nordbayern wie den Flughafenbau in Hof und die Verlegung des Landesumweltamtes dorthin.

### Enormer Kraftakt

Für die Kommunen, betonte Stoiber, „haben wir Beachtliches getan“. Die reinen Landesleistungen stiegen 2005 gegenüber dem Nachtragshaushalt 2004 um rund 360 Millionen Euro auf dann 5,18 Milliarden Euro, eine Steigerung um 7,6%. Die Leistungen für die Bezirke würden nächstes Jahr noch einmal um 160 Millionen Euro erhöht. „Mit diesem enormen Kraftakt erweist sich der Freistaat Bayern einmal mehr als verlässlicher Partner der Kommunen.“

### Akzente im ganzen Freistaat

CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann begrüßte das neue Investitionsprogramm. Die Politik der CSU und ihrer Staatsregierung tue etwas für Bildung, Wissenschaft und Soziales, während die rotgrüne Bundesregierung die Menschen ärmer mache. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Manfred Ach (CSU) sagte, mit dem Programm würden Akzente im ganzen Freistaat gesetzt. „Wir wollen in Bayern nicht von der Substanz leben.“

### Maget: „Lügende Gebäude“

Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Maget war das

300Millionen-Programm ein „Lügende Gebäude“. Kein einziger Euro werde zusätzlich zu dem angeboten, was im Haushalt stehe. Stoiber gebärde sich als die „schwarze Null“, wenn er behauptete, ab 2006 keine neuen Schulden aufnehmen zu müssen und sein Finanzminister spiele das „Finanzgenie“ und „lässt gleichzeitig draußen die Stadtkämmerei jeglicher Couleur am ausgestreckten Arm verhungern“. Am meisten enttäuscht sei der Landkreistag. Maget zitierte dessen Vorsitzenden Theo Zellner/Cham (CSU): „Unsere Vorschläge haben die Papierkörbe der Ministerien gefüllt.“ Maget warf Stoiber vor, die Grundsteuer abzuschaffen zu wollen. Grünen-Fraktionssprecher Dr. Sepp Dürr sprach von einem „Kurs des Kaputtsparens“. Stück für Stück werde die Lebensqualität der Menschen in Bayern abgebaut.

### Kommunalfinanzen ein enormes Anliegen

Der Ministerpräsident wies die Vorwürfe entschieden zurück. Für die Staatsregierung seien die Kommunalfinanzen ein enormes Anliegen und in der CSU-Fraktion bestehe ein „hoher kommunaler Sachverstand“. Die Interessen der Kommunen würden gewahrt. Die Gewerbesteuer sei eine schwierige Steuer im europäischen Umfeld. Sie könne jedoch nur mit Zustimmung der Kommunen abgeschafft werden. Solange es keine Alternative gebe, „wird eine Abschaffung der Gewerbesteuer an der CSU scheitern“.

rm

## Kommunalebürgschaften - Das Ende eines tauglichen Finanzierungsmittels?

von Thomas Northoff und Alexander Vincenc

**Kommunalebürgschaften dienen oftmals den Gemeinden als Instrumentarium, um ihre Vorhaben zu finanzieren. Zahlreiche Kommunen haben in der Vergangenheit Bürgschaften insbesondere für ihre kommunalen Unternehmen übernommen und werden auch in der Zukunft mit entsprechenden Erwartungen der Unternehmen zu rechnen haben. Waren es in der Vergangenheit insbesondere kommunalrechtliche oder europarechtliche Hürden, die genommen werden mussten bzw. immer noch zu nehmen sind, steht aktuell das Steuerrecht im Mittelpunkt.**

Nach geltendem Steuerrecht sind die von kommunalen Eigen(kapital)gesellschaften an Banken entrichteten Zinsen steuerlich insoweit nicht abzugsfähig, als die Kapitalgesellschaft nicht über eine Eigenkapitalquote in Höhe von 40 % verfügt, die Zinsen die Freigrenze (nicht Freibetrag!) in Höhe von € 250.000,00 übersteigen, kein Drittvergleich geführt werden kann und die Banken aufgrund der Kommunalebürgschaft auf die Kommune zurückgreifen können. Dies gilt unabhängig davon, dass die Zinsen bei der Kredit gewährenden Bank der Besteuerung unterworfen werden. Es kann insoweit also zu einer wirtschaftlichen Doppelbelastung kommen.

### Gegenbeweis

Die Nichtabzugsfähigkeit der Zinszahlungen gilt nach Auffas-

### Unsere Autoren:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Thomas Northoff ist Partner, Rechtsanwalt und Steuerberater Alexander Vincenc ist Manager der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH in München. ✉

sung der Finanzverwaltung entgegen dem eindeutigen Wortlaut des Gesetzes jedoch nicht, wenn die Kapitalgesellschaft einen sog. Gegenbeweis führt. Dazu muss sie nachweisen, dass die von ihr gezahlten Vergütungen bei der Bank nicht im Zusammenhang mit Vergütungen für eine nicht nur kurzfristige Kapitalüberlassung stehen, deren Empfänger die Kommune ist. Schädlich sind hingegen korrespondierende Einlagen der Kommune bei der finanzierenden Bank (sog. „back-to-back“-Finanzierung).

### Rechtsslage unklar

War es bereits früher in der Praxis nahezu unmöglich einen Drittvergleich zu führen, ist es jetzt ähnlich schwierig, diesen Nachweis zu erbringen, da nach ersten Erfahrungen der Praxis von den Banken eine den Anforderungen der Finanzverwaltung entsprechende Bestätigung kaum zu erhalten ist.

Darüber hinaus ist es nicht absehbar, wie die Finanzgerichte in einem Rückgriffsfall entscheiden werden, wenn zwischen der Finanzverwaltung und dem Steuerpflichtigen aufgrund einer

später erfolgten Betriebsprüfung strittig wird, ob eine „back-to-back“-Finanzierung vorliegt. Nachdem die von der Finanzverwaltung vertretene Auffassung dem Gesetzeswortlaut widerspricht, ist nicht auszuschließen, dass die Finanzgerichte den Vorgaben der Finanzverwaltung nicht folgen und den Zinsabzug nicht zulassen werden.

### Nachstehende Personen

Dem Risiko, mit der Finanzverwaltung einen Prozess zu führen, steht ferner das Risiko gegenüber, dass ein Wettbewerber eine Konkurrentenklage erhebt, wenn eine den Wettbewerb verzerrende Beihilfe vorliegt. ✉

### Standard & Poor's bestätigt Bayerns Spitzenrating

## „AAA - Ausblick stabil“

Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltthäuser: Bestnote allein für Bayern

**„Standard & Poor's hat mit dem Spitzenrating „AAA - Ausblick stabil“ Bayerns Bestnote in der Haushalts- und Finanzpolitik wieder bestätigt“, teilte Finanzminister Faltthäuser in München mit. Bayern unterzieht sich seit dem Jahr 1998 der Bewertung durch die international renommierte Rating-Agentur Standard & Poor's. Sie geht davon aus, dass der Freistaat seine solide Haushalts- und Finanzpolitik fortsetzt und den Haushalt 2006 ohne Neuverschuldung erreicht.**

Bei diesem Rating werden jährlich die aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage des Freistaates Bayern sowie die absehbare künftige Entwicklung untersucht. International haben nur sehr wenige Unternehmen und Nationen die von Standard &

Hinsichtlich einer typisch kommunalrechtlichen Struktur lässt sich allerdings wohl Entwarnung geben: Nach fernmündlicher Äußerung eines Vertreters des Bundesfinanzministeriums (BMF) befasst sich dieses aktuell mit der Frage, ob Sparkassen in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts (AdöR) sogenannte nahestehende Personen ihrer Gewährträger (Landkreise) sind.

Wenn dem so wäre, unterlägen z. B. auch Kredite von Kreissparkassen an Tochterkapitalgesellschaften derselben Landkreise ohne weiteres der eingeschränkten Abzugsfähigkeit der Zinszahlungen. Auf das Vorliegen einer Kommunalebürgschaft käme es daher in diesen Fällen nicht an. Nach heutiger Tendenz stellen die AdöR jedoch keine nahestehenden Personen dar. Eine offizielle Verlautbarung des BMF wird noch in 2004 erwartet. ✉

### Faltthäuser zur Steuerschätzung:

## Keine Trendwende zum Besseren

„Zum achten Mal in Folge hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ seine Schätzungen nach unten korrigiert. Die Zahlen belegen: Es gibt noch immer keine Trendwende zum Besseren bei den Steuereinnahmen für die Jahre 2004 und 2005“, kommentierte Finanzminister Kurt Faltthäuser die Ergebnisse der Steuerschätzung. „Die Behauptung der Bundesregierung, die Steuerquellen würden wieder besser sprudeln, hat sich nicht bewahrheitet. Die Entwicklung der Steuereinnahmen bestätigt aber, dass der bayerische Konsolidierungs- und Reformkurs ohne Alternative war und ist“, stellte Faltthäuser fest.

Für dieses Jahr hat der Arbeitskreis bundesweit Steuereinnahmen von rund 442,4 Milliarden Euro prognostiziert. Im Vergleich zur letzten Steuerschätzung vom Mai 2004 ergeben sich für die Jahre 2004 bzw. 2005 Schätzabweichungen nach unten von rd. 1,4 bzw. rd. 3,4 Milliarden Euro. Erfreulich sei allein, so Faltthäuser, der wiederum deutliche Anstieg der originären Steuern der Kommunen in beiden Jahren. Auch Bayern wird von Mindereinnahmen mit betroffen sein. Die exakten Auswirkungen auf Bayern können erst nach der Regionalisierung der Schätzergebnisse auf die einzelnen Länder ermittelt werden. ✉

Rating und insbesondere den stabilen Ausblick.

✉ Das Bruttoinlandsprodukt liegt pro Einwohner um 16 Prozent über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Während das Bruttoinlandsprodukt in ganz Deutschland in den vergangenen zehn Jahren lediglich um 1,3 Prozent gestiegen ist, hat Bayern mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 1,9 Prozent einen erheblichen Wachstumsvorsprung erreicht.

✉ Auch die Arbeitslosenquote ist mit 6,9 Prozent relativ niedrig.

✉ Standard & Poor's geht davon aus, dass Bayern seine solide Haushalts- und Finanzpolitik fortsetzt und den Haushalt ohne Neuverschuldung im Jahr 2006 erreicht. ✉

Poor's ist nicht nur vorteilhaft für die staatliche Kreditaufnahme, sondern ist vor allem ein Qualitätssiegel für Bayern. AAA - Ausblick stabil beweist: Unser finanzpolitischer Kurs ist richtig“, erklärte Faltthäuser.

### 16 Prozent über dem deutschen Durchschnitt

Folgende Feststellung der Rating-Agentur hob Faltthäuser besonders hervor:

✉ Die starke Wirtschaftskraft Bayerns unterstützt das Bayern-

### Qualitätssiegel

„Das Testat von Standard &

# „PPP-Modelle“ und das Privatrecht

Von Robert Rüger, KFB Fachberatung für Kommunen

Große Kommunen, insbesondere die Städte, haben schon lange dafür gesorgt, dass sie nicht ständig an die „Fesseln des öffentlichen Rechtes gekettet sind“. Es ist nicht zu übersehen, dass immer mehr städtische GmbHs für Stadtentwicklung, Liegenschaften, Verkehrsbetriebe, Stadtwerke, ... gegründet werden. Bei Umwandlung von Bereichen in eine GmbH ist die weitestgehende Verselbstständigung nach bundesweitem Privatrecht für die Kommune erreicht. Nicht zu übersehen ist, dass das Kommunalunternehmen (in Bayern = Landesrecht), eigentlich eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die Alternative dazu wäre. Nun, die großen Kommunen wissen sich zu helfen, privatrechtliche Modelle auf die Beine zu stellen und das sogenannte „Public-Private-Partnership“ (PPP) zu praktizieren.

Mit den Kommunalunternehmen sollte in Bayern der große Wurf gelingen. Zwischenzeitlich sind einige Jahre vergangen, doch die erhoffte Popularität wurde nicht erreicht, da nur vereinzelt ein Kommunalunternehmen, beispielsweise für Abwasseranlagen oder Krankenhäuser geschaffen wurde.

## Anstelle der Kommune

Das Kommunalunternehmen, eine Anstalt des öffentlichen Rechts, steht anstelle der Kommune. Das Vermögen wird ausgegliedert und es wechselt der Rechtsträger. Es ist eine Satzung, ein Vorstand und Aufsichtsgremium notwendig. Teuer wird es erst dann, wenn Immobilien betroffen sind. Hier fällt die Grunderwerbsteuer an. Es besteht kein Zwang zur Anwendung der

VOB. Jedoch sind die EU-Schwellenwerte zu beachten, so dass bei Überschreiten dieser Werte (bei VOB 5,0 Mio. EUR und bei VOL 200.000 EUR) die öffentliche Ausschreibung durchzuführen ist.

## Vorsteuer-Abzug

Das Kommunalunternehmen wird wohl, je nach Prüfung, nicht vorsteuerabzugsberechtigt sein, da in der Regel die Gewinnerzielungsabsicht fehlt. Anders ist es da schon bei der GmbH-Gründung nach bundesweitem Privatrecht. Hier zählen insbesondere das BGB, das HGB und das GmbH-Gesetz. Zwingend notwendig ist die Eintragung in das Handelsregister und die Regelung der Geschäftsführung. Mit der GmbH ist die weitestgehende Verselbstständigung

nach bundesweitem Privatrecht (mit Gewinnerzielungsabsicht) erreicht. Die GmbH erfordert eine eigene Bilanzierung (Wirtschaftsprüfung) und Finanzierung. Der Vorsteuerabzug in Bauphasen ist als absolut günstig und vorteilhaft zu sehen - vor Gestaltungsmissbrauch wird jedoch gewarnt.

So soll die GmbH auf erwerbswirtschaftlichen Grundsätzen (Gewinnerzielungsabsicht) errichtet werden. Es ist kein Geheimnis, dass sich immer mehr größere Städte und Gemeinden der „GmbH-Lösung“ bedienen.

## Kosten

Man muss allerdings auch beachten, dass eine GmbH-Gründung nicht so ohne weiteres kostenlos ist. Die Errichtung der Gesellschaft ist mit Gutachten, Bewertungen und Einsatz eines Stammkapitals (Mindesteinlage von EUR 25.000) verbunden. Darüber hinaus braucht die GmbH einen angestellten Geschäftsführer und einen Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer, der die Bilanzen erstellt, prüft und testiert. Es wird Kapital gebunden und es werden laufende periodenmäßige Eigenkosten dadurch produziert. Werden in die GmbH Immobilien eingebracht, so unterliegen diese der Grunderwerbsteuer.

## Der private Dritte

Dies alles muss nicht sein, wenn sich die Kommune eines privaten Dritten bedient, der dann die Aufgaben der Kommune wahrnimmt. Die Privatisierung soll in erster Linie dem Verfolgen von wirtschaftlichen Zielen dienen. Eine Projektentwicklung, ein Neubau, eine Sanierung, eine Erschließung muss dann kostengünstiger und effizienter sein, als wenn es über die öffentliche Hand ausgeführt wird. Das Privatrecht ist zudem flexibler, weil Vertragsfreiheit herrscht, das BGB Anwendung findet und bei Vergabe von Aufträgen eine beschränkte, nicht öffentliche, Ausschreibung nach BGB genügt. Anschließend können Preisverhandlungen geführt und Festpreise vereinbart werden. Ein Festpreis und eine Pauschalierung ist vielfach der Wunsch von Auftraggebern. Denkt man hier doch zum Beispiel an das Fertighaus mit „Festpreisgarantie“. Das sind Vorteile, die nicht von der Hand zu weisen sind. Deshalb kann

grundsätzlich die VOB in den Teilen B (Vertragliche Vereinbarungen) und C (Bauausführung) mit festgeschrieben werden. Wo es Sinn macht, oder wo Zuschüsse fließen, ist es kein Thema, dass auch die VOB/A (Ausschreibung) ihre Berechtigung erhält.

## In anderen Ländern weit verbreitet

Die „PPP-Modelle“ sind in den angelsächsischen Staaten, in Spanien, ja weltweit teilweise verbreiteter als in Deutschland. Das Bundesfinanzministerium hat über die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) Finanzierungsprogramme aufgelegt, die gerade innovative „PPP-Modelle“ fördern sollen. So ist beispielsweise das Programm 135, Infrastrukturprogramm Sonderfond „Wachstumsimpulse“, das mit 7 Mrd. EUR aufgelegt wurde, eher den Privaten, als den Kommunen gewidmet. Sind es private Gesellschaften (mit einem kommunalen Anteil von weniger als 50 %), die eine öffentlich-rechtliche Investition verfolgen, dann kann hier bis zu 75 %, bei einem Limit von 5 Mio. EUR, gefördert werden. Ist es eine Kommune selbst oder deren Einrichtung mit maßgeblicher kommunaler Beteiligung, dann dürfen hier nur 50 % der Investitionssumme aus dem zinsverbilligten Programm „Wachstumsimpulse“ fließen.

## Geschäftsbesorgungsvertrag

Weil sehr viele Kommunen in Deutschland, und das ist ja auch weltweit kein Geheimnis, liquiditätsklamm sind, nützen diese zinsverbilligten Darlehen nichts, weil haushaltsrechtliche Beschränkungen ein Investieren unmöglich machen. Anders jedoch, wenn die Kommune nun das eigene „Vehikel“ in Form des Kommunalunternehmens oder der GmbH investieren lässt.

Die eingangs erwähnten Schwierigkeiten und Kosten bei der Gründung und Unterhaltung dieser Einrichtungen können vermieden werden, indem sich die Kommune eines Dritten oder Dienstleisters bedient. Der Dienstleister kann auf Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen ebenso den kommunalen Zweck verfolgen und die Ziele der Städte und Gemeinden unterstützen.

## Wirtschaftlicher und kostengünstiger

Durch die Übernahme von Bauträgerschaften, Sanierungsträgerschaften, Erschließungsträgerschaften in aller Konsequenz, d. h. auch, die Bauzeitfinanzierung und Übernahme der anschließenden laufzeitkongruenten Investitionsfinanzierung, (beispielsweise auf 10, 15, 20 oder 25 Jahre). Hierbei ist allerdings darauf zu achten, dass der Maßnahmenträger, der ja selbstverständlich für seine Arbeit honoriert wird, das ganze Projekt wirtschaftlicher und kostengünstiger erstellen muss, als es die Kommune selbst könnte. Das Honorar des „PPP-Projektanten“ muss schon durch allgemeine Kostenreduktion überkompensiert werden können, sonst fehlt der Nachweis der Wirtschaftlichkeit der Finanzierung, die wiederum die Genehmigungsgrundlage für die Rechtsaufsicht darstellt.

## Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde

Bei Übernahme der langfristigen Finanzierungsleistung ist grundsätzlich die Stellungnahme und Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde in Bayern nach Art. 72 GO notwendig; d. h. ein mehrheitlicher Ratsbeschluss allein genügt nicht. Die dauernde

## Investitions-Check

Die KFB Fachberatung für Kommunen GmbH, 92717 Reuth, Tel. 09682/919110, unter [www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de), überlässt kostenlos und freibleibend jeder Kommune auf Anforderung einen sogenannten „Investitions-Check“, der auch die Abwicklung über die Privatachse berücksichtigt. Im Regelwerk zwischen der Kommune und dem Dienstleister bei einer privatrechtlichen Beauftragung werden nachstehende Kriterien grundsätzlich unterstellt:

- 1. Kooperationsverhältnis:** Die Kommune ist immer Herr des Geschehens.
  - 2. Konsequenter Einsatz von Privatrecht:** Die starren Regeln des öffentlichen Rechts können verlassen werden.
  - 3. Bau- und Werkverträge beschränkt ausschreiben:** Vergabe erfolgt immer pauschaliert unter Festpreisgarantie.
  - 4. Ingenieur- und Architektenverträge:** Die Preisvereinbarungen nach der HOAI dürfen pauschaliert werden.
  - 5. Vor- und Zwischenfinanzierung:** Derzeitige Basis günstiger Finanzierungen ist der europäische Geldmarkt (zur Zeit rund 2,0 % ohne Bankmarge).
  - 6. Investitionskosten gedeckelt:** Die Gesamtkosten der Maßnahme müssen vor Beginn konkret feststehen und verbindlich bleiben - eine Kostenüberschreitung darf es nicht geben.
  - 7. Kostenerfassung transparent und übersichtlich:** Die Kommune muss von den tatsächlichen Kosten Kenntnis erlangen können; somit sind alle Grundlagenverträge (für Bau, Planung, Finanzierung, ...) offen zu legen.
  - 8. Laufzeitfinanzierung:** Der Partner der Kommune muss in der Lage sein, der Kommune bis zu 25 Jahre die Finanzierung auf kommunaldarlehensfähiger und pfandstockfähiger Basis stellen können; u.U. zinsgünstige LfA- und KfW-Mittel einzubringen.
  - 9. Unabhängig, neutral und offen:** Der kommunale Dienstleister und Partner muss unabhängig sein und sich ausschließlich den Interessen der Kommune widmen.
  - 10. Die Modelle müssen die Zuschussituation berücksichtigen:** Staatliche Zuschüsse dürfen durch die Modelle nicht verloren gehen.
- Anmerkung der Redaktion:** Die KFB ist ein Dienstleister für privatrechtliche Projekte; sie übernimmt allerdings keine Beratungen, die nur Standesorganisationen vorbehalten sind, wie z.B. Steuerberatern, Rechtsanwälten, Notaren, Wirtschaftsprüfern.

Leistungsfähigkeit der Kommune muss nämlich gewährleisten, dass die Leasing-, Miet- oder Finanzierungsraten aus einem forfaitierungsmodell über den kommunalen Haushalt abgewickelt werden können. In der Regel handelt es sich dabei um die Zinsen im Verwaltungshaushalt und die Tilgungsanteile, steigend in der Annuitätsrate, im Vermögenshaushalt.

## Prüfung des Einzelfalls

So können die Kommunen zeitgleich unterschiedliche Pflichtaufgaben wahrnehmen, wozu sie sonst oftmals nicht mehr in der Lage wären. Ausweg oder Königsweg? Man muss den Einzelfall und die Rahmenbedingungen prüfen. Die konjunkturelle Flaute der Bauindustrie lässt immer noch sehr gute und günstige Baupreise zu - die Zinsen im

20jährigen Bereich liegen bei Kommunen ebenfalls noch zwischen 4,5 und 5 %. Das ist ein Rahmen, der bei überhitzter Konjunktur nicht vorzufinden ist.

## Kommunen sollen Konjunktur ankurbeln

Die Bayerische Gemeindeordnung schreibt den Kommunen sogar vor, in Zeiten konjunktureller Flaute gegenzusteuern, zu investieren und die Rücklagen abzubauen. Kommunen mit Entwicklungschancen bei der Ansiedlung von Gewerbe, Industrie und Menschen, die investieren wollen in Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität, sowie zur Vervollständigung der Infrastruktur, sollten grundsätzlich vor Investitionsbeginn prüfen, ob es nicht intelligenter wäre, einmal den „Privatweg“ zu folgen.

## Bayerische Landesbodenkreditanstalt

# Gesetzentwurf für staatliche Haftung

## Faltlhauser: Rückenwind für Wohnungsbau in Bayern

„Rückenwind für Wohnungsbau in Bayern“, so kommentierte Finanzminister Faltlhauser die Entscheidung der Staatsregierung, dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Landesbankgesetzes vorzulegen.

Ziel ist die Begründung einer staatlichen Haftung für sämtliche Verbindlichkeiten der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt (Labo). Die Labo ist die Förderbank des Freistaats Bayern für den Wohnungsbau und eine unselbständige Anstalt innerhalb der Bayerischen Landesbank.

## Förderung für den Wohnungsbau

„Die staatliche Ausfallhaftung sichert der Labo eine optimale Refinanzierung an den Kapitalmärkten“, erklärte Faltlhauser. „Die Labo gibt diese Konditionen in Form günstiger Förderkredite an viele bayerische „Häuslebauer“ weiter.

Die Haftungsgarantie kommt damit unmittelbar dem Woh-

nungsbau in Bayern zugute.“ Die Gesetzesänderung ist notwendig, da die bisher bestehende Gewährträgerhaftung für die Bayerische Landesbank am 18. 7. 2005 ausläuft. Für die Tätigkeit von Förderbanken hat die EU-Kommission die Fortgeltung der staatlichen Ausfallhaftung hingegen ausdrücklich gebilligt.

## Europarechtlich abgesichert

„Die Gesetzesänderung stellt die Bayerische Landesbank einschließlich Labo auf eine europarechtlich abgesicherte Grundlage. Der Freistaat Bayern demonstriert mit der Haftungsgarantie auch sein Bekenntnis zur Landesbank und zu ihrem öffentlichen Auftrag“, sagte Faltlhauser abschließend.

## Girokonto für jedermann:

### Banken missachten Abkommen

Seit 1998 erhöhte sich der Anteil der Menschen, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze auskommen müssen, von 12,1 auf 13,5 Prozent. So steht es im Entwurf des kürzlich vorgelegten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. „Doch genau dieser Personengruppe, vor allem arbeitslosen Sozialhilfeempfängern und stark verschuldeten Bürgern, wird ein Girokonto verweigert“, beklagt Markus Saller, Jurist der Verbraucherzentrale Bayern. Dabei sind diese dringend darauf angewiesen. Zahlungen wie Telefon, Miete, Lohn oder staatliche Zuschüsse können nur in den seltensten Fällen bar erfolgen. Außerdem macht der Wunsch nach Barzahlung Arbeitgeber und Vermieter misstrauisch. Probleme bei der Job- und Wohnungssuche sind häufig die Folge.

Bereits 1995 haben sich die Bankenverbände verpflichtet, ein „Girokonto für jedermann“ auf Guthabenbasis zu führen. Doch die Kreditinstitute vor Ort missachten diese Empfehlung immer häufiger, obwohl sie kein Risiko tragen und das Konto auch nicht umsonst führen sollen. Sie gewähren keinen Zugang zum bargeldlosen Zahlungsverkehr, verlangen aber hohe Gebühren für Bareinzahlungen. Die Verbraucherzentrale fordert die Banken auf, sich an ihr Abkommen zu halten. Andernfalls muss der Gesetzgeber einschreiten und ein Recht auf ein Girokonto für jedermann schaffen.

In Bayern besteht bislang nur für die Sparkassen die grundsätzliche Pflicht, ein Girokonto auf Guthabenbasis für jedermann einzurichten. Der Grund hierfür liegt in speziellen Regelungen in der Sparkassenordnung und im Sparkassengesetz. „Wer abgewiesen wird, sollte sich an die Schlichtungsstelle des bayerischen Sparkassenverbandes wenden“, empfiehlt Jurist Markus Saller.

E.ON Bayern:

## Auf dem Weg zum integrierten Gas- und Stromversorger

50.000 neue Kunden und 100 Mitarbeiter durch  
Übergang der Fränkischen Gas-Lieferungs-Gesellschaft mbH auf E.ON Bayern

Ab 01. 01. 2005 ist E.ON Bayern integrierter Strom- und Gasanbieter. Mit der Übernahme der Fränkischen Gas-Lieferungs-Gesellschaft mbH (FGL), der Gasversorgung Ostbayern (GASOB) und der Gasversorgung Schwandorf (GVS) habe man die ersten wesentlichen Schritte getan. „Rund wird das Gasgeschäft erst, wenn wir die 100-Prozent-Töchter mit dem Stromgeschäft zusammenführen“, so der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Dr. Peter Deml, im Rahmen des Jahrespressegesprächs für Oberfranken.

Deshalb werde man mit Wirkung zum 01.01.2005 die FGL, die GASOB und die GVS in die E.ON Bayern AG integrieren. „Danach wird E.ON Bayern jährlich rund fünf Milliarden Kilowattstunden Erdgas an mehr als 70.000 Kunden liefern. Damit ist ein Umsatz von rund 160 Millionen Euro verbunden“, beziffert Deml das Potential. Der Gas- und Wärmemarkt verspreche Wachstum. Daran wolle man als E.ON Bayern teilhaben.

### Großer Regionalversorger

Allein im Zuge der Integration der Bayreuther FGL übernimmt der Energiedienstleister rund 50.000 Gaskunden und 100 Mitarbeiter. Das Unternehmen wurde 1966 von der damaligen BELG gegründet und ist in Nordbayern tätig. „Die FGL gehört mit einem Erdgasabsatz von 3,6 Milliarden kWh und Umsatzerlösen von 112 Millionen Euro zu den großen regionalen Gasversorgern im Freistaat“, so Geschäftsführer Ludwig Schiebler.

### Umweltschonendes Erdgas

Über ein rund 2.200 km langes Versorgungsnetz werden derzeit mehr als 50.000 Kunden in 96 Städten und Gemeinden in 16 Landkreisen der Regierungsbezirke Ober-, Unter- und Mittelfranken sowie der Oberpfalz mit umweltschonendem Erdgas versorgt. Die größten Kunden sind Industriebetriebe der Glas- und Porzellanbranche.

### Erhebliche Investitionen in die Sicherheit

Laut Dipl.-Kaufm. Rolf Wutschka, Leiter der Regionalleitung Oberfranken, hat E.ON Bayern in 2004 für die Instandhaltung, Erweiterung und Verbesserung der oberfränkischen Netzanlagen 30 Millionen Euro aufgewendet. Rund 5 Millionen Euro davon flossen in die Verkabelung von über 120 Kilometern störanfälliger Mittelspannungsfreileitungen. „Hierdurch leisten wir nicht nur einen erheblichen Beitrag für die Sicherheit der Stromversorgung, sondern helfen auch, über 300 Arbeitsplätze in der Region zu sichern“, so Wutschka. Das Verkabelungsprogramm, das gemeinsam mit fränkischen Baufirmen durchgeführt wird, werde auch im kommenden Jahr mit einem Budget in gleicher Höhe konsequent weitergeführt. Daneben wurde in 2004 durch Erneuerungs-, Mo-

E.ON Bayern-Kundencenter in Bamberg, Kulmbach und Naila planen für 2005 neben zahlreichen Ortsnetzverkabelungen, Netzverbesserungs- und Instandhaltungsmaßnahmen erstmals gemeinsame Erschließungsmaßnahmen für Gas und Strom.

Der Sicherheit der Stromversorgung komme auch die Trassenpflege zugute, mit der seit Anfang November Spezialisten in ganz Oberfranken beschäftigt seien. Die Entfernung von Ästen bzw. ganzen Bäumen, die den Seilen der 2.700 Kilometer langen Freileitungen gefährlich na-

he kommen, verursacht finanzielle Aufwendungen von über 1,2 Millionen Euro. Bei diesen Arbeiten habe man ausschließlich fränkische Fachfirmen eingeschaltet.

Erfreuliches Fazit des Verkabelungsprogramms und der Trassenpflege: Die Störungen im Mittelspannungsnetz seien erkennbar rückläufig. Auch die oberfränkische Pilottechnik „Arbeiten unter Spannung“ habe hohe Vorteile für die Kunden. Als bundesweit erstes Unternehmen führt E.ON Bayern seit 2002 Arbeiten am 20.000 Volt-Netz aus, ohne die Spannung abzuschalten, und setzt damit neue Maßstäbe für Netzwartung und -reparatur. Die oberfränkische Innovation, dank derer Kunden bei geplanten Arbeiten von Stromabschaltungen verschont bleiben können, wurde mittlerweile auch von ausländischen Gesellschaften des E.ON-Konzerns angefragt. ☺



Auch heuer verzichtet E.ON Bayern auf Weihnachtsgeschenke und unterstützt stattdessen im Versorgungsgebiet soziale und caritative Projekte mit 100.000 Euro. Unsere Aufnahme entstand bei der Scheckübergabe an den Verein „Aktion Knochenmarkspende“ (AKB). Sie zeigt (v. l.) Helmut Bräckle, Vertriebsleiter bei E.ON Bayern, Dr. Hans Knabe, Geschäftsführer der AKB, sowie den Initiator dieser Spende, Bernd Metzger. Der Murnauer war vor zweieinhalb Jahren selbst an Leukämie erkrankt. Mit Hilfe der AKB konnte in den USA eine geeignete Spenderin ausfindig gemacht und der „Blutkrebs“ besiegt werden. Foto: Wendler

### Fehlzeiten sinken

„Seit Jahren hebt sich die Fehlzeitenquote des staatlichen Personals von den Zahlen der Krankenkassen positiv ab“, stellte Finanzminister Kurt Faltlhauser bei der Vorstellung einer Informationsschrift über die „Fehlzeiten der Beschäftigten des Freistaats Bayern 2003“ fest. Die Informationsschrift ist auf der Internetseite [www.stmf.bayern.de](http://www.stmf.bayern.de) unter der Rubrik „Öffentlicher Dienst“ zu finden.

Genossenschaftsverband Bayern:

## Konzentrationsprozess verlangsamt sich

**Gunzenhausen (fa) - Die Strukturen auf dem genossenschaftlichen Bankensektor verfestigen sich. „Fusionen sind nicht ein Ziel an sich“, sagt Wilhelm Frankenberger, der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. 2003 hat es 26 Fusionen gegeben, heuer 20 und im nächsten Jahr werden es 15 bis 17 sein. Der Konzentrationsprozess verlangsamt sich also. Frankenberger will keinen Druck machen: „Die Nachbarbanken müssen selbst wissen, was für sie am besten ist.“**

Die Genossenschaftsbanken liegen klar vorn, wenn es um die Kundennähe geht. Ihre Bankstellendichte ist die höchste: 42 Prozent aller Bankstellen sind von Volksbanken und Raiffeisenbanken. In Bayern gibt es davon 3.500 mit 3.800 Geldausgabautomaten und 4.400 Kontoauszugsdruckern. Etliche davon sind mit ein oder zwei Leuten besetzt oder nur an bestimmten Wochentagen geöffnet.

### Hohe Onlinequote

Das Onlinegeschäft wird die Bank vor Ort so schnell nicht ersetzen. Eine Umfrage hat ergeben, dass von den Raiffeisenbanken 38 Prozent eine abnehmende Kundenfrequenz melden, 59 Prozent konstantes Online-Banking registrieren, aber nur drei Prozent melden ein Plus. Immerhin: 27 Prozent aller Girokonten werden bereits online geführt. Frankenberger stolz: „Im Vergleich zu anderen Bankengruppen haben wir eine hohe Onlinequote.“ Er setzt auf mehr Mobilität der Mitarbeiter und wird durch die aktuellen Umfragergebnisse unter den Banken gestützt:

25 Prozent wollen die Beratung außerhalb der üblichen Geschäftszeiten ausdehnen.

### Betriebswirtschaftlich stabil

Frankenberger geht am Jahresende nach 51 Dienstjahren in den Ruhestand und räumt den Platz für Stephan Götzl, den bisherigen Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Er ist stolz darauf, dass sich die rund 1.100 bayerischen Genossenschaftsunternehmen betriebswirtschaftlich stabilisieren, denn: „Nicht die Bilanzsumme von 100 Milliarden Euro ist so wichtig, sondern entscheidend ist das Betriebsergebnis von einem Prozent der Bilanzsumme.“ Auch wenn es dem gewerblichen Mittelstand, der Klientel der Genossenschaftsbanken, wirtschaftlich schlechter geht, will Frankenberger die Firmen nicht im Regen stehen lassen: „Wir halten nichts von einem Strategiewechsel, wie ihn die Großbanken betreiben und der nur die Analysten beeindrucken soll.“ 78 Prozent der Kredite sind längerfristige Darlehen. Allerdings ist von einer stär-

keren Nachfrage noch nichts zu spüren. Gerade einmal um 0,3 Prozent sind die Kredite in den ersten drei Quartalen 2004 gestiegen.

### Kritik an KfW und LfA

Frankenberger ist allerdings mit den Förderinstituten KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) und LfA (Landesanstalt für Aufbaufinanzierung) nicht zufrieden, denn sie gewähren den Banken, die Verträge mit Existenzgründern und anderen Kunden abschließen, nicht einmal kostendeckende Margen für die Bearbeitung der Förderkredite. Und das trifft vor allem die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen, denn über sie laufen 90 Prozent der Anträge. Allein die Genossenschaftsbanken haben bei den Krediten der LfA-Förderbank einen Marktanteil von 47 Prozent und damit einen Spitzenplatz.

### Umsatzbelegung bei den Wertpapieren

Die genossenschaftliche Bankwelt glaubt an eine Belegung des Wertpapiergeschäfts. Bis jetzt ist jedes fünfte private Wertpapierdepot bei VR-Banken. Von Januar bis September hat es eine leichte Umsatzbelegung von zwei Prozent gegeben. Allerdings kommen Investmentfonds nicht gut an. Deren Um-

sätze verminderten sich im ersten Dreivierteljahr 2004 um 18 Prozent. So toll wie das Bauspargeschäft in 2003 gelaufen ist („Wegen der Streichung der Eigenheimförderung ein Ausnahmejahr“), wird es heuer nicht kommen. Frankenberger deutet die Zahlen: „Eine Abschwächung um rund 40 Prozent ist erkennbar.“ Hingegen sieht es bei den Lebensversicherungen gut aus. Erwartet wird ein Plus von 15 Prozent.

Der Genossenschaftspräsident hält nicht viel vom Expansionsdrang der RaiffeisenVolksbank Oberösterreich, die jetzt auch auf den niederbayerischen Markt drängt: „Das Regionalprinzip gilt eigentlich länderübergreifend.“ Aber seine Kollegen aus Linz suchen überall neue Betätigungsfelder, sogar auf der Mittelmeerinsel Malta, wo Frankenberger gegenüber den Pressevertretern aus dem Freistaat auf die jüngste Entwicklung einging.

### Neue Genossenschaften

Bayern registriert - so Frankenberger - eine lebhaftere Zunahme von neu gegründeten Genossenschaften. Heuer sind es bereits zehn, in den letzten fünf Jahren waren es 32. Zu ihnen gehören die Ärztegenossenschaften genauso wie die Dorfläden. Im Freistaat gibt es summa summarum 2,7 Millionen Bürger, die Mitglied in einem genossenschaftlichen Unternehmen sind. Darunter befinden sich die DATEV, die Apotheker (Sana-corp) und die Bäcker (1.100 sind in der BÄKO). Schließlich ist fast jeder Landwirt Mitglied einer oder mehrerer Genossenschaften. Fast 70.000 Arbeitsplätze stellen die genossenschaftlichen Unternehmen, 4.600 Lehrlingen bieten sie einen Ausbildungsplatz.

## Wechsel an der Spitze

**München (wefa) - Der Wechsel vollzieht sich am Jahresende. Wilhelm Frankenberger (65), der Präsident des Bayerischen Genossenschaftsverbands, geht in den Ruhestand. Mit ihm tritt auch sein Stellvertreter Gerhard Bürkle (60) ab. Die „Neuen“ sind Stephan Götzl und Erhard Gschrey. Sie werden ab 2005 den Genossenschaftsverband führen.**

Mit Stephan Götzl kommt ein Mann in die Verantwortung, der nicht die Raiffeisen-„Ochsentour“ gegangen ist. Der gebürtige Oberpfälzer ist seit sechs Jahren Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) sowie des Unternehmensverbands Metall und Elektro (BayME). Er begann ursprünglich eine kaufmännische Lehre bei Siemens und studierte Betriebswirtschaft in Nürnberg-Erlangen. Seine beruflichen Stationen waren die Kienbaum-Unternehmensberatung und die Pfeleiderer AG in Neumarkt. Als Staatssekretär für Umwelt und Gesundheit lernte er von 1991 bis 1992 in Rheinland-Pfalz das politische Geschäft kennen.

Mit Wilhelm Frankenberger geht jemand, der zu den 100 lebenden Persönlichkeiten gehört, die die Raiffeisen-Schulze-Delitzsch-Medaille in Gold des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands tragen dürfen. Der frühere Verbandspräsident kam 1983 in den Vorstand des Raiffeisenverbands, der 1989 im Genossenschaftsverband Bayern aufging. Verbandschef ist der Oberfranke Frankenberger seit Januar 2000.

Über die Volksbank Tübingen kam Gerhard Bürkle 1984 in den Vorstand des Bayerischen Genossenschaftsverbands Schulze-Delitzsch, dessen Sprecher er bis 1989 war. Seither fungiert er als stellvertretender Verbandspräsident.



Gemeinsam mit Wilhelm Frankenberger (r.) wird auch sein langjähriger Pressesprecher, Ernst Ruff (l.), in Ruhestand gehen.

Wirtschaftstag der Bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken:

## Zunahme der Arbeitsmigration

**Beckstein zur EU-Osterweiterung: „Wirtschaftsstandort Bayern wird trotz verschärftem Wettbewerb profitieren“**

**Gut gerüstet, um die Chancen der EU-Osterweiterung zu nutzen, sieht Innenminister Dr. Günther Beckstein den Wirtschaftsstandort Bayern. „Bayern ist seit dem 1. Mai 2004 wieder in das Zentrum des ganzen Kontinents und damit in die Mitte eines einheitlichen Marktes mit 455 Millionen Einwohnern und einer Wirtschaftsleistung von fast 9,2 Billionen Euro gerückt. Mit einem guten Mix von Global Playern und einem starken Mittelstand setzt der Freistaat gezielt auf Innovation und ist so bestens aufgestellt, den vermeintlichen Nachteil des zunehmenden Wettbewerbsdrucks in einen Vorteil umzumünzen“, sagte Beckstein beim Wirtschaftstag der Bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken in Straubing. Bei der Veranstaltung überreichte der Minister der Georgi Wassertechnik GmbH aus Bad Kissingen den mit 15.000 EUR dotierten Sonderpreises für Umwelt-Innovation des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.**

Beckstein verwies darauf, dass nach der EU-Osterweiterung insbesondere die grenznahen Wirtschaftsräume vor enormen Herausforderungen stehen. Der verschärfte Wettbewerb in Folge des starken Lohnkostengefälles und geringeren Umwelt- und Sozialstandards sei für alle besonders in den Grenzregionen in Nord- und Ostbayern besonders spürbar. „Hinzu kommt spätestens nach Ablauf der Übergangsregelungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit eine deutliche Zunahme der Arbeitsmigration“, so der Minister weiter.

### Standortvorteile der Billiglohnländer

Auch auf mittlere Sicht werden Kostendruck und verkrustete Arbeitsmarktstrukturen in Deutschland dazu führen, dass inländische Unternehmen weiterhin die Standortvorteile der Billiglohnländer nutzen werden. Beckstein: „Aber vor allem wirtschaftlich starke und innovative Regionen in Bayern werden von der EU-Osterweiterung schon bald direkt profitieren. Die Wirtschaftsregion Nürnberg/Fürth/Erlangen hat zum Beispiel mit

regierung für die besonders benachteiligten grenznahen Regionen Investitionen von 340 Millionen Euro angestoßen, damit über 1.300 neue Arbeitsplätze geschaffen und 4.000 bestehende gesichert.

### Innovationspreis

Aus der Hand des Ministers erhielt die Georgi Wassertechnik GmbH für ein Filtrationsverfahren zur Trinkwasseraufbereitung und Abwasserbehandlung die von Wirtschaftsminister Otto Wiesheu verliehene Auszeichnung für Umwelt-Innovation. Der Preis wird seit 1993 an besonders innovative Unternehmen aus der Umwelttechnologie verliehen.

### Erfolge in China

Die neu entwickelte Filtrationstechnik zur Aufbereitung stark verschmutzten Trinkwassers oder zur Behandlung von Abwasser kombiniert traditionelle Techniken mit innovativer Ultrafiltration. Dabei werden aus dem Wasser nicht nur Feststoffe sondern auch Mikroorganismen und Chemikalien ausgeschieden. Das Filtersystem zeichnet sich durch eine hohe Packungsdichte und besondere Wirtschaftlichkeit aus. Da zu seiner Herstellung und Wartung wesentlich weniger Chemikalien erforderlich sind als bei konventionellen Filtersystemen, leistet es einen weiteren Beitrag zum Erhalt der Umwelt.

Die Georgi Wassertechnik GmbH wurde 2001 gegründet. Das junge Unternehmen beschäftigt sieben Mitarbeiter und ist bereits auch in China und Australien erfolgreich tätig.

### Marktposition im Inland festigen

Beckstein rief die Unternehmen in Bayern auf, durch offensive Anpassungsstrategien ihre Marktposition im inländischen Markt zu festigen und die Markterschließung in den neuen Mitgliedsstaaten voranzutreiben: „Unsere Unternehmen können sich dabei auf die Staatsregierung verlassen. Wir werden nicht zuletzt unsere zukunftsorientierte Forschungs- und Technologiepolitik mit hoher Intensität fortsetzen. Und wir werden die technologischen Kompetenzzentren im ganzen Land weiter ausbauen. Unser Ziel ist es, Bayern als führenden Industriestandort mit starken Standbeinen gerade auch im Fahrzeugbau, in der Elektroindustrie und im Maschinenbau zu festigen und auszubauen.“ Mit dem Ertüchtigungsprogramm Ostbayern hat die Staats-



Dr. Dietrich H. Hoppenstedt, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes :

## Sparkassen-Finanzgruppe ist stabilste Kreditinstitutsgruppe Deutschlands

Kreditvolumen kann aus eigener Kraft jährlich um fünf Prozent gesteigert werden

„Dezentrale Verbundgruppen sind entscheidend für die Stabilität und Effizienz des deutschen Finanzmarktes. Sie sind besonders gut in der Lage, Kundennähe, Abwicklungseffizienz und Risikooptimierung zu verbinden.“ Das sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Dietrich H. Hoppenstedt, anlässlich der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Washington.

Die Sparkassen-Finanzgruppe sei heute die stabilste Kreditinstitutsgruppe in Deutschland. Dies sei vor allem auf eine sehr gute Diversifizierung zurückzuführen. „Unsere Institute verfolgen bei gleichen Grundzielen unterschiedliche Anlage- bzw. Handelsstrategien, besetzen unterschiedliche Produktfelder und bedienen sämtliche Kundengruppen. Dadurch ist eine optimale Risikostruktur innerhalb der Gruppe gegeben“, so Hoppenstedt.

### Keine Abhängigkeit

Die Sparkassen-Finanzgruppe als Ganzes sei weder von einzelnen Kundengruppen noch von einzelnen Produkten oder Produktgruppen existenziell abhängig. „Die Vielgestaltigkeit der Kreditnehmer, der Investitionszwecke, der Größenklassen und der Branchen - das gesamte wirtschaftliche Leben der Bundesrepublik spiegelt sich in unserem Kreditbestand wider.“

Diese breite Risikostreuung sei ein deutlicher Strukturvorteil dezentraler Kreditinstitutsgruppen, der bei der Diskussion um die Effizienz des deutschen Ban-

kenmarktes nicht genügend Beachtung finde.

Hoppenstedt plädierte dafür, den Portfolio-Effekt der gesamten Gruppe auch in den einzelnen Instituten erfolgswirksam zu machen. Durch einen gruppeninternen Sekundärmarkt für Kreditrisiken könnten die Sparkassen ein noch ausgewogeneres Kreditportfolio mit einem verminderten Gesamtrisiko erreichen. In Pilotprojekten seien Entlastungen des ökonomischen Eigenkapitals von 25 Prozent erreicht worden. Das sei einer der größten Effizienzhebel für die Sparkassen-Finanzgruppe und den deutschen Finanzmarkt insgesamt.

### Eigenmittel gestiegen

Trotz des schwierigen Umfeldes seien seit 1999 die Eigenmittel der Sparkassen mit 21 Prozent deutlich stärker gestiegen als die Risikoaktiva mit 15 Prozent. „Sparkassen haben und bilden ausreichend Eigenkapital, um ihre Aufgaben auch ohne Kapitalzufuhr der Träger dauerhaft erfüllen zu können. Eine Öffnung für private Investoren ist unnötig. Sparkassen brauchen

kein externes Kapital“, so der DSGV-Präsident.

### Kooperationen

Hoppenstedt betonte, dass bei Erreichen der durchschnittlichen Geschäftsergebnisse der vergangenen Jahre die Sparkassen ihren Kreditbestand aus eigener Kraft jährlich um rund 5 Prozent steigern könnten. Das übersteige das zu erwartende Wirtschaftswachstum deutlich.

Der Sparkassen-Finanzgruppe sei es gelungen, in den wesentlichen Back-Office-Bereichen Informationstechnologie, Zahlungsverkehr, Wertpapierzahlung und Rating europaweit führende Betriebsgrößen zu erreichen. „Auch regional orientierte Anbieter können durch intelligente Kooperationen in den Mengengerüsten höchst effizient arbeiten und dabei sogar global operierende Anbieter überholen.“

## Vermögensbildung und Eigenvorsorge immer wichtiger

Als „außerordentlich positiv“ hat der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Dr. Dietrich H. Hoppenstedt, die Entwicklung der Sparquote in Deutschland bezeichnet. „Nach einem Tiefpunkt im Jahr 2000 mit 9,7 Prozent erwarten wir die Sparquote in diesem Jahr bei knapp 11 Prozent. Die Menschen in Deutschland legen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer größeren Wert auf Vermögensbildung und Eigenvorsorge für das Alter. Dies ist verständlich und vernünftig“, so der DSGV-Präsident.

Hoppenstedt wandte sich gegen Diskussionen, die Sparanstrengungen als Konjunkturbremse oder „Angstsparen“ zu bezeichnen. „Allein zur Deckung der Versorgungslücke im Alter ist eine Sparleistung von rund 10 Prozent des Netto-Monatseinkommens erforderlich.“ Außerdem sei die Sparquote auch nicht ungewöhnlich hoch, sondern habe Anfang der 90er Jahre schon einmal bei 13 Prozent gelegen.

### Konjunkturbremse Einkommensentwicklung

„Nicht das Sparverhalten der Bürger, sondern die schwache Einkommensentwicklung ist eine Konjunkturbremse.“ Für das Jahr 2004 sei beim Anstieg der verfügbaren Einkommen erneut nur eine eins vor dem Komma zu erwarten. Nach Abzug der Inflationsrate bewegten sich die

## Gelderziehung beginnt früher

Junge Menschen werden heute deutlich früher als in der Vergangenheit an den verantwortlichen Umgang mit Geld herangeführt. Das ergab eine repräsentative Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Emnid im Auftrag der Sparkassen durchgeführt hat.

Im Durchschnitt haben sich die Bundesbürger im Alter von 22,5 Jahren erstmals bewusst mit den eigenen Finanzen auseinandergesetzt. Eltern geben an, dass sie ihre Kinder ab einem Durchschnittsalter von 10,5 Jahren an einen bewussten Umgang mit Geld heranzuführen.

Die Sparkassen engagieren sich seit Jahrzehnten für die finanzielle Allgemeinbildung. So führt der Beratungsdienst „Geld und Haushalt“ jährlich rund 1.400 Informationsveranstaltungen für Verbraucher durch und erreicht damit etwa 45.000 Menschen. Zusätzlich dazu werden pro Jahr mehr als 700.000 Ratgeberbroschüren zur Verfügung gestellt. Einen Schwerpunkt stellen hier spezielle Finanzinformationen für Jugendliche und Eltern dar. Das gesamte Angebot kann über [www.geld-und-haushalt.de](http://www.geld-und-haushalt.de) kostenlos bestellt werden.

Für die schulische Bildung stellen die Sparkassen vielfältige Lernmaterialien im Rahmen des Sparkassen-SchulService zur Verfügung.

Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:

## Zeichen bester Nachbarschaft! Landesbank überlässt der Staatsgemäldesammlung Räume im Palais Dürckheim

„Ein Zeichen bester Nachbarschaft von Landesbank und Staatsgemäldesammlung!“, so kommentierte Finanzminister Kurt Faltlhauser die Überlassung der Räume im Palais Dürckheim an die Bayerische Staatsgemäldesammlung durch die Bayerische Landesbank in München.

Das Palais Dürckheim wird ab Januar 2005 zu einem Zentrum für Kunstvermittlung werden und damit das einzigartige Kunstareal in der Maxvorstadt mitten im Herzen Münchens ideal abrunden. Der Standort werde, so Faltlhauser, bald in spektakulärer Weise durch die Sammlung und das Museum Brandhorst ergänzt, das ganz in der Nähe gebaut werde. Die neue Bestimmung für das Palais Dürckheim sei dabei wertvoller Mosaikstein zur Vervollständigung des gesamten Areals.

Faltlhauser: „Ich danke der Bayerischen Landesbank für die großzügige Geste und wünsche der Bayerischen Staatsgemäldesammlung bei der Umsetzung ihres Nutzungskonzepts im Palais Dürckheim Erfolg und Zuspruch.“

## Menschen in Schleswig-Holstein wollen eigenständige Sparkassen

Forsa-Umfrage: Mehr als drei Viertel gegen einen Verkauf

77 Prozent der schleswig-holsteinischen Bevölkerung würde bei einem Bürgerentscheid gegen den Verkauf von Sparkassen stimmen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle, repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Damit wenden sich die Bürger deutlich gegen eine Privatisierung von Sparkassen, wie sie einige Parteien im Falle eines Erfolgs bei den Landtagswahlen am 20. Februar 2005 planen.

Die Verkaufsüberlegungen haben nach Erkenntnissen von Forsa auch einen wichtigen Einfluss auf die Wahlentscheidung.

## Ein verdienter Kapitän geht von Bord

Nachfolger von BVK-Chef Heinz Prokop ist Friedrich Schubring-Giese

Heinz Prokop, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, geht auf eigenen Wunsch zum Jahresende in den Ruhestand. Prokop wurde 1995 zum Vorstandsvorsitzenden der BVK bestellt, um den beamtenmäßigen geführten öffentlichen rechtlichen Versicherer in ein modernes Versicherungsunternehmen umzuwandeln. Obwohl es der Versicherungswirtschaft nicht allzu gut geht, kann der

Versicherer und einer der Top-Zehn-Versicherungskonzerne Deutschlands ist unangefochten. Prokop hinterlässt ein wohl bestelltes Haus.

Nachfolger ist Prokops Kollege Friedrich Schubring-Giese, 57, der seit 1996 die erfolgreiche Entwicklung des Kompositversicherungs geschäfts maßgeblich mitgeprägt hat. „Er ist eine dynamische Führungspersönlichkeit, die mit diplomatischem Ge-



Heinz Prokop.



Friedrich Schubring-Giese.

Konzern 2004 ein Bruttobeitragsaufkommen von 5,2 Milliarden und einen Kapitalanlagenbestand von mehr als 28 Milliarden Euro ausweisen. „Unter Prokops Führung ist die Versicherungskammer expandiert, hat Beitragseinnahmen und Kapitalanlagenbestand mehr als verdoppelt und die Mitarbeiter von rund 3.800 auf 6.500 aufgestockt“, stellt Verwaltungsratsvorsitzender Dr. Siegfried Naser, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, fest. „Die Position der Kammer als größter öffentlicher

schick genau jene realistische Einschätzung von Möglichem und Machbarem hat, die bei der Mitgestaltung des Konsolidierungsprozesses in der Versicherungswirtschaft unabdingbar ist“, sagt Naser. Der Jurist ist gleichzeitig Vorstandsvorsitzender der Feuersozietät und der Öffentlichen Lebensversicherung Berlin Brandenburg. Mit der Berufung von Helmut Späth zu Schubring-Gieses Stellvertreter würdigt der Verwaltungsrat dessen Anlagepolitik.

Marianne E. Haas

GZ-Interview:

## Mit komuna zum Neuen Kommunalen Finanzwesen

Die Gemeinde Taufkirchen (Vils) hat in der Gemeinderatsitzung am 9. November 2004 den Beschluss gefasst, zusammen mit der EDV-Beratung komuna GmbH aus Altdorf ein leistungsstarkes Rechnungswesen einzuführen. Dem einstimmigen Beschluss des Gemeinderates vorausgegangen war die Vorstellung eines schlüssigen Umstellungskonzeptes durch Wolfgang Goletz, Betriebswirt (VWA), Bereichsleiter Finanzwesen bei komuna und ehemaliger Leiter der Finanzverwaltung der Verwaltungsgemeinschaft Zolling. Die Vorteile der Softwarelösung „CIP-KD“ waren bei der Vorstellung sofort für jedermann deutlich erkennbar. Ohne Softwarewechsel ist die Umstellung damit sowohl kostengünstiger für die Gemeinde als auch mitarbeiterverträglicher für die Verwaltung, erklärten komuna-Vertreter sowie Bürgermeister Franz Josef Hofstetter gegenüber der GZ.

**GZ:** Was war der Grund für die Gemeinde Taufkirchen (Vils) den Finanzbereich gerade jetzt zu reformieren?

**Hofstetter:** Der Beschluss der Innenministerkonferenz, das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen von der bislang zahlungsorientierten Darstellungsform auf eine ressourcenorientierte Darstellung umzustellen, war für uns die Basis. Obwohl in Bayern die rechtlichen Grundlagen noch nicht in die Wege geleitet sind, wollen wir jetzt die bereits feststehenden Elemente hierfür aufbauen um nicht später aufgrund gesetzlicher Vorgaben unter Zeitdruck zu geraten nach dem Motto: Wer nicht steuert, wird gesteuert.

Der wichtigste Grund für diese Entscheidung - insbesondere für uns, die Gemeinde Taufkirchen (Vils) - war jedoch, dass der Verwaltungsleitung und der Politik bessere und aussagekräftigere Informationen zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet für uns, mehr Transparenz für entsprechende Konsequenzen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Controlling und Berichtswesen.

**GZ:** Was beinhaltet das Neue Kommunale Finanzwesen?

**komuna:** Die Steuerung der Gemeinde soll statt durch die herkömmliche Bereitstellung von Ausgabeermächtigungen (Inputsteuerung) durch die Vorgabe von Zielen für die kommunalen Dienstleistungen (Outputsteuerung) ermöglicht werden. Grundlage hierfür ist eine vollständige Vermögenserfassung, die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Reform des Planbereichs hin zu einem Produkthaushalt. Die Umstellung der Buchführungsstils tritt bei einer vernünftigen Betrachtung vorerst in den Hintergrund. Selbstverständlich gibt es noch weitere Nebeneffekte wie z. B. die Dezentralisierung von Bewirtschaftungskompetenzen u.a.

**GZ:** Das hört sich nach einer gehörigen Aufgabe für die Gemeinde Taufkirchen (Vils) an?

**Hofstetter:** Grundsätzlich ja, aber ganz so dramatisch ist es dann doch nicht. Viele Dinge sind für die Verwaltung nicht unbedingt neu. Die Anlagenbuchhaltung und Kosten-/Leistungsrechnung sind bei den kostenrechnenden Einrich-

tungen der Gemeinde bereits seit längerem im Einsatz. In einigen Bereichen erstellen wir unter Mithilfe eines Steuerberaters bereits heute schon die GuV-Rechnung und Bilanzen. Hier soll die Umstellung des Buchführungsstils auch Kosten sparen. Der Steuerberater soll uns in Fragen der Bilanz- und Steuerpolitik beraten und nicht damit beschäftigt sein, kamerale Buchungsmaterial in kaufmännisches umzusetzen. Die Dezentralisierung im Anordnungsbereich wurde mit der Softwareumstellung auf komuna im Herbst 2003 vollzogen.

**komuna:** Genau diese Punkte werden für die Gemeinde Taufkirchen (Vils) den Aufwand einer Umstellung wesentlich erleichtern. Der Umgang mit der Vermögensbuchführung und Kosten-/Leistungsrechnung ist bereits Tagesgeschäft. Der Aufbau des Produkthaushalts ist ohne weitere und zusätzliche Lizenzkosten zu realisieren. Die Umstellung auf den rein doppelbuchführungsstil kann erst nach kompletter Vermögenserfassung, die für die Eröffnungsbilanz notwendig ist, erfolgen. In der Zwischenzeit werden im Rahmen eines Referenzmoduls sämtliche täglichen Geschäftsvorfälle in die neue 3-Komponenten-Rechnung übergeleitet. Somit sind durch kamerale Buchungen sofort doppische Betrachtungen (Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz) möglich.

**GZ:** Also kein doppelter Aufwand?

**komuna:** Unsere Lösung zieht keine doppelte Bearbeitung nach sich. Daraus entstehen mehrere Vorteile. Zahlen können vergleichend aus zwei

Blickwinkeln betrachtet werden. Das vertraute Zahlenwerk steht im direkten Vergleich mit der künftigen Sichtweise. Somit entsteht der Effekt „Lernen aus Erfolgen“. Konkrete und aktuelle Zahlen liefern sofort fundierte Steuerungsmöglichkeiten, was mit fiktiven Projektdaten nicht möglich ist. Eine klare Sicht der Dinge schafft sichere Entscheidungsgrundlagen für die nächsten Schritte. Weder Politik noch Verwaltung erleben unliebsame Überraschungen.

**GZ:** Warum fiel die Entscheidung für komuna?

**Hofstetter:** Wir werden bereits seit einiger Zeit von komuna zur vollsten Zufriedenheit betreut. Eine komplette Softwareumstellung wäre auf entsprechende Kritik in der Verwaltung gestoßen. Man hat hier auch schon andere Erfahrungen gemacht. In den Gesprächen mit Wolfgang Goletz von der komuna wurde auch Nichtfachleuten klar, um was es bei diesem Thema geht. Die Fachkompetenz lässt uns hoffen, dass keine zusätzlichen Beratungskosten anfallen.

Nachdem wir die Software nicht wechseln müssen, beschränkt sich der Schulungsumfang auf die jeweils neuen Funktionen. Auf das fachlich fundierte Wissen des gesamten komuna-Teams können wir natürlich in gewohnter Art und Weise zurückgreifen.

**GZ:** Wie geht es nun weiter, wann ist das Projektziel erreicht?

**komuna:** Die von uns aufgezeigte „Schritt-für-Schritt-Methode“ sieht eine bereichsweise Umstellung vor. In den anstehenden Haushaltsberatungen wird den Mandatsträgern im Bereich Wasserversorgung neben dem bisherigen Haushalt bereits ein Produktplan mit entsprechenden Produktbeschreibungen vorgelegt. In diesem Bereich ist die Anlagenbuchhaltung auf dem neuesten Stand. Die integrierte Kosten- und Leistungsrechnung wird die gewünschten Informationen für bessere Steuerung liefern. Zeigt dieser Abschnitt transparente Ergebnisse, lassen sich die übrigen Bereiche leichter und schneller umsetzen. Ein Kollaps im Rathaus wird somit vermieden, denn mit komuna ist der Weg zum Neuen Kommunalen Finanzwesen ein leichter Spurwechsel.

**Hofstetter:** Wir haben im Gemeinderat ganz sachlich darüber diskutiert, dass die „Schritt-für-Schritt-Methode“ von komuna im Einklang mit der Verwaltung Anwendung finden soll. Ich wünsche mir, dass wir mit diesem Konzept das Vertrauen zwischen Politik und Verwaltung weiter ausbauen. Teilerfolge und greifbare Zwischenergebnisse stärken die Motivation unserer Mitarbeiter.

**GZ:** Wie lautet Ihr Fazit?

**Hofstetter:** Wir sind der Überzeugung mit der Einführung der geschilderten Instrumente eine wesentlich bessere Steuerung herbeizuführen. Denn das Geld wird auch künftig nicht mehr werden. Die Haushaltskonsolidierung soll durch die entstehende Kostentransparenz ein verbessertes Kostenbewusstsein nach innen und außen erzielen.

**komuna:** Wir sind vom Erfolg bei der Gemeinde Taufkirchen (Vils) überzeugt. Die Gemeinde gehört somit auch zum Kreis der komuna-Anwender, die sich dem Ziel der Einführung eines Neuen kommunalen Finanzwesens „Schritt-für-Schritt“ nähern. Taufkirchen wird hierbei ein Anwender und kein Pilotkunde sein. Wir bedanken uns vor allem für das entgegengebrachte Vertrauen.



Freuen sich auf die 23. Neuaufgabe des Landrat-Dr.-Frey-Landkreislaufes in Zusmarshausen. V. l. Bürgermeister Albert Lettinger, Andreas Schöffel vom Hauptsponsor Kreissparkasse Augsburg, Helmut Hafner vom ausrichtenden TSV Zusmarshausen, stellvertretender Landrat Fritz Hölzl, Landkreis-Sportbeauftragter und Landkreislauf-Cheforganisator Herbert Richter sowie Andrea Kruger und Karl-Heinz Brenner von der örtlichen Wasserwacht. Bild: Walter Kleber

## Landrat-Dr.-Frey-Landkreislauf 2005

Am 19. Juni werden wieder 2000 Läufer erwartet  
Größte Breitensportveranstaltung im Augsburger Land -

Zusmarshausen/Landkreis Augsburg (wkl). Noch ist es ein gutes halbes Jahr hin, bis am 19. Juni 2005 der Startschuss zum 23. Landrat-Dr.-Frey-Landkreislauf fällt. Die größte Breitensportveranstaltung im Landkreis Augsburg, zu der rund 2000 Läuferinnen und Läufer erwartet werden, findet im nächsten Jahr rund um Zusmarshausen statt.

Herbert Richter, Sportbeauftragter im Augsburger Landratsamt und für die Organisation der Großveranstaltung verantwortlich, stellte im Beisein von stellvertretendem Landrat Fritz Hölzl dieser Tage den Streckenverlauf der Presse vor.

### Zwei Schleifen

Zwei Schleifen (6,4 und 4,4 Kilometer lang) stehen zur Wahl. Wichtige, unentbehrliche Partner beim Landkreislauf 2005 sind der ausrichtende TSV Zusmarshausen, die örtliche Wasserwacht und der Fischereiverein. Weil eine Woche nach dem großen sportlichen Ereignis am Zusmarshausener Rothsee das traditionelle Rothseefest gefeiert wird, können die Organisatoren bereits am Laufsonntag auf die dafür vorgehaltene Logistik und Infrastruktur zurück greifen.

### Hauptsponsor Kreissparkasse Augsburg

Die Kreissparkasse Augsburg ist seit Anfang an der Hauptsponsor des Landkreislaufes. Neben kulturellem und sozialem Engagement spielt bei der Kreissparkasse traditionsgemäß auch die Förderung des Breitensportes eine wichtige Rolle. Zusmarshausens Geschäftsstellenleiter Andreas Schöffel stellte dieses Engagement des Geldinstitutes vor.

Beim Landkreislauf erhält jeder Läufer eine Medaille. Pokale gibt es für die erfolgreichsten Mannschaften. Die beste Jugendmannschaft bekommt von der Kreissparkasse Augsburg außerdem Karten für ein attraktives Bundesliga-Heimspiel des FC Bayern München. Auch bei der Nachfeier für die ehrenamtlichen Helfer beteiligt sich die Kreissparkasse finanziell.

### Erfolgreicher Start:

## Auslandsnetzwerk für Sparkassenkunden

Mit ihrem Auslandsnetzwerk „Country Desk“ haben Sparkassen bisher mehr als 6.000 Kunden einen Kooperationspartner im Ausland vermittelt. Im Jahre 2004 werden noch rund 2.500 Kunden dazu kommen. Schwerpunktländer der Kundenaktivitäten sind die USA, Großbritannien, Spanien, die Länder Osteuropas, Australien und Neuseeland. Die Internetseite [www.countrydesk.de](http://www.countrydesk.de) verzeichnete bislang mehr als 20.000 Besuche von Interessenten. Diese Bilanz zog die Gesellschafterversammlung der Großsparkassen heute in Heilbronn bei der Vorlage des Geschäftsberichtes der Sparkassen Country Desk GbR.

„Immer mehr kleine und mittlere Unternehmen erschließen sich durch verstärkten Export Kooperationen mit ausländischen Partnern oder durch eine Expansion ins Ausland Wachstumschancen. Um der steigenden Nachfrage im Auslandsgeschäft nachzukommen, haben die Sparkassen ihre Kompetenzen verstärkt. Das internationale Netzwerk des Country Desk bildet hierin einen unverzichtbaren Baustein.“, sagte Christoph Schulz, Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), beim Arbeitskreis „Großsparkassen für das Auslandsgeschäft“ in Heilbronn.

Über 70 Sparkassen nutzen bisher die Leistungen des Country Desk für ihre Firmenkunden. Mit dem Netzwerk können international ausgerichtete Unternehmen über die jeweilige Sparkasse auf Infrastruktur, Produktangebote, lokale Expertise und Mitarbeiter Know-How von ausländischen Banken zugreifen. Auch Förderinstitute, Kammern und andere Dienstleister im Ausland werden über das Country Desk vermittelt. Die Unternehmer werden im Ausland von den Partnern persönlich betreut. Angebote von der Kontoeröffnung bis zur Finanzierung können größtenteils direkt bei der Sparkasse in Deutschland beantragt und geregelt werden.

Sal. Oppenheim hat Mittelstand im Fokus:

## „Rückgrat der deutschen Wirtschaft“

Familienunternehmen mit konservativen Leitbildern rücken in den Blickpunkt

Familienunternehmen erleben derzeit eine Renaissance. Nach einer Phase zahlreicher Börsengänge und oft kurzfristiger Shareholder-Value-Orientierung rücken wieder verstärkt konservative Leitbilder in den Blickpunkt: langfristige Ausrichtung, Sicherung der finanziellen Stabilität und damit Unabhängigkeit sowie Fokussierung auf klare Wettbewerbsvorteile sind unter anderem die Prinzipien, nach denen heute erfolgreiche Familienunternehmen geführt werden. „Mir liegt der Mittelstand sehr am Herzen. Er ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, darf nicht vernachlässigt und durch große Konzerne in eine Ecke getrieben werden. Ich berate und betreue seit 15 Jahren Familienunternehmen und deren Inhaber“, sagt Joachim Graf von Arnim, Direktor für Bayern und Sachsen des Bankhauses Sal. Oppenheim in München.

Graf von Arnim zieht einen Vergleich. Auch bei Sal. Oppenheim (Bilanzsumme 2003: 9,68 Milliarden, betreutes Vermögen zirka 61 Milliarden Euro) spiele die Familie in der mehr als 200-jährigen Geschichte als Rückgrat, Visionär und Wahrer der Kontinuität eine tragende Rolle. Traditionsbewusstsein, Flexibilität, die Fähigkeit zum Zusammenhalt und Qualitätssinn seien Garantien für den Erfolg der führenden deutschen Privatbank in zwei bewegten Jahrhunderten gewesen. „In die Produkte, die wir unseren Kunden empfehlen, investieren wir auch selbst. Denn wir verfolgen das gleiche Ziel wie unsere Kunden: langfristigen Werterhalt und Mehrung des Vermögens, auch für die nächsten Generationen.“

Die Bedeutung des Mittelstandes belegt Joachim von Arnim mit eindrucksvollen Zahlen: Immerhin seien 99,7 Prozent aller Unternehmen in Deutschland mittelständisch, sie tätigen 43,2 Prozent aller steuerpflichtigen Umsätze, tragen 48,8 Prozent

zur Bruttowertschöpfung aller Unternehmen bei, bieten 69,7 Prozent der Arbeitsplätze und stellen 80 Prozent aller Lehrstellen bereit. Im Vergleich zum Vorjahr habe sich die Geschäftslage für den Mittelstand eindeutig verbessert; allerdings sei die Grundstimmung größtenteils noch immer pessimistisch wegen der politischen und wirtschaftlichen Zukunftsunsicherheiten. Dennoch wollten nach einer Umfrage von Creditreform 37 Prozent der Mittelständler im zweiten Halbjahr 2004 wieder investieren, das sind fünf Prozentpunkte mehr als im vergangenen Jahr. Allerdings würden Finanzierungen wegen Basel II für den Mittelstand immer schwieriger. In diesem Zusammenhang verweist von Arnim auf die Kooperation mit der IKB Deutsche Industriebank AG bei Akquisitions-, langfristiger Unternehmens- und Immobilienfinanzierungen.

„Die Basis für den Erfolg unserer Kunden ist die individuelle und ganzheitliche Beratung, die wir bieten können.“ Sal. Oppenheim stelle einen speziell qualifizierten Ansprechpartner oder, je nach Komplexität des Vorhabens, auch ein ganzes Team mit Branchen- und Produkt-Know-how zur Verfügung, sei es zur Optimierung des Vermögens mittels alternativer Investments, zur Vermögensstrukturierung mittelständischer Unternehmen oder zur Durchführung von Beteiligungen, Übernahmen oder Fusionen im Investmentbanking. „Die überschaubare Größe unserer Bank ermöglicht es dabei, Entscheidungen schnell umzusetzen und auf Veränderungen flexibel zu reagieren.“

Marianne E. Haas

### Electronic cash:

#### Vermeidung von Bargeldkosten

Händlern, die Bargeldkosten wirksam senken wollen, empfiehlt die Deutsche Sparkassen- und Giroverband das electronic cash (ec-cash) Verfahren, also das Bezahlen mit Debitkarte und PIN. Hingegen sieht der Verband bei einem Verzicht auf 1- und 2-Cent-Münzen keine nachhaltigen Kosteneffekte. Mit dem Einsatz von electronic cash spielt die Wechselgeld-Problematik an der Ladenkasse keine Rolle mehr. Denn electronic cash ist in puncto Sicherheit, Geschwindigkeit und Wirtschaftlichkeit eine attraktive Alternative zu Bargeld.

Fusion zum 1. Januar 2005:

## Vereinigte Coburger Sparkassen und Kreissparkasse Lichtenfels

Die Vereinigte Coburger Sparkassen und die Kreissparkasse Lichtenfels fusionieren zum 1. Januar 2005 zur Sparkasse Coburg - Lichtenfels. Am 26. Oktober 2004 wurde der Fusionsvertrag im Landratsamt in Lichtenfels unterzeichnet.

Mit dieser Fusion bündeln zwei starke Sparkassen in Oberfranken ihre Kräfte in einem neuen Institut. Im Rahmen einer Pressekonferenz erläuterten Vorstand und Verwaltungsrat der künftigen Sparkasse Coburg - Lichtenfels die Vorteile für die Region.

### Zukunftsfähigkeit

Durch den Zusammenschluss der beiden traditionsreichen Häuser sind Zukunftsfähigkeit und Leistungsstärke gestiegen,

ohne den Bezug zum Kunden zu verlieren, so der künftige Vorstandsvorsitzende Siegfried Wölki, bisheriger Vorstandsvorsitzender in Coburg.

Neuer stellvertretender Vorstandsvorsitzender wird Roland Vogel, bisheriger Vorstandsvorsitzender in Lichtenfels. Er betonte beim gemeinsamen Presetermin die Arbeitsplatzsicherheit im Rahmen der Fusion.

### Gestärkter Partner

Die Stärkung als Partner des



Gemäß dem Motto „Sparkasse Donauwörth. Gut für die heimische Region“ übergab die „Stiftung der Sparkasse Donauwörth“ drei weitere Früh-Defibrillations-Geräte gegen den plötzlichen Herztod (hintere Reihe von links): Hans Mesch, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Sparkasse Donauwörth, Sparkassendirektor Klaus Langer, Sebastian Färber und Thilo Hormann (Wasserwacht Donauwörth), Landrat Stefan Rössle. (vordere Reihe von links): Arthur Lettenbauer (BRK-Ortsgruppe Wemding), Erna Brantl und Bernhard Schmid (für das Kreisseniorenheim Wemding). Bild: Stefan Sisulak

Sparkasse Donauwörth:

## Initiative „Gegen den plötzlichen Herztod“

In Deutschland sterben jedes Jahr rund 130.000 Menschen durch plötzliches Herzversagen, das in der Regel mit einem Kammerflimmern anfängt. Die einzige effektive Gegenmaßnahme stellt die Defibrillation dar, d. h. mittels eines elektrischen Schocks von außen wird das gesamte Leitungssystem des Herzens depolarisiert. Bei erfolgreicher Anwendung stellt sich danach der normale Herzrhythmus wieder ein. Entscheidend ist ein möglichst früher Beginn der Defibrillation, denn jede Minute ohne wirksame Reanimation senkt die Überlebenschancen um 10 %.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Sparkasse Donauwörth vor drei Jahren mit der Anschaffung und Vergabe von sogenannten „Früh-Defibrillations-Geräten“ die Initiative „Gegen den plötzlichen Herztod“ im Landkreis Donau-Ries gestartet. Zwischenzeitlich konnten aus Mitteln der Sparkasse sowie der Stiftung der Sparkasse Donauwörth bereits 16 Früh-Defibrillations-Geräte im Wert von 33.000 Euro an verschiedene Institutionen und Einrichtungen wie BRK, Johanniter Unfallhilfe, Seniorenheime und Freibäder übergeben werden. Selbstverständlich werden auch in der Sparkasse zwei Geräte vorgehalten.

### Aktiver Beitrag

Mit diesem Breiteneinsatz, so die beiden Vorsitzenden der „Stiftung der Sparkasse Donauwörth“ Landrat Stefan Rössle und Sparkassendirektor Klaus Langer, leistet die Sparkasse Donauwörth einen aktiven Beitrag „gegen den plötzlichen Herztod“ in der heimischen Region.

Beim plötzlichen Herztod liegt in den meisten Fällen zunächst Kammerflimmern, die bösartigste Herzrhythmusstörung, vor. Sie führt, wenn sie

nicht unterbrochen wird, unweigerlich zum Tode. Die Defibrillation, ein kurzer elektrischer Reiz, ist dabei die wirksamste Methode, die Rhythmusstörung zu behandeln.

Von den jährlich rund 130.000 Herztoten im gesamten Bundesgebiet wären wahrscheinlich mehr als die Hälfte zu retten, wenn innerhalb kürzester Zeit mittels eines „Früh-Defibrillators“ Hilfe erfolgen würde. Das besondere an einem derartigen Gerät ist, daß es im Notfall auch von einem medizinischen Laien angewendet werden kann, bevor der Notarzt eintrifft. Der Anwender wird dabei akustisch geführt. Der lebensrettende Schock wird nur dann ausgelöst, wenn das Gerät nach dem Anlegen der Kontakte am Brustkorb des Patienten auch tatsächlich das Herzkammerflimmern erkennt. Ansonsten ist das Gerät gesperrt.

Je früher die Defibrillation erfolgt, desto größer ist die Chance des Überlebens ohne bleibende körperliche Schäden. Jede Minute ohne wirksame Wiederbelebung reduziert die Chance um zehn Prozent. Deshalb ist es entscheidend, daß im Notfall rechtzeitig auf ein sog. „Früh-Defi-Gerät“ zugegriffen werden kann.

Mittelstandes sowie die größere Flexibilität bei der Kreditvergabe betonten die Landräte und Verwaltungsräte aus Coburg und Lichtenfels als großen Vorteil der neuen Sparkasse.

Das Institut zählt zu den Großen in Oberfranken. Es weist eine Bilanzsumme von mehr als 2,2 Mrd. Euro, ein Einlagenvolumen von 1,5 Mrd. Euro und Ausleihungen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro auf.

### Aufbruch in neue Zeit

Insgesamt 800 Beschäftigte, davon 51 Auszubildende werden mit der Sparkasse Coburg - Lichtenfels in eine neue Sparkassen-Zeit aufbrechen. Sie haben einen sicheren Arbeitsplatz in der Region. Es wird im Rahmen der Fusion keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

### Der Weg

Beachtlich ist der Weg zum Zusammenschluss der beiden Häuser. Die Gespräche wurden im Januar 2004 auf Ebene der Verwaltungsratsvorsitzenden sowie deren Stellvertreter und den Vorstandsvorsitzenden aufgenommen. Im März trafen sich erstmals die Vorstände beider Häuser zu einem gemeinsamen Gespräch. Es fanden regelmäßige, weitere Besprechungen statt. Die Entscheidungsgremien beider Institute wurden von Anfang an in die Verhandlungen mit eingebunden. Am 19. Oktober 2004 gaben die letzten Gremien ihre Zustimmung zur Fusion.

### Auf Augenhöhe

Alle Gespräche und Verhandlungen fanden stets partnerschaftlich ohne Hervorhebung eines Institutes statt. Die „Fusion auf Augenhöhe“ war von Anfang an erklärtes Ziel und wurde bis zum Schluss gewahrt.

### Sparkasse Mainfranken Würzburg:

## 48 neue Auszubildende

Um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region zu sichern, ist eine hohe Ausbildungsbereitschaft der ansässigen Unternehmen unverzichtbar. Die Sparkasse Mainfranken fühlt sich aus ihrem Selbstverständnis heraus mit der Kommune und den hier lebenden Menschen eng verbunden. Die Bereitstellung von sicheren Arbeitsplätzen und attraktiven Ausbildungsplätzen sind ein wichtiger Bestandteil ihres Verantwortungsbewusstseins. Am 1. September dieses Jahres begannen 48 junge Menschen ihre Ausbildung bei der Sparkasse Mainfranken. Damit bildet das Kreditinstitut derzeit insgesamt 147 Bankkaufleute aus. Mit 1.892 beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist sie zudem einer der größten regionalen Arbeitgeber.

Darüber hinaus sieht die Sparkasse Mainfranken ein intensives Engagement zum Wohle und Nutzen des Gemeinwesens als ihre gesellschaftliche Verpflichtung an. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Unterstützung des heimischen Vereins- und Kulturlebens.

### Umweltprojekte

672 kulturelle, sportliche, soziale, wissenschaftliche und Umweltprojekte in den Landkreisen Kitzingen, Main-Spessart, Würzburg und der Stadt Würzburg wurden im Jahr 2003 mit rund 2,4 Mio. Euro durch die Sparkassenstiftungen (Stiftungsvermögen 13,7 Mio. Euro) sowie aus dem Zweckertrag des PS-Los-Sparens gefördert.

Die enge und vertrauensvolle Partnerschaft mit den ansässigen Unternehmen ist der Sparkasse Mainfranken besonders



Unterzeichnung des Fusionsvertrages durch die beiden derzeitigen Verwaltungsratsvorsitzenden Karl Zeitler, Landrat Coburg, und Reinhard Leutner, Landrat Lichtenfels (v. l.)

Beide Sparkassen wurden mit jeweils gleichen Werten in die neue Sparkasse eingebracht.

### Künftige Gremien und Unternehmensführung

Gewährträger der neuen Sparkasse ist der Zweckverband Sparkasse Coburg - Lichtenfels. Der künftige Verwaltungsrat setzt sich aus den bisherigen Verwaltungsräten zusammen. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Dr. Martin Faber und Dieter Ritz, bisher Coburg, und Uwe Klauer, bisher Lichtenfels.

### Firmensitz

Die Sparkasse hat einen Doppelsitz mit zwei Hauptstellen in Coburg und in Lichtenfels. Dies ist ein Signal für die bisherige und künftige Verbundenheit mit der Region. Ständiger Sitz des Vorstandes, auf Grund aufsichtsrechtlicher Erfordernis, ist Coburg. In Lichtenfels wird dennoch ein Vorstandsmitglied ständig präsent sein.

### Hintergründe für die Fusion

Sparkassen sind starke, unverzichtbare Partner in der Region - für die heimische Wirtschaft, für die Kommunen, für Institutionen und vor allem für die Bevölkerung vor Ort. Sie sind Garant für einen gesunden Wettbewerb und für den Erhalt

des Mittelstandes unverzichtbar. Die Zusammenführung von Sparkassen in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum stärkt die gesamte Region.

Der Raum Oberfranken weist seit Jahren strukturelle Schwächen auf, die in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

### Kompetent und flexibel

Sie kann insbesondere der heimischen Wirtschaft kompetenter und flexibler zur Seite stehen. Sie bietet auch Zukunftsperspektiven - als Arbeitgeber und als Ausbildungsbetrieb.

Die wesentliche Stärke der

### BKPV-Empfehlung:

„Kosten sparen bei der

## Kosten sparen bei der Gebäudeinnenreinigung

Die Kommunen sind gehalten, „geeignete Fälle daraufhin zu untersuchen, ob und in welchem Umfang sie durch nichtkommunale Stellen, insbesondere durch private Dritte oder unter Heranziehung Dritter, mindestens ebenso gut erledigt werden können“. Die Gebäudereinigung ist hierfür ein geeigneter Fall. Neue Erkenntnisse, Möglichkeiten und Begründungen für nachhaltige Einsparungen zeigt der Geschäftsbericht 2003 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands in dem Kapitel „Kosten sparen bei der Gebäudeinnenreinigung“ auf.

Werden die Leistungen von Privatfirmen wirtschaftlicher erbracht, ist eine Umstellung auf Fremdreinigung geboten, empfiehlt der BKPV. Die Reinigungshäufigkeit sollte kritisch hinterfragt und wenn möglich reduziert werden.

In Prüfungen und Beratungen stellte der Verband immer wieder fest, dass viele Kommunen zu viel Geld für die Gebäudereinigung ausgeben. Dabei ist es gerade hier nicht allzu schwer, ein beachtliches und vor allem nachhaltiges Einsparpotenzial zu realisieren. Obgleich es im Ermessen der einzelnen Kommune liegt, wie sie ihre Reinigung organisiert, sollte bedacht werden, dass Klagen über die dramatische finanzielle Situation wenig glaubhaft sind, wenn offensichtliche Einsparpotenziale nicht genutzt werden.

### Kostengünstigste Variante

Dies gilt nach Ansicht des BKPV umso mehr, wenn Kommunen beachtliche und realisierbare Möglichkeiten zur Kosteneinsparung kennen und gleichwohl die Reinigung mit eigenem Personal fortführen. Im übrigen hält auch der Freistaat Bayern die private Gebäudereinigung für die kostengünstigste Variante.

Bei der Umstellung von der Reinigung mit eigenem Personal auf Fremdreinigung wird häufig auf die natürliche Fluktuation gesetzt. Auf diesem sicher sozialverträglichen Weg dauert es allerdings meist sehr lange, bis mit nennenswerten Einsparungen gerechnet werden kann. Daher sollten die Kommunen angesichts ihrer teilweise dramatischen Haushaltslage auch andere Möglich-

keiten bleibt erhalten - die Nähe zum Kunden und die Entscheidung vor Ort. Das bisherige Geschäftsstellennetz steht im neuen Institut unverändert zur Verfügung.

### Umfassendes Serviceangebot

Die Zusammenführung von Stärken und Kompetenzen ermöglicht ein noch umfassenderes Angebot im Service, eine noch intensivere Beratung und Betreuung und damit eine individuellere Abdeckung der Kundenbedürfnisse. Die Fusion bringt Vorteile für die Kunden und die Region.

### Reinigungserfolg

Die Befürworter der Reinigung mit eigenem Personal argumentieren dem Prüfungsverband zufolge noch immer gerne mit dem (behaupteten) größeren Reinigungserfolg. Abgesehen davon, dass auch die Leistungen des eigenen Reinigungspersonals durchaus unterschiedlich sind, kann die Reinigungsqualität der Privaten dadurch sichergestellt werden, dass deren Reinigungsergebnisse konsequent kontrolliert werden und mit dem Gebäudereinigungsunternehmen vertraglich vereinbart wird, dass unter bestimmten Voraussetzungen wegen „Schlechtleistung“ fristlos gekündigt werden kann.

Das Argument, man könne keine betriebsfremden Personen ins Büro lassen, weil hier sensible Vorgänge auf dem Schreibtisch lägen, sollte nach Ansicht des BKPV nicht akzeptiert werden. „Vielmehr wäre sicherzustellen, dass sensible Vorgänge weggesperrt werden“. Auch möchten manche auf gewohnte Annehmlichkeiten, die mit der Beschäftigung eigenen Reinigungspersonals verbunden sind, wie Blumengießen, Geschirrspülen, kleinere Besorgungen machen usw., nicht verzichten. Diese „Dienstleistungen“ gehörten allerdings nicht zum Reinigungsdienst. DK

## Bausparen ist weiter gefragt

Bayerische Landesbausparkasse erwartet drittbestes Neugeschäft  
Scharfe Kritik wegen geplanter Abschaffung der Eigenheimzulage

München. Die bayerische Landesbausparkasse (LBS) erwartet in ihrem Jubiläumjahr das drittbeste Neugeschäft seit ihrem 75-jährigen Bestehen. Wie der Sprecher der Geschäftsleitung, Franz Wirnhier, bei der Jahresabschlusspressekonferenz in München berichtete, wird das Absatzergebnis mit voraussichtlich 234.000 Verträgen über eine Pauschalsumme von 5,6 Milliarden Euro zwar deutlich unter dem absoluten Spitzenjahr 2003 abschneiden, es liege aber immer noch gut eine Milliarde Euro über dem langjährigen Durchschnitt. Auch für die nähere Zukunft zeigte sich Wirnhier zuversichtlich, „dass sich der Bausparmarkt im derzeitigen Kapitalmarktumfeld unter unveränderter staatlicher Förderung auf diesen hohen Niveau einpendelt“.

Weniger erfreulich entwickelt sich laut Wirnhier das Finanzierungsgeschäft der LBS, denn die Talfahrt des Wohnungsbaus halte an. 2003 wurden so wenige Wohnungen wie nie zuvor gebaut.

### Kreditgeschäft geht zurück

Die anhaltende Konjunkturfalte hat unterdurchschnittliche Kapitalauszahlungen zur Folge,

was sich auch in einem zurückgehenden Kreditgeschäft bemerkbar macht. In der abnehmenden Auszahlung kollektiver Bauspardarlehen spiegelt sich weitgehend das niedrige Zinsniveau wieder.

Vom Abwärtstrend bei den Baugenehmigungen hat sich auch Bayern nicht abkoppeln können. Sie sind in den ersten neun Monaten um 7,9 Prozent auf 38.856

Einheiten zurückgegangen. Besonders der Eigenheimbau verzeichnete starke Einbußen, nachdem er 2003 aufgrund der Streichdebatte über die Wohneigentumsförderung ein kurzes Zwischenhoch erlebt hat. Die Baufreigaben für Ein- und Zweifamilienhäuser brachen um 11,5 Prozent auf 26.336 Objekte ein.

### Konstanter Zinsüberschuss

Weiterhin auf hohem Niveau liegt der Spargeldeingang bei der LBS, während die Neigung zu Sondertilgungen trotz niedriger Kapitalmarktzinsen abnimmt. In ihrer Gewinn- und Verlustrechnung erwartet die Landesbausparkasse 2004 eine stabile Entwicklung. Der Zinsüberschuss konnte weitestgehend konstant gehalten werden. „Unterm Strich“ rechnet der Sprecher der Geschäftsleitung mit einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von rund 60 Millionen Euro, etwa 7 Millionen weniger als 2003.

Als Hauptgrund für den stabilen Bauspartrend nannte Wirnhier den Kernnutzen des Bausparens als sicheres und flexibles Anlage- und Finanzierungsinstrument, das den Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten

entspreche. Die prinzipielle Anziehungskraft des Produkts komme im momentanen Marktumfeld besonders gut zur Geltung. Das Produkt genieße einen Imagevorsprung gegenüber alternativen Geldanlagen, weil Sicherheit derzeit das dominierende Anlagekriterium sei. Der LBS-Bausparvertrag werde dieser Grundstimmung der Anleger gerecht, „weil seine Tarife und Finanzierungsprodukte sehr attraktive Kreditkonditionen und reizvolle Renditen bieten. Dazu komme, dass Bausparen als Wegbereiter und Wegbegleiter für die Altersvorsorge mit Wohneigentum bewährt und etabliert sei.“

### Fatale Bestrebungen

Deutliche Kritik übte Wirnhier an der geplanten Abschaffung der Eigenheimzulage. Seit Herbst 2002 sei die Diskussion über Sinn und Umfang der Wohneigentumsförderung nicht zur Ruhe gekommen. Wieder taue der Vermittlungsausschuss und es sei mehr als zweifelhaft, ob noch einmal ein vernünftiger Kompromiss zustande komme. „Wir halten die Bestrebungen, die Wohneigentumsförderung bis zur Unkenntlichkeit zu beschneiden oder gleich ganz zu eliminieren, für fatal, weil sie die beliebteste Form der privaten Altersvorsorge in unverhältnismäßiger Weise benachteiligen.“

E. Scholl

Menschen die Verwurzelung in der Region, in der Heimat. Für die Bayerische Staatsregierung bedeute es eine Verpflichtung, den ländlichen Raum als einen eigenständigen Lebensraum zu stärken, in Stadt und Land gleichwertige, nicht gleichartige Lebensbedingungen zu schaffen: „Wir unternehmen große Anstrengungen, um die Attraktivität des ländlichen Raums zu erhalten und ihn gleichzeitig fit für die Zukunft zu machen. Der ländliche Raum ist für uns ein Zukunftsraum.“

### Hilfe zur Selbsthilfe

Der Landwirtschaftsminister fuhr fort, sein Ressort leiste mit der Dorferneuerung, Flurneueinrichtung, der Regionalen Landentwicklung und mit LEADER+ wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes sowie zur Verbesserung der Lebensqualität. Den Landwirten, Bürgern und Gemeinden stünden zukunftsorientierte Hilfen zur Selbsthilfe zur Verfügung, heuer über 100 Millionen Euro. Die enorme Wirksamkeit dieser Hilfen belege eine für etwa 750 Gemeinden in Bayern durchgeführte wissenschaftliche Untersuchung der TU München. Gemeinden mit Flurneueinrichtung und Dorferneuerung erreichten danach einen Entwicklungsvorsprung von bis zu 15 Prozent gegenüber Gemeinden ohne diese Unterstützung. Die untersuchten Parameter seien dabei gewesen, u. a. Bevölkerungsentwicklung, Steuerkraft, Betriebsansiedlungen und Arbeitsplätze.

### Verbesserte Auftragslage

Besonderen Wert legte Miller auf die Feststellung, dass Investitionen im Rahmen der ländlichen Entwicklung zur Verbesserung der Auftragslage in regionalen mittelständischen Handwerks- und Gewerbebetrieben, vor allem im Baugewerbe, führten: „Das ist gerade in der schwierigen wirtschaftlichen Phase für unser Land ein bedeutender Effekt. Nachweislich lösen die in der Dorferneuerung bereitgestellten Mittel zur Förderung das bis zu Siebenfache an Investitionen aus.“

Die Dorferneuerung als ein äußerst erfolgreiches Instrument bayerischer Strukturpolitik be-

zeichnend, nannte Josef Miller als wesentliches Ziel, das Dorf als lebendige Heimat zu erhalten und eine nachhaltige Ortsentwicklung zu initiieren. Gesetz werde hierbei auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Impulse.

Zur Zeit seien in Bayern in 980 Gemeinden rund 1800 Flurneuerungen und Dorferneuerungen in Bearbeitung. In etwa 1900 Ortschaften würden Dorferneuerungsmaßnahmen durchgeführt, davon allein in Schwaben rund 150. Bayern werde den Erfolgsweg der Dorferneuerung weiter beschreiten. Deutlich werde dies daran, dass trotz der nötigen Sparmaßnahmen in diesem Jahr für das Dorferneuerungsprogramm rund 37 Millionen Euro zur Verfügung stünden: „Und um den Kommunen in ihrer derzeit schwierigen Finanzlage die Finanzierung der Dorferneuerungsmaßnahmen zu ermöglichen, habe ich entschieden, die Schlüsselmaßnahmen der Dorferneuerung erhöht zu fördern.“

### Ein Gemeinschaftswerk

Das gelungene Gemeinschaftswerk in Dattenhausen würdigten in ihren Ansprachen die stellvertretende Landrätin Angela Rieder, der Stimmkreisabgeordnete Georg Winter, Bürgermeister Josef Foitl, Architekt Alfred Hitzler und der Vorsitzende der Vereinigungsgemeinschaft Zehntstadel, Wendelin Hitzler. Zur Sprache gebracht wurde auch die mit einem Aufwand von sechs Millionen Euro geschaffene Ortsumgebung.

### Segnung der Büste

Der Direktor der Regens-Wagner-Stiftungen, Monsignore Hans Prieb, nahm die Segnung der von dem Künstler Martin Barfuß geschaffenen Büste von Regens Johann Evangelist Wagner vor, dem Spross einer Bauernfamilie aus Dattenhausen. Für den Gründer der beispielhaften Regens-Wagner-Stiftungen, einen der großen deutschen Sozialapostel, läuft zur Zeit das Seligsprechungsverfahren. Nach ihm benannt wurde jetzt auch die Hauptstraße, bei deren Freigabe Minister Miller zusammen mit Kindern das Band durchschnitt. ☞

### „Landkultur als Standortfaktor“:

## Kultur ist mehr als passives Konsumieren!

Neue Dokumentation in der Schriftenreihe  
„Berichte zur Ländlichen Entwicklung“

„Landkultur als Standortfaktor“ lautet eine soeben erschienene Dokumentation des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten in der Schriftenreihe „Berichte zur Ländlichen Entwicklung“. Darin wird deutlich, dass Kultur nicht nur ein Zeitvertreib weniger Schöngelster ist, sprich nicht nur etwas mit dem passiven Konsumieren in Theatern, Konzertsälen oder Museen zu tun hat, sondern viel facettenreicher ist.

In der Broschüre, die eine Fachveranstaltung dokumentiert, die im Rahmen der 7. Bayerischen Tage der Dorfkultur durchgeführt wurde, wird der Bogen weit gespannt: Er reicht von der Bürgerkultur über die Bildungs- und Baukultur über die Generationenkultur bis hin zu Kulturlandschaft und Esskultur.

„Die älteste Form der Kultur ist die Agrikultur“ stellt Landwirtschaftsminister Josef Miller einleitend fest. Er verweist darauf, dass im ländlichen Raum keine Angebotskultur vorherrscht, sondern sich die Bürger und Bürgerinnen selbst engagieren und aktiv werden. (Dorf-) Kultur stifte damit Identität und Heimat. Wesentlich sei zudem der Umstand, dass das rege Kulturlernen im ländlichen Raum, sei es Brauchtumpflege oder die Beschäftigung mit zeitgenössischen Kulturformen, wesentlich zur Lebensqualität vieler Menschen beitrage und deshalb ein noch viel zu wenig beachteter Standortfaktor sei.

### Bürgerkultur

Eckhart Frahm vom Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaften der Universität Tübingen zeigt in seinem Beitrag auf, wie Bürgerkultur in den Dörfern entstehen kann. Er rät zu attraktiven, überschaubaren und zeitlich begrenzten Projekten, die am Schluss so präsentiert werden müssen, dass alle Beteiligten Anerkennung bekommen und stolz auf ihre Leistung sein können.

Bei allen unterschiedlichen Formen und Aktivitäten der Bürgerkultur gehe es, so Frahm, letztlich darum, die globalen Probleme lokal zu lösen: „Das zukünftig Spektakuläre ist, das Nicht-Spektakuläre alltäglich werden zu lassen.“ Benötigt würden die neuen Formen der Bürgerkultur auf dem Lande, um das Leben in der postindustriellen Erfolgsgesellschaft meistern zu können. „Und da steht das Dorf derzeit gegenüber der Stadt nicht schlecht da“, bemerkte Frahm.

### Dörflicher Eigensinn

Bürgerkultur als Landkultur sei auch der Versuch, den dörflichen Eigensinn nicht länger als rückständig und entwicklungsbedürftig, sondern als gleichwertig (aber eben anders) neben den städtischen Eigensinn zu stellen, erklärte Frahm. Denn das Dorf werde „in unserem Leben in zwei Welten“ (lokal und global, modern und traditionell), die nebeneinander existieren, eigenwertige Lösungen entwickeln müssen. In dieser gegenwärtigen „Schwebelage zwischen nicht mehr und noch nicht“ könnte gelten, was vor einem dreiviertel Jahrhundert Gertrude Stein, eine der großen Mütter der literarischen Moderne erkannte: „Nichts geschieht in der Stadt. Alles geschieht auf dem Land. Die Stadt erzählt nur, was auf dem Land geschehen ist.“

Camille Gira, Bürgermeisterin der luxemburgischen Gemeinde Beckerich zeigte, wie es in seiner Kommune in den vergangenen 25 Jahren gelungen ist, einer

dramatischen Landflucht entgegenzuwirken. Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte, mit Umweltschutz, neuen Kommunikationstechniken und Energiekonzepten sei dazu ebenso notwendig gewesen wie Kooperationen und Solidarität der Bürger untereinander.

Dr. Peter Jahnke, Referent für Dorf- und Regionalentwicklung im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, betrachtet die Baukultur als „Visitenkarte der Region“. Ehemals multifunktionale Dörfer mit dem Angebot der Daseinsgrundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Lernen hätten sich zu monofunktionalen, teilweise monotonen Wohndörfern verändert - mit entsprechender Baukultur im Dorf und in den Baugebieten. Bei 60 Prozent des Flächenverbrauchs in Bayern für Wohnsiedlungen sei diese Entleerung der Ortskerne bei gleichzeitiger Zunahme der Außenentwicklung sehr kritisch zu sehen. Jahnke: „Deshalb ist auch das Nichtbaubaukultur, wenn es gelingt, die Altortbereiche für die hier Lebenden so attraktiv zu erhalten, dass sich die Ortskerne wieder füllen.“

### „Generationenkultur“

Dr. med. Dieter Morbach, Sprecher des Generationenhauses in Sontheim/Landkreis Unterallgäu, regt seinerseits unter dem Stichwort „Generationenkultur“ einen Dialog zwischen Jung und Alt an. Um die Integration der Neubürger der Gemeinde zu verbessern, die Vereinzelung und Vereinsamung zu verhindern und damit die dörfliche Lebensqualität zu heben, verfolge man das Projekt Generationenhaus. Der Vorteil: Die sozialen Angebote könnten im eigenen Dorf wahrgenommen werden, was kürzere Verkehrswege, Zeitersparnis, Geldersparnis und die Schonung der Umwelt zur Folge habe.

### Chancengleichheit

Durch die Wahrung der Chancengleichheit von Schlüsselkindern würden spätere Probleme im sozialen Bereich verhindert. Durch Weiterbildungskurse für Sontheimer Bürger verbesserten sich die Chancen im Beruf. Der Erhalt der Gesundheit und der geistigen Fitness beuge einer frühzeitigen Pflege vor, der Entwicklung des Dorfes zur Schlafstadt werde entgegengewirkt. Ein funktionierendes Generationenhaus präge den Menschen und damit das ganze Dorf. Morbach zufolge ist dieses Projekt überall und problemlos übertragbar auf jede engagierte Gemeinde.

Dr. Josef Heringer von der Bayerischen Akademie für Naturschutz- und Landespflege, versteht die Kulturlandschaft als „Bühne des Lebens“. Jürgen Kreuzer, Erlebnis-Wirt in der Rhön, schildert in launigen Worten, wie es ihm gelungen ist, in seiner Region ein neues Tourismuskonzept aufzubauen. „Nicht in der Nachahmung der Tradition liegt der Gewinn, sondern in der Auseinandersetzung mit ihr“, so Kreuzers Credo. DK



Nach der Segnung der Büste des Regens Johann E. Wagner in Dattenhausen (von rechts): Künstler Martin Barfuß, MdL Martin Sailer, Florian Wagner, Minister Josef Miller, MdL Georg Winter, Bürgermeister Josef Foitl, Monsignore Hans Prieb, Johann Evangelist Wagner (aus der Familie von Regens Wagner), Sr. Gertraud Feihl, Pfarrer Josef Philipp, stellvertretende Landrätin Angela Rieder. Bild: -jdt-

### Dorferneuerung:

## Eine bayerische Erfolgsgeschichte

Musterbeispiel Dattenhausen / Rund 16.000  
freiwillige Arbeitsstunden

Dattenhausen (jdt). Drei Tage lang wurde in dem kleinen Ort Dattenhausen, der zur Dillinger Landkreis-Gemeinde Ziertheim gehört, aus dreifachem Anlass groß gefeiert: die Verkehrs freigabe der Ortsdurchfahrt im Rahmen der „Einfachen Dorferneuerung“ (506.000 Euro), die Sanierung des alten Zehntstadels und seine Gestaltung als modernes Vereinszentrum (767.000 Euro) und auf dem schönen Kirchplatz die Enthüllung des Denkmals für Johann Evangelist Wagner (1807 bis 1886) zu Ehren des größten Sohnes von Dattenhausen.

Der Hauptredner des Festaktes, Landwirtschaftsminister Josef Miller, gratulierte der Dorfgemeinschaft zu einer vorbildlichen Leistung im Rahmen der Dorferneuerung. Vor allem bei der Sanierung des Zehntstadels sei viel Eigenleistung erforderlich gewesen, um die Maßnahme trotz öffentlicher Zuschüsse überhaupt schultern zu können. Rund 16.000 Arbeitsstunden, fast neun Arbeitsjahre eines Einzelnen, hätten die Dattenhäuser ehrenamtlich geleistet.

### Fundament Eigeninitiative

Minister Miller stellte fest, gerade die Dorferneuerung baue auf Eigeninitiative, Selbsthilfe und Eigenverantwortlichkeit der Bürger im Ort. Die immer wieder geforderte aktive Bürgergesellschaft werde in den Dörfern gelebt, ein wichtiger Standortvorteil gegenüber den Ballungsgebieten. Für Unterstützung und reibungslose Zusammenarbeit mit der Direktion für Ländliche Entwicklung dankte Miller dem Bürgermeister Josef Foitl und dem Gemeinderat. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit finde ih-

re Fortsetzung in der Dorferneuerung Reistingen und im Flurneuerungsverfahren im Dattenhausener Ried.

Anerkannt wurde von Josef Miller das Engagement des Landtagsabgeordneten Georg Winter für das Projekt und des Bayerischen Landtages für die Bereitstellung von Dorferneuerungsmitteln: „Gerade in einer Zeit knapper Gelder ist es erfreulich, dass die Abgeordneten die Dorferneuerung als notwendige und unverzichtbare Aufgabe anerkennen.“ In Dattenhausen seien die 136.500 Euro Fördermittel für Dorfplatzgestaltung und Zehntstadel-Sanierung sinnvoll eingesetzt worden.

### Ein „Zukunftsraum“

Minister Miller wies darauf hin, dass mit Dattenhausen Ziertheim jetzt eine von vier Gemeinden im Kreis Dillingen von der „Einfachen Dorferneuerung“ profitiere. Die Dorferneuerung nannte Miller eine „Erfolgsgeschichte“. Je mehr die Auswirkungen der Globalisierung auf das Leben zunähmen, um so mehr Bedeutung erlange für die

## Kommunen und Bauen:

# Falsch verstandenes „Sparen“ statt Zukunftsvorsorge

Von Dr. Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband

Als Gestalter des unmittelbaren Lebensumfelds des Bürgers sind die Kommunen ein bedeutender öffentlicher Bauauftraggeber. Von den Baumaßnahmen der öffentlichen Hand in Höhe von 27 Mrd. Euro werden 16,8 Mrd. Euro, das sind 62,3 %, von Städten, Gemeinden und Landkreisen getätigt. Mit diesem Anteil am gesamten öffentlichen Bauvolumen sind die Kommunen der mit Abstand bedeutendste öffentliche Bauauftraggeber.

Die kommunalen Haushalte sind 2001 in das Defizit gerutscht. 2002 hat sich das Minus ausgeweitet, 2003 konnte der Fehlbetrag nur leicht vermindert werden. Auch 2004 werden die Kommunalhaushalte trotz ansteigender Einnahmen defizitär bleiben.

## Die Kommunen „sparen“ hauptsächlich bei ihren Baumaßnahmen

Als Reaktion auf die Fehlbrüche in ihren Haushalten haben die Kommunen nicht ihre laufenden Ausgaben zu beschränken versucht, sondern sie haben hauptsächlich die Investitionen eingeschränkt. Der Großteil der kommunalen Investitionen besteht aus Baumaßnahmen.

## Bayerische Landesbausparkasse feiert 75-jähriges Bestehen:

# Wegbereiter für Wohneigentum

München. Mit einer Reihe von Aktivitäten feierte die bayerische Landesbausparkasse (LBS) in diesem Jahr ihren 75. Geburtstag. Sie begann 1929 als öffentliche Bausparkasse für Bayern, überstand dem Zweiten Weltkrieg, leistete Wiederaufbauhilfe und gestaltete Bau- und Wohnungspolitik mit.

Das genaue Geburtsdatum der LBS in Bayern ist der 8. Dezember 1929. An diesem Tag unterzeichnete der damalige Innenminister Karl Stützel jenes Dokument, das dem Bayerischen Sparkassen- und Giroverband die Erlaubnis erteilte, eine Bausparkasse zu gründen.

## Wer am Bau „spart“, zahlt später drauf

Bei den Bauausgaben zu sparen, kann unter Umständen später teuer werden. Wenn Erhaltungsaufwendungen unterlassen, notwendige Reparaturen und Sanierungsaufwand nicht getätigt werden, so zieht das oft weit höhere Folgekosten in der Zukunft nach sich. Wer an solchen Ausgaben „spart“, der fördert den Substanzverzehr, der verschleudert letztlich Geld des Steuerzahlers.

## Rückläufige Ausgaben für Abwasserentsorgung

Deutlich rückläufig sind die kommunalen Ausgaben für die Abwasserentsorgung. Innerhalb eines Jahrzehnts haben sie sich

beinahe halbiert. Auch hier besteht das Risiko: Ausgaben vermieden - aber nicht gespart. Denn viele Kommunen haben ihre Ausgaben für die Abwasserentsorgung gekürzt, obwohl sie keine verlässlichen Daten über den Zustand ihres Kanalnetzes haben. Dafür sind umfangreiche Untersuchungen notwendig - und sie sind auch gesetzlich vorgeschrieben.

## Regelmäßige Überprüfung

So schreibt die Bayerische Eigenüberwachungsverordnung den Kommunen vor, in bestimmten Abständen das Kanalnetz und die zugehörigen Bauwerke auf Bauzustand, Betriebssicherheit und Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind zu dokumentieren und fünf Jahre lang aufzubewahren.

## Keine Umsetzung

Doch die Eigenüberwachungsverordnung wird nicht umgesetzt. Nach den Erkenntnissen

der auf diesem Markt tätigen Ingenieurbüros und bauausführenden Unternehmen wird die seit 1995 bestehende Eigenüberwachungsverordnung von den Kommunen nur sporadisch und sachlich unzureichend umgesetzt.

Die geplante flächendeckende Schadenserfassung bis zum Jahr 2005 ist ebenfalls nicht gewährleistet. Im Gegenteil: Aufgrund der prekären Finanzsituation der Kommunen wurde bereits eine Verlängerung der Fristen bei der Schadenserfassung und -kontrolle sowie eine Aufweitung von Grenzwerten gestattet.

## Gewaltige Summen

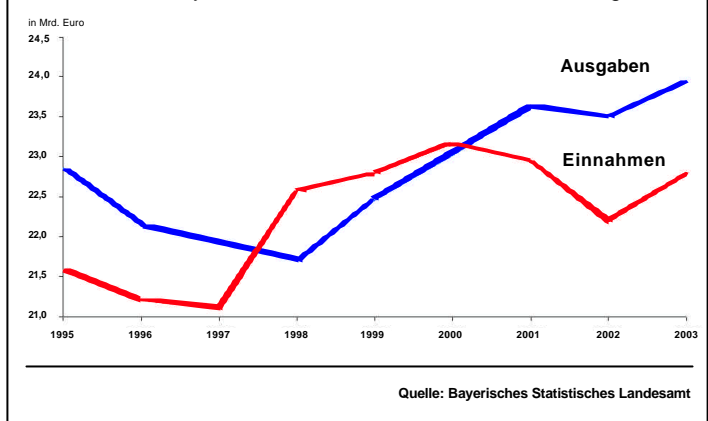
Das ist kein auf Bayern beschränktes Problem. Fachleute halten ein Sechstel des öffentlichen Kanalnetzes in Deutschland für sanierungsbedürftig. Es geht um gewaltige Summen: Deutschlandweit dürften Schadenssummen von rund 75 Milliarden Euro zusammenkommen. Auf Bayern dürften rund 7,5 Mrd. Euro entfallen.

## Die Bombe im Untergrund

Möglicherweise tickt also bereits vielerorts eine Bombe im Untergrund. Schätzungen zufolge dürften deutschlandweit rund 400 Millionen Kubikmeter aus defekten Abwasserkanälen entweichen - eine Menge, die einen Güterzug füllen würde, der zweieinhalbmals um den Globus reicht.

Lecke Abwasserkanäle sind eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit. Wenn ungeklärte Abwässer durch Lecks entweichen, können Trinkwasserreservoirs verunreinigen, Badeseen

Das Defizit der bayerischen Kommunalhaushalte hat sich ausgeweitet



verschmutzt werden, mit hohen Folgekosten bis zu Gesundheitsgefahren.

Die Kommunen, welche die Eigenüberwachungsverordnung noch nicht umgesetzt haben, sind aufgerufen, dies unverzüglich nachzuholen.

## Abwasserentsorgung in Eigenverantwortung der Kommunen

Bislang konnten die bayerischen Kommunen bei der Abwasserentsorgung auf große Unterstützung des Freistaats bauen. Doch diese Mittel laufen aus - und dies ist so richtig. Nachdem bayernweit nahezu Vollversorgung mit Kanälen erreicht ist, gibt es keinen Grund mehr, dass das Land - von Ausnahmen abgesehen - auf diesem Gebiet mit Fördergeldern tätig werden muss.

## Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auf Gebührenbasis

Die Kommunen sollten daher bei Wasser und Abwasser auf

Gebührenfinanzierung umstellen. Bei beiden Kategorien ist genau zuordenbar, wer der Nutzer ist. Wasser und Abwasser können wie ein normales Gut bepreist werden. Eine Steuerfinanzierung ist jedenfalls nicht mehr nötig.

## Privatwirtschaftlichen Lösungsansätzen Raum geben

Privatwirtschaftliche Lösungsansätze wie PPP (Public Private Partnership) oder die vollständige Privatisierung sollten nicht hauptsächlich deshalb zum Zuge kommen, weil die öffentliche Hand ihre Mittel anderweitig ausgibt.

## Effizienzgedanke

Für privatwirtschaftliche Lösungen spricht hauptsächlich der Effizienzgedanke: Häufig sind Private deutlich billiger als der Staat. Und diese entspricht dem Subsidiaritätsprinzip, nach dem der Staat und die Kommunen nur das tun sollen, was sie nachweislich besser können.  $\llcorner$

## „Starthilfe für Bauherren“ neu aufgelegt

Die Broschüre „Starthilfe für Bauherren“ gehört seit Jahren zu den „Rennern“ des Publikationsangebotes des Bayerischen Staatsministeriums des Innern. Die Broschüre informiert Bauherren oder Immobilienkäufer über die einzelnen Stationen der Vorbereitung und der Durchführung eines Bauvorhabens sowie über behördliche Verfahren und Fördermöglichkeiten.

Die Schwerpunkte der Darstellung bilden die Finanzierung eines Bauvorhabens und die Aspekte des Baurechts. In erster Linie wird dabei der Bauherr angesprochen, aber auch der Käufer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung wird sicher manchen nützlichen Hinweis finden. Die jetzt vorliegende Neuauflage ist inhaltlich überarbeitet worden. Die Änderungen betreffen vor allem die Möglichkeiten der staatlichen Förderung und das Baurecht, so z. B. die neuen Anforderungen zur Barrierefreiheit von Bauvorhaben.

Einzel Exemplare der Broschüre können ab sofort bei der Versandstelle, Fa. Vögel, Kalvarienbergstraße 22, 93491 Stamsried, E-Mail: voegel@voegel.com oder per Fax unter (09466) 1276 angefordert werden. Außerdem kann die Gesamtfassung der Broschüre im Internet unter <http://www.stmi.bayern.de/service/publikationen/> abgerufen werden.  $\llcorner$

## Die Anfänge

Am 1. Januar 1930 nahm das zuerst „Öffentliche Bausparkasse für Bayern“ genannte Institut als Abteilung der Bayerischen Gemeindebank mit einer vierköpfigen Büromannschaft seine Tätigkeit auf. Heute ist die LBS Bayern ein Unternehmen der Bayerischen Landesbank und beschäftigt 720 Mitarbeiter im Innendienst. Sie verfügt über einen eigenen Außendienst, der mit 450 Handelsvertretern knapp 20 Prozent des Neugeschäfts der LBS vermittelt. Über vier Fünftel des LBS Bauspargeschäfts gehen auf das Konto der bayerischen Sparkassen.

## 4,5 Mio. Bausparverträge

Seit der Währungsreform 1948 hat die LBS 4,5 Millionen Bausparverträge mit einer Gesamtsumme von über 60 Milliarden Euro zugeteilt. Davon haben in ganz Bayern etwa 1,5 Millionen Wohnungen, hauptsächlich in Ein- und Zweifamilienhäusern, profitiert. Waren es im ersten Geschäftsjahr 1930 noch 889 neu abgeschlossene Bausparverträge über die Summe von 3,5 Millionen Reichsmark, so betreuen die LBS- und Sparkassenberater in Bayern heute fast 1,5 Millionen LBS-Bausparer mit über 2 Millionen Bausparverträgen und fast 44 Milliarden Euro Bausparsumme. Vermittelt wurden von der Währungsreform bis heute 7,4 Millionen Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 120 Milliarden Euro.

Zur 75-Jahrfeier im LBS Haus in München konnte der Sprecher der Geschäftsleitung, Franz Wirmhier, zahlreiche Ehrengäste, Wegbegleiter und Vertreter der bayerischen Medienszene begrüßen. Er erinnerte daran, dass Tausende im ganzen Land den Jubiläumssommer bei Nachbarschaftsfesten, Blade Nights und anderen Open-Air-Parties mit vielerlei Attraktionen gefeiert

haben. Auch dem guten Zweck wurde gedient, deshalb spendete der Außendienst die Tombola-Erlöse der Nachbarschaftsfeste an Rollstuhl-Basketballer und Sehbehinderte, an Kindertagesstätten und Kinderspielplätze.

Auch die Bausparvermittler in den Sparkassen und beim Außendienst ließen sich von ausgefallenen Marketing-Ideen mitreißen. Ferner wurde die Jubiläumsinitiative für die Gewaltprävention in Grundschulen und Kindergärten gestartet.

## Humorvolle Gratulation

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Landesbank und Dezerent der LBS, Dr. Peter Kahn, gratulierte mit humorvollen Worten der Tochter der Landesbank zum Geburtstag. Seit einem Dreivierteljahrhundert sei die LBS ein Teil dieser Bank, bzw. ihrer Vorgängerinstitute. Selbst die kritischen Rating-Agenturen hätten die LBS stets als stabile und ertragsstarke Säule im neuen Geschäftsmodell der Bayerischen Landesbank bewertet. Der Vorstand der Bayerischen Landesbank und der LBS-Dezerent seien stolz auf ihre Bausparkasse.

## Klassenziel erreicht

„Die LBS hat mit exzellenten Leistungen ihr Klassenziel erreicht“, bewertete Peter Kahn das Jubiläumszeugnis, „sie wird mit „summa cum laude“ in die nächste 75-Jahre-Ära versetzt“.

Der Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, Werner Netzel, überbrachte dem bewährten Verbundpartner die Glückwünsche. Im Jahr 2003 hätten die 15.500 Sparkassenkollegen ein Neugeschäft in Höhe von 6,5 Milliarden Euro Bausparsumme vermittelt. Der Bausparvertrag sei für die bayerischen Sparkassen ein wichtiges Kundenbindungsinstrument. Denn eine Umfrage habe gezeigt, dass weit über zwei Drittel der Bausparer mit ihrer Sparkasse zufrieden sind. „Und zufriedene Kunden sind treuere Kunden“. **E. Scholl**

## Wärme und Strom aus einer Hand

Erdgas Südbayern Wärme GmbH versorgt Weilheimer Schul- und Sportzentrum

(Weilheim/München) Mit der Unterzeichnung des Wärmelieferungsvertrages im April 2004 hat die Erdgas Südbayern Wärme GmbH, eine hundertprozentige Tochter der Erdgas Südbayern GmbH (ESB), ein sowohl zeitlich als auch technisch anspruchsvolles Projekt begonnen, das nun nach dem erfolgreichen Umbau abgeschlossen werden konnte. Die Aufnahme der Wärmelieferung ist termingerecht bereits Anfang September 2004 erfolgt. Im Rahmen einer kleinen Feier wurde die Anlage nun offiziell im Beisein von Landrat Luitpold Braun in Betrieb genommen.

Um die Strom- und Wärmeversorgung des Schul- und Sportzentrums gewährleisten zu können, errichtete die ESB Wärme ein Blockheizkraft (BHKW) und eine Heizungsanlage. Im Sportzentrum übernimmt die ESB Wärme die Betriebsführung und den Unterhalt für die vorhandene Kesselanlage und errichtete für die Stromerzeugung zusätzlich ein BHKW. Im Schulzentrum (Gymnasium und Realschule) wurde die vorhandene Kesselanlage mit einer

modernen Brennwertkessel-Anlage erneuert. Alle Anlagen werden mit dem umweltfreundlichen Energieträger Erdgas betrieben. Die Leistungen der Anlagen wurde durch Leistungsmessungen an den Wärmebedarf des Schul- und Sportzentrums ausgerichtet. Der durch das BHKW erzeugte Strom wird an den Landkreis abgegeben und zur Anlage im Sportzentrum geleitet. Falls die Anlage nicht den gesamten produzierten Strom benötigt, wird der zuviel erzeugte

Strom in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Die ESB Wärme GmbH hat die Anlage gebaut und betreibt diese und sorgt ebenso für den kompletten Service. Dafür zahlt der Landkreis Weilheim-Schongau einen Wärme- und Strompreis, der Erzeugung von Strom und Wärme sowie die Investitionskosten, Betriebsführung, Wartung und Reparaturen deckt.

### Contracting gewinnt

„Wir freuen uns sehr, dass wir die Versorgung des Schulzentrums in Weilheim mit Strom und Wärme zukünftig durchführen werden“, so der Geschäftsführer der ESB Wärme GmbH, Martin Heun, und erläutert weiter: „Die Leistungen können sich sehen lassen. So ist eine deutliche Reduzierung der Kesselleistung von 2.300 Kilo Watt (kW) auf 1.300 kW zu vermelden, wie Leistungsmessungen am Gymnasium ergeben haben.“ „Ca. 4,2 Mio kWh Wärme werden erzeugt, das entspricht immerhin einem Wärmeverbrauch von ca. 215 Einfamilienhäusern. Dabei werden ca. 670.000 kWh Strom erzeugt, wo von ca. 2/3 ins öffentliche Netz eingespeist werden und ca. 1/3 vom Sportzentrum verbraucht wird. Darüber hinaus wurde eine Optimierung der Hydraulik der nachgeschalteten Heizkreise (Gymnasium und Sportzentrum) zur Verbesserung der Brennwertnutzung und Reduzierung der umgewälzten Wassermenge erreicht.“

### Modernisieren ohne zu investieren

Contracting bedeutet die Lieferung von Wärme. Das bedeutet, dass der Wärmelieferant nicht nur einen Brennstoff liefert, sondern auch die Investition und den Betrieb in die Wärmeerzeugungs-Anlage leistet. Dadurch wird ermöglicht, dass vor allem Kommunen alte Heizan-

lagen modernisieren können, ohne investieren zu müssen.

Der Einbau der Wärmeanlagen wurde in Kooperation mit dem örtlichen Fachhandwerk bis zur Endabnahme und Inbetriebsetzung durchgeführt. Martin Heun erläutert, „konsequent wurde bei den Ausführungen das örtliche Handwerk mit einbezogen. Allen voran das Ingenieurbüro E3, welches die weitere Bauausführungen koordinierte“.

### Weiterer Meilenstein

„Der Wärmelieferungs-Vertrag ist ein weiterer Meilenstein in unserer langen partnerschaftlichen Zusammenarbeit“, freut sich Martin Heun, Geschäftsführer der Erdgas Wärme GmbH und erläutert weiter: „Die Leistungen können sich sehen lassen. So ist eine deutliche Reduzierung der Kesselleistung von 2.300 Kilo Watt (kW) auf 1.300 kW zu vermelden, wie Leistungsmessungen am Gymnasium ergeben haben.“

„Ca. 4,2 Mio kWh Wärme werden erzeugt, das entspricht immerhin einem Wärmeverbrauch von ca. 215 Einfamilienhäusern. Dabei werden ca. 670.000 kWh Strom erzeugt, wo von ca. 2/3 ins öffentliche Netz eingespeist werden und ca. 1/3 vom Sportzentrum verbraucht wird. Darüber hinaus wurde eine Optimierung der Hydraulik der nachgeschalteten Heizkreise (Gymnasium und Sportzentrum) zur Verbesserung der Brennwertnutzung und Reduzierung der umgewälzten Wassermenge erreicht.“

## 13.000 ESB-Wärmesterne für Südbayern

Warm ums Herz oder zumindest an den Händen wird es Besuchern von Weihnachtsmärkten, ausgewählten Eisstadion und Hallenschwimmbädern: Auch dieses Jahr verteilen ESB-Weihnachtsmänner mit einem Weihnachtengel an den Adventswochenenden wieder insgesamt 13.000 Wärmesterne im Versorgungsgebiet der Erdgas Südbayern GmbH.

Dass die ESB nicht nur im trauten Heim für gemütliche Wärme sorgt, das beweisen an den drei ersten Adventswochenenden Weihnachtsmänner mit Engel im Auftrag der ESB.

### Solange der Vorrat reicht

Nach dem großen Erfolg im letzten Jahr ist die ESB dieses Jahr das erste Mal auch vor Eisstadion und Hallenschwimmbädern präsent. Solange der Vorrat reicht, werden Besucher von 20 Weihnachtsmärkten, fünf Eissta-

tionen und fünf Hallenschwimmbäder im Versorgungsgebiet der Erdgas Südbayern mit insgesamt 13.000 ESB-Wärmestern beschenkt.

### Handwärmer

„Die Wärmesterne der Erdgas Südbayern gehen weg wie warme Semmeln“ so ein ESB-Weihnachtsmann. „Die Leute freuen sich über einen Handwärmer, den sie in der kalten Jahreszeit bei all ihren Wintersport-Aktivitäten verwenden können.“

## Talsole erreicht?

Immobilienpreise im Bayern-Trend nur noch leicht rückläufig

Das Marktforschungsinstitut des RDM Landesverband Bayern e.V. im IVD Süd e.V. hat den traditionellen Herbstmarktbericht „Wohnimmobilien-Kaufobjekte“ vorgelegt. Die starken Preisrückgänge der Vergangenheit haben sich abgeschwächt, zudem begrüßt der Landesvorsitzender Dipl. Kfm. Johannes Schneider, dass der Bundesrat die Abschaffung der Eigenheimzulage gestoppt hat.

Im Gefolge der allgemein schwachen wirtschaftlichen Entwicklung kam es im Jahr 2003 bei den Kaufimmobilien noch zu Preisabschlägen zwischen einem und drei Prozent. Dieser Trend schwächte sich jedoch gegen Ende 2003 ab. Bereits im Frühjahr 2004 blieben die Abschläge für fast alle Objekttypen (gute Wohnlage bzw. guter Wohnwert) gegenüber dem Vorjahr unter einem Prozent oder zeigten eine leichte Aufwärtsbewegung. Jedoch konnten sich diese leichten Zuschläge im Bayern-Trend aktuell nicht halten. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Tendenz wieder rückläufig, wenn auch deutlich gemäßiger.

### Gefestigte Preise

Die Preise in München haben sich auf breiter Front gefestigt. Zwar ist ein Aufwärtstrend nicht in Sicht, aber es ist auch nicht mehr mit größeren Rückgängen zu rechnen. Nur bei wenigen Objekttypen gab es noch leichte Abschläge. Gefragt sind in der Landeshauptstadt denkmalgeschützte Altbauten und Wohnungen, die auch für größere Familien geeignet sind. Bei großen Wohnungen ist nach wie vor nur ein geringes Angebot am Markt. Die Nachfrage nach Bestandswohnungen aus den 50er, 60er und 70er Jahren ist deutlich zurückgegangen, ebenso werden kleine Appartements - sofern sie nicht in Universitätsnähe liegen bzw. eine gute Nahverkehrsanbindung haben - vom Markt weniger nachgefragt.

Im Landesdurchschnitt sind bei den einzelnen Objekttypen (jeweils auf die gute Wohnlage bzw. den guten Wohnwert bezogen) folgende Entwicklungen im Betrachtungszeitraum (Herbst 2003 zu Herbst 2004) festzustellen:

Die Preise beim Einfamilien-

hausbaugrund in Bayern zogen um +1,1 % an. Die bayerischen Großstädte gaben noch nach (-0,6 %), etwas deutlicher die bayerischen Mittelstädte (-2,6 %). In München blieben die Preise stabil.

Beim Baugrund für Geschossbauten verläuft die Entwicklung weiter ansteigend (+2,5 %). Auch hier gaben die bayerischen Großstädte noch nach (-0,3 %), während die bayerischen Mittelstädte (+1,1 %) bei der guten Wohnlage zulegten; auch hier blieb München stabil.

Einfamilienhäuser gaben im Bayernwert um -1,1 % nach; die bayerischen Groß- und Mittelstädte sind mit -0,5 % bzw. -1,4 % im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Auch München verlor beim guten Wohnwert -1,5 %.

Die Preise für Doppelhaushälften mit gutem Wohnwert gaben im Bayernschnitt um

2,4 % nach. München zeigt sich stabil; Groß- und Mittelstädte verloren in dieser Kategorie -0,8 % bzw. -1,3 %.

Bei den Reihenhäusern war sowohl der Bayernwert (-1,8 %) als auch der Wert der Mittelstädte (-3,5 %) und der Großstädte (-0,5 %) rückläufig. Auch München tendiert mit -1,3 % fallend.

Bei den Eigentumswohnungen aus dem Bestand ist die rückläufige Entwicklung der letzten Jahre noch nicht gestoppt. Der Bayernwert lag bei -2,8 %, München bei -2,0 %. Die Großstädte verzeichneten im Schnitt allerdings ein Plus von 0,5 %, die Mittelstädte gaben hier um -2,6 % nach.

Die Preise für Neubaugeigentumswohnungen gingen im Bayernwert um -2,8 % nach unten. In den bayerischen Großstädten scheint die Lage fast stabil (-0,8 %), während in den bayerischen Mittelstädten (-1,4 %) dieser Objekttyp leicht rückläufig ist.

### Direktion für Ländliche Entwicklung Regensburg:

## Dorferneuerungspreise erstmals verliehen

Zum ersten Mal hat die Direktion für Ländliche Entwicklung Regensburg private Initiativen in der Dorferneuerung ausgezeichnet. Aus rund 660 Bewerbern wählte die Jury 45 Bauhaben aus, von denen wiederum 17 Objekte aus der Oberpfalz sowie den Landkreisen Kelheim und Roth in die Endauscheidung kamen.

Bei der Besichtigung der Bauhaben wurden sieben Preisträger in drei Kategorien ermittelt. Darüber hinaus gab es Anerkennungen für die weiteren Teilnehmer der Endauscheidung. „Engagierte Menschen sind das wertvollste (Sozial)Kapital einer Gemeinde. Sie geben unseren Dörfern neue Impulse und erhalten sie lebendig“, meinte Peter Czommer, der Präsident der Direktion für Ländliche Entwicklung (DLE). Dr. Franz-Xaver Scheuerer, der Bezirksheimatpfleger der Oberpfalz, betonte seinerseits die Vermittlung eines positiven Heimatgefühls und der Identifizierung mit dem jeweiligen Raum auch durch die Bauwerke.

Abteilungsleiter Lutz Hauschild präsentierte danach die Preisträger und die Empfänger von Anerkennungen in den drei Bereichen „Umnutzung von Nebengebäuden“, „Sanierung und Umnutzung von Wohngebäuden, zum Teil auch denkmalgeschützte Bausubstanz“ sowie „Vorbereits- und Hofraumgestaltung“. Preisträger sind in der

Kategorie „Umnutzung von Nebengebäuden“ Sebastian Schnurrer aus Rothmühle (Gemeinde Neualbenreuth, Landkreis Tirschenreuth) und Franz Sporer aus Kirchenthumbach (Gemeinde Kirchenthumbach, Landkreis Neustadt/Waldnaab), in der Kategorie „Sanierung und Umnutzung von Wohnhäusern“ Brigitte Brandl aus Lauterhofen (Landkreis Neumarkt), Walburga und Herbert Eckstein aus Wildbad (Stadt Greiding, Landkreis Roth) sowie Irmgard und Harald Schemm aus Pfatter (Landkreis Regensburg) und in der Kategorie „Hof- und Vorbereichsgestaltung“ Annemarie und Harald Pilhofer aus Büchelberg (Gemeinde Neukirchen, Landkreis Amberg-Weilheim) sowie Karolina und Josef Schön aus Ast (Stadt Waldmünchen, Landkreis Cham).

Der Wettbewerb wird künftig alle zwei Jahre stattfinden. Er soll ab 2005 vergleichbar dem Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ neben der Bezirksebene auch auf Landesebene stattfinden. Markus Bauer

### Bayerische Bauindustrie:

## Initiative zur Bekämpfung von Schwarzarbeit

„Der Anstieg der Schattenwirtschaft auf rund 370 Mrd. Euro im letzten Jahr sowie die gestiegene Zahl von Unternehmensinsolvenzen ist ein Alarmsignal. Die ausufernde illegale Beschäftigung muss mit voller Kraft bekämpft werden.“ so Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes.

„Ein ruinöser Konkurrenzkampf, der sich letztlich an der Höhe der Personalkosten entscheidet, wird durch die Auftragsmoral der öffentlichen Hand - der Billigste sei der Beste - extrem begünstigt.“ Ein Abdriften in die Schwarzarbeit unter diesem Kosten- und Existenzdruck erscheint vielen Unternehmen als einzige Überlebenschance.

### Widersinnige Kausalität

„Dass die Kausalität dabei völlig widersinnig ist, liegt auf der Hand.“ Hess weiter: „Um dieser Vergabepolitik den Boden zu entziehen, haben die Tarifvertragsparteien der Bayerischen Bauwirtschaft Ende Oktober gemeinsam mit der Abteilung Finanzkontrolle Schwarzarbeit bei der Oberfinanzdirektion Köln, ein bayerisches Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in der Bauwirtschaft geschlossen. Ziel dieses Aktionsbündnisses ist die Sicherung eines fairen Wettbewerbs unter gleichen Bedingungen sowie die ordnungsgemäße Entrich-

tung von Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung. Ferner soll die Einhaltung der Mindestlöhne und des Sozialkassenverfahrens im Baugewerbe gewährleistet werden.“

Um diese Ziele zu erreichen, hätten sich die Bündnispartner verpflichtet, den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch zu verbessern und das Gesetz konsequent zu vollziehen. Gezielte Kontrollen sollten vor allem die Einhaltung der Mindestlöhne sicherstellen sowie illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit aufdecken.

### Wichtiger Schritt

„Das Bündnis ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.“ lobt Hess. „Doch genügt allein die Bekämpfung der Schwarzarbeit nicht. Die Ursachen müssen angegangen werden. Und da ist es Aufgabe des Staates, an der viel zu hohen Steuer- und Abgabenquote anzusetzen und seine Personalkosten zu senken. Nur durch gemeinsame Initiative ist ein dauerhafter Erfolg möglich.“

## Die Benzinpreisspirale durchbrechen

Erdgas als Kraftstoff ist und bleibt die kostengünstigste Alternative

**Teures Rohöl und hohe Ökosteuer treiben die Preise für Benzin und Diesel an den Tankstellen nun schon seit Monaten immer wieder von Rekordhoch zu Rekordhoch. Mittlerweile kann der Ölpreis nach Einschätzung renommierter Volkswirtschaftler zu einer Gefahr für die Konjunktur werden.**

Doch ein Steuergeschenk, das die Ökosteuer beschert hat, ist noch immer ein Geheimtipp. Sowohl für private Fahrer als auch für das Gewerbe gibt es die clevere Alternative, die auch zukünftig eine sichere, umweltschonende und vor allem kostengünstige Mobilität ermöglicht: Erdgas im Tank.

### Hohe Ersparnis

Denn Mobilität hin oder her – beim Geld hört bekanntlich der Spaß auf. Oder fängt – wie bei Erdgasfahrzeugen – erst richtig an: Der Abgabepreis von hochwertigem Erdgas liegt bei durch-

schnittlich 0,70 EUR pro Kilogramm, was einem Benzinpreis von rund 0,47 EUR pro Liter (0,54 EUR/Liter Diesel) entspricht. Bei einem Durchschnittsverbrauch von sieben Litern Super und einer Fahrleistung von 20.000 Kilometern spart ein Autofahrer mit einem Fahrzeug der Mittelklasse damit zur Zeit rund 900 EUR pro Jahr.

### Potenziale bei Kfz-Steuer

Weitere Einsparungen sind bei Versicherungsprämien um bis zu 15 Prozent möglich. Daneben bedeutet die vergleichsweise günstige schadstoffmäßige Ein-

stufung eines serienmäßigen Erdgasfahrzeugs Einsparpotenziale bei der Kfz-Steuer von mehr als 50 Prozent im Vergleich zu Dieselfahrzeugen. Das Wirtschaftsmagazin Capital hat in seiner Ausgabe 14/2004 errechnet, dass man zum Beispiel mit einem Volvo S80 Bifuel trotz der höheren Anschaffungskosten bereits nach 8.200 Kilometern wirtschaftlicher unterwegs ist als mit einem Benziner oder Dieselfahrzeug.

### Notwendige Anpassung

Und das soll auch so bleiben – zumindest, wenn es nach der deutschen Gaswirtschaft geht. Nach Meinung des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) in Berlin wird zwar im Winter vermutlich eine Anpassung der Erdgaspreise notwendig sein. Grund hierfür ist die so genannte Ölpreisbindung. Die Erdgasproduzenten orientieren sich seit den sechziger Jahren in ihrer Preisfindung am Ölpreis. Die Erdgaspreise folgen dem aktuellen Preis des Öls im Abstand von etwa einem halben Jahr.

„Doch“, so Manfred Scheibe, Geschäftsführer des Initiativkreises Erdgas als Kraftstoff, „wir werden unsere Zusage auf jeden Fall einhalten und mit dem Preis an den Erdgastankstellen auch weiterhin mindestens 30 Prozent unter dem Preis für Dieseldieselkraftstoff liegen.“ Das bedeutet im Vergleich zum Benzin Tanken für die Hälfte.



Erdgasbetriebenes Fahrzeug: Der Fiat Multipla.

### Bayerischer Städtetag fordert:

## Mehr Spielraum bei der Vergabe von Aufträgen !

**Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat erneut gefordert, die Kommunen bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge unter fünf Millionen Euro selbst darüber entscheiden zu lassen, ob sie dabei die VOB anwenden wollen. Vor allem müssten das Nachverhandlungsverbot und die Vorschriften über die Anwendung der verschiedenen Vergabearten gelockert werden.**

Bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge müssen die Kommunen die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/Teil A) anwenden, wenn die Auftragssumme fünf Millionen Euro überschreitet. Nach bayerischem Landesrecht müssen die Kommunen aber auch unterhalb dieses Schwellenwerts die VOB als „Vergabegrundsatz“ anwenden. Der Städtetag drängt seit längerer Zeit darauf, die Kommunen davon zu befreien.

### Befürchtungen

Spitzengespräche zwischen der Staatsregierung, der Wirtschaft und den Kommunen im Juli 2004 haben gezeigt, dass die Wirtschaftsverbände mit aller Macht an der VOB festhalten wollen. Sie befürchten, dass ansonsten der Willkür und der Korruption Tür und Tor geöffnet würden.

Die Staatsregierung hat aber signalisiert, dass man den Kommunen mit Blick auf den Abbau von Bürokratie entgegen kommen möchte. Es wurden vier Vorschläge zur flexibleren Anwendung der VOB entwickelt, die sich als „Zwischenschritt“ verstehen. Kern dieser Vorschläge ist die Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben. So soll beispielsweise die Wertgrenze für die freihändige Vergabe von bisher 10.000 Euro auf künftig 30.000 Euro verdreifacht werden. Bei den beschränkten Ausschreibungen sollen die Wertgrenzen beispielsweise für den Tiefbau

von 125.000 auf 300.000 Euro und für den Hochbau von bisher 75.000 Euro auf künftig 150.000 Euro angehoben werden. Der Städtetagsvorstand hat dies als wesentliche Erleichterung begrüßt, weil unterhalb dieser Wertgrenzen die entsprechenden Ausschreibungsarten ohne weitere Begründung durchgeführt werden können.

### Wertungspauschale

Zugestimmt hat der Vorstand auch einer neuen Wertungspauschale. Diese soll es ermöglichen, von der Pflicht zur Vergabe an den wirtschaftlich günstigsten Bieter innerhalb von bestimmten Bandbreiten abzuweichen. Außerdem sollen Zuwendungen nur noch ausnahmsweise gekürzt oder gestrichen werden, wenn die VOB nicht angewendet wurde. Darüber hinaus sollen die Bieter notwendige Eignungsnachweise, wie beispielsweise Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit nicht mehr für jeden einzelnen Auftrag erneut erbringen müssen.

### Drängen auf Nachverhandlungen

Trotz dieser Erleichterungen drängt der Städtetagsvorstand darauf, dass auch bei einer Ausschreibung und Vergabe nach den Regeln der VOB mit den drei wirtschaftlich günstigsten Bietern über eine Änderung der Angebote und über die Preise nachverhandelt werden darf. Vorbild hierfür sind positive Er-

fahrungen der kommunalen Eigenesellschaften in privater Rechtsform. Außerdem wird gefordert, dass die Kommunen unterhalb des europarechtlichen Schwellenwerts künftig frei darüber entscheiden können, ob sie einen Auftrag freihändig vergeben oder ob sie beschränkt oder öffentlich ausschreiben.

Auch Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement will die Ausschreibungspraxis für die öffentliche Hand lockern. Ein erster Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Vergaberechts liegt im Ministerium bereits vor und soll noch im November den Feinschliff erhalten. Kern der Reform: Für Aufträge unterhalb bestimmter Beträge sollen öffentliche Ausschreibungen nicht mehr zwingend vorgeschrieben werden.

### Wichtiges Instrument

In die Diskussion über eine Befreiung der Kommunen von der Anwendungspflicht der VOB ist endlich Bewegung gekommen. Der Bayerische Städtetag kann sich allerdings mit den erfreulichen Zwischenergebnissen allein nicht zufrieden geben. Die Städte sind sich mit der Wirtschaft einig, dass die VOB ihren Platz als ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Korruption hat. Reagieren muss die Politik aber auch auf die zunehmenden Klagen der Kommunen. Die Kommunen müssen vor unnötigen Formalzwängen befreit werden. Würde man die vielfach als Fesseln empfundenen VOB-Vorgaben lockern, so wäre dies ein Beitrag zur Stärkung des engen Bands zwischen Stadt und Mittelstand. Und dies ist angesichts der Globalisierung des Wettbewerbsdrucks durch die Großkonzerne nötiger denn je.

Stadt Kamen:

## Kompletter Umstieg auf Doppik in wenigen Wochen

Die Stadt Kamen startet zum 1. Januar 2005 als eine der ersten Städte in Nordrhein-Westfalen - und Deutschland - in das neue kommunale Finanzzeitalter. Am 18. November 2004 brachte Kämmerer Jochen Baudrexel den ersten NKF-Haushalt in den Rat ein.

Der 1. Januar 2005 gilt in Nordrhein-Westfalen als Starttermin für die kommunale Doppik. Innerhalb der kommenden vier Jahre sollen alle Kommunen das herkömmliche Rechnungswesen, die Kameralistik, durch das kaufmännische Rechnungswesen in Gestalt des „Neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF)“ ersetzen. Die Stadt Kamen nutzt bereits den frühest möglichen Termin und stellt komplett auf die kommunale Doppik um. Damit sind die Tage der Kameralistik in Kamen gezählt.

### Erträge und Aufwendungen

„Wie ein Kaufmann legt die Stadt eine Bilanz, einen Finanzplan und einen Ergebnisplan vor“, skizziert Bürgermeister Hermann Hupe. Das NKF ermöglicht, dass sich sämtliche Erträge und Aufwendungen ge-

genüberstehen und sich der tatsächliche Werteverlust über Abschreibungen abbilden lässt. So ist erstmals eine vollständige Gegenüberstellung dessen möglich, was die Stadt besitzt und was sie verbraucht. Vor Jahren hat man die NKF-Konzepte in Kamen bereits intensiv verfolgt und 2002 hierfür eine Arbeitsgruppe gebildet, die derart engagiert arbeitete, dass der frühe Start in die Doppik nun möglich wurde.

### Klare Vorteile

Für Kämmerer Jochen Baudrexel liegen die Vorteile auf der Hand: „Durch das neue Finanzsystem wird erstmals auch der Ressourcenverbrauch sichtbar, Kamens Vermögenswerte werden erfasst und abgeschrieben. Durch die gewonnene Transparenz lässt sich der Ressourceneinsatz zukünftig besser planen, Entscheidungen können anhand von Zielvorgaben getroffen werden.“

Die Stadtbilanz weist sämtliche Sachwerte auf, von jedem Kilometer Straße oder Kanalisation bis zum Schulgebäude inklusive Inventar. Kamen kommt so auf das stolze Stadtvermögen von 370 Mio. Euro. Die eigentliche Neuerung sind die Abschreibungen. Künftig zeigt die Bilanz, ob und wie sehr Kamen in Krisenzeiten Werte bei Schulen und Straßen ohne Erhaltungsinvestitionen verzehrt und wieviel die Stadt in

zehn Jahren noch „wert“ ist. Für die Wertbemessungen existiert ein festes Regelwerk; Gutachterausschüsse, Plausibilitätsurteile von Wirtschaftsprüfern und Maßstäbe der freien Wirtschaft dienen zudem der Vermögensbewertung.

Eine der größten Herausforderungen war die Bewertung des Kamener Straßennetzes. Hier kam ein modellhaftes System zum Einsatz: Mit 700000 Fotos, aufgenommen von einem speziell ausgerüsteten Kleinbus, ließ die Stadt ihr Straßennetz digital erfassen. Anhand der Daten wurde der Zustand ermittelt und bewertet.

### Herzstück des NKF

Herzstück des „Neuen kommunalen Finanzmanagements“ der Stadt Kamen ist das neue Software-System mpsNF von MPS Software & Systems GmbH. Heinrich Baumeister, EDV-Leiter der Stadt Kamen: „Mit unserer Entscheidung, einen direkten Schnitt zu machen und einen Komplet-Umstieg auf die Doppik zu wagen, musste natürlich auch das bisherige Verfahren komplett ersetzt werden. Hierzu brauchten wir einen Anbieter, der ein funktionierendes System aus einer Hand anbietet. Mit mps haben wir einen erfahrenen Partner, mit dem wir bisher ausgezeichnet zusammengearbeitet haben - und der mit mpsNF aus unserer Sicht ein sehr gutes System für das neue kommunale Finanzwesen entwickelt hat.“

Die Stadt Kamen ist der erste mps-Kunde, der komplett auf das doppische System umsteigt

und den produktorientierten Haushalt 2005 mit MPS aufgestellt hat. Das Projekt wurde seitens der Mitarbeiter im Rathaus sehr engagiert vorangetrieben, in mehreren Workshops mit dem mps-Entwicklungsteam hat man gemeinsam in enger und intensiver Zusammenarbeit konsequent an der Umsetzung des NKF-Konzepts gearbeitet. So konnte die Stadt in den letzten Jahren auch guten Einfluss auf die technische Entwicklung der Software nehmen. Die intensive Betreuung erfolgte seitens MPS direkt vom Hauptsitz in Koblenz aus.

Raimund Hahn, Entwicklungsleiter bei MPS: „Kamen hat von vorn herein alle betreffenden Fachbereiche in den Projektphasen involviert, alle waren äußerst motiviert, so dass wir das Projekt gemeinsam konstruktiv vorangebracht und somit optimal im Zeitplan realisiert haben.“

### Hintergrund Nordrhein-Westfalen

Das Land Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, dass alle Kommunen in den kommenden vier Jahren die Kameralistik durch das doppische Rechnungswesen in Gestalt des „Neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF)“ ersetzen muss. Das neue Haushaltsrecht tritt ab 1. Januar 2005 in Kraft und definiert eine Übergangsfrist von vier Jahren. Nur eine Handvoll Kommunen starten direkt zum 1. Januar mit der kommunalen Doppik - darunter die Stadt Kamen.

Viele Kunden wählten den schrittweisen Umstieg und arbeiten mit Kameralistik und Doppik parallel, d.h. hier arbeitet man zunächst nur in Teilbereichen des Rechnungswesens auf kaufmännische Art. Weitere mps-Kunden bereiten den kompletten Umstieg auf die Doppik vor.

### Entscheidende Vorteile von mpsNF

mpsNF bietet entscheidende Vorteile gegenüber anderen Systemen: Das umfassende Software-Paket deckt neben der kommunalen Doppik auch weiterhin die kameralen Anforderungen ab und ermöglicht somit wahlweise den schrittweisen oder direkten Übergang zum neuen kommunalen Finanzwesen. Das System ist durch Standard- und spezielle mps-Module äußerst flexibel in Verwaltungen und Betrieben einsetzbar, die verschiedenen Rechnungsstile sind parallel möglich. Basis der Lösung ist Microsoft Business Solutions-Navision, ein modernes und schnelles Client-Server-System (ERP), das sämtliche Anforderungen in puncto Erweiterbarkeit, Flexibilität und Zukunftssicherheit erfüllt. mps und Microsoft können damit Investitionsschutz garantieren.

**Kontakt: MPS Software & Systems GmbH, Carl-Spaeter-Straße 15, D-56070 Koblenz.**

### Neues Kompetenzzentrum in Regensburg:

## Startschuss für „BayLern“

Den Startschuss für die neue Online-Lernplattform des Freistaats Bayern „BayLern“ hat Finanzstaatssekretär Franz Meyer in Regensburg gegeben. Das gemeinsame Online-Bildungsportal der bayerischen Behörden im neuen Kompetenzzentrum in der Bezirksfinanzdirektion Regensburg sei ein wichtiger Bestandteil der eGovernment-Offensive und der Verwaltungsreform der Staatsregierung. Der Freistaat Bayern nutze damit als eines der ersten Bundesländer das Medium Internet konsequent für die Weiterbildung der Beschäftigten.

Die Beschäftigten des Freistaates haben, wie Meyer hervorhob, durch das neue zentrale Online-Lernportal „BayLern“ 24 Stunden am Tag die ganze Woche Zugriff auf interaktive, multimediale Lernmaterialien sowie verschiedene Kommunikations- und Organisationswerkzeuge. Das Pilotverfahren für die Lernplattform wurde gemeinsam mit der Firma IBM eingerichtet. Durch dieses Projekt stärke die Staatsregierung die Eigenverantwortung und Einbindung der Mitarbeiter für deren eigene Weiterqualifizierung.

### Wichtiger Baustein

E-Learning werde zu einem wichtigen Baustein für die Verwaltungsreform und für eine schlankere Verwaltung mit mehr Verantwortung für die einzelnen Beschäftigten, betonte Meyer. Das Lernen werde flexibler und ortsungebundener. Dies lasse höhere Lernerfolge und Lernstabilität durch die Verknüpfung traditioneller und moderner Lernmethoden erwarten. Bei der Entwicklung der Lerninhalte arbeitet die Bezirksfinanzdirektion in Regensburg mit der Akademie für Lehrerfortbildung in Dillingen zusammen, um die Lerninhalte unterrichtswissenschaftlich

aufzubereiten. Zur Erhöhung der Akzeptanz und der Motivation der Mitarbeiter, sich das notwendige Wissen über die Teilnahme an E-Learning-Kursen anzueignen, werde eine laufende Betreuung durch Tutoren über das Behördennetz bereitgestellt.

### Hohe Kompetenz

Rückblickend wies Meyer darauf hin, dass bereits zu Beginn der 90er Jahre das Finanzministerium ein Innovations- und Kompetenzzentrum bei der BFD Regensburg aufgebaut habe. Hier würden insbesondere ressortübergreifende Verwaltungsprozesse bearbeitet.

Heute seien 125 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der IuK-Abteilung der BFD beschäftigt. Damit könnten ein Drittel aller Basiskomponenten des Freistaats Bayern dort betreut werden, wie etwa Verfahren zur Mittelbewirtschaftung, Reisekostenabrechnung, Inventarisierung oder Kosten- und Leistungsrechnung. Die Einführung neuer Verfahren für rund 1800 Dienststellen des Freistaates setze hohe Kompetenz in den Bereichen Schulung, Anwenderbetreuung und Hotline der BFD voraus.

## Von Erfolg gekröntes Alzenauer GIS-Projekt

### Optimierung der Arbeitsprozesse mittels GeoService-Portal der RDE

Das GeoService-Portal der RDE Regionale Dienstleistungen Energie GmbH & CO KG, Würzburg, eine neue innovative Form der Nutzung von Geodaten, setzt Maßstäbe durch die Vernetzung zwischen Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie Kommunen, Behörden und Vermessungsverwaltung. Mit über 40 Neukunden in 15 Monaten im Bereich Kommunen sowie Ver- und Entsorgungsunternehmen von 2.000 bis 50.000 Einwohnern gehört das GeoService-Portal zu den am schnellsten wachsenden Geoportalen.

Die Präsentation der neuen Version des GeoService-Portals, aber auch praktische Beispiele aus Projekten standen im Vordergrund von Anwenderforen in Pfaffenhofen und Bamberg. Stellvertretend sei die Stadt Alzenau erwähnt, die als erste Kommune im Landkreis Aschaffenburg gemeinsam mit der Energieversorgung Alzenau erfolgreich vernetzte Geodaten über das neue RDE-Portal nutzte. Damit stehen alle Informationen über die Infrastruktur für Auskünfte und qualifizierte Entscheidungen in der gesamten Verwaltung digital zur Verfügung.

### Einheitliche Plattform

Zielsetzung der Stadtverwaltung war der Zugang zu Geodaten über eine einheitliche Geo-Plattform für alle Mitarbeiter, um die Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeitsprozesse zu schaffen. Der Stadtrat beriet über die Einführung eines GIS. Dabei sollten nicht nur die digitale Flurkarte, sondern alle verfügbaren Geodaten wie Straßen und Wege, Umweltdaten, Luftbilder, topographische Daten, Raumordnungskataster

sowie die Ergebnisse der vermessungstechnischen Aufnahmen der Stadt Alzenau in einem System zusammengeführt werden.

### Überschaubarer finanzieller Aufwand

Ausschlaggebend für die Entscheidung, RDE den Zuschlag zu geben, war letztlich der überschaubare finanzielle Aufwand, da auf zusätzliches eigenes Personal wie auch den Erwerb von eigenen Softwarelizenzen verzichtet werden konnte. Durch die sehr gute Zusammenarbeit mit der Bayerischen Vermessungsverwaltung konnten die Mitarbeiter bereits nach kurzer Zeit die ersten Daten via Internet nutzen. Nachdem alle Daten in das System integriert waren, gab Alzenaus Bürgermeister Walter Scharwies den symbolischen Startschuss für höhere Leistungsfähigkeit und Qualität in der aktiven Nutzung von Geodaten.

„Die Nutzung vernetzter Geodaten hängt im wesentlichen von der Bereitschaft zur Zusammenarbeit ab“, erklärt hierzu Karl-Heinz Gerl von der RDE. Durch Vermittlung seines

Unternehmens hätten sich Alzenau und die Regierung von Unterfranken zum regelmäßigen Datenaustausch über das GeoService-Portal verpflichtet. Die Stadt nutze kostenlos die Daten des Raumordnungskatasters und die Regierung habe den Vorteil einer Qualitätssicherung und Rücklieferung von Veränderungen über das GeoService-Portal.

Als nächste Schritte sind der mobile Einsatz des GeoService-Portals zur Erfassung von Straßenschäden und der Aufbau eines Straßenkatasters geplant. Mit diesen Daten sollen die Kostenplanung und der Service für die Bürger bei Straßenreparaturen vereinfacht werden. Die ebenfalls geplante Integration der CAD Arbeitsplätze der Planungsabteilung in das GeoService-Portal sind wichtig, um die Aktualität und Fortführung der eigenen Geodaten zu gewährleisten.

### Breites Spektrum

Mit dem Konzept GeoService-Portal bietet die RDE gemeinsam mit ihren Gesellschaftern wie der Energieversorgung Alzenau und der E.ON Bayern AG sowie auch der Servicetochter des Bayerischen Gemeindetags ipse ein breites Dienstleistungsspektrum an und ermöglicht allen Kommunen, Landkreisen und Netzbetreibern den Aufbau von Geo-Portalen mit vielfältigen Synergieeffekten. **DK**

## Geodaten für den „Modernen Staat“

Auf der Messe „Moderner Staat“ in Berlin präsentierten ESRI Geoinformatik GmbH und con terra GmbH gemeinsam Lösungen für den effizienten Umgang mit Geodaten. Neben Basis-technologie standen Softwareprodukte zum Aufbau und Management von Geodateninfrastrukturen im Mittelpunkt.

Die Verfügbarkeit von Geoinformationen stellt ein gesellschaftliches Grundbedürfnis dar. Daher hat der „Rohstoff Geodaten“ traditionell eine starke Verankerung in kommunalen und staatlichen Strukturen. Die hohe wirtschaftliche Bedeutung wird zukünftig noch weiter zunehmen.

### Zukunftssichere Lösungen

Neben der Erstellung von Geobasisinformationen kommt der öffentlichen Verwaltung vor allem die Aufgabe zu, die Bereitstellung des „Wirtschaftsgutes Geodaten“ zu organisieren und die Nutzbarkeit sowohl in der Privatwirtschaft als auch in den staatlichen Organisationen zu gewährleisten und zu verbessern. In diesem Zusammenhang werden Technologien zum Aufbau und zum Management von Geodateninfrastrukturen eine Schlüsselrolle bei der Erschließung des wirtschaftli-

chen Potenzials übernehmen. Aktuell werden auf nationaler und internationaler Ebene nachhaltige Strukturen für eine bestmögliche Nutzung von Geoinformationen geschaffen.

ESRI und con terra sind, nicht zuletzt durch ihre Arbeit in Gremien, Organisationen und Initiativen, aktiv an diesem Prozess beteiligt. Ausgehend von diesen Aktivitäten konnten zukunftssichere Lösungen zum Aufbau von Geodateninfrastrukturen entwickelt werden.

### Software-Paket

Ein Ergebnis dieser Arbeit ist zum Beispiel die in Berlin präsentierte sdi.suite, ein von der con terra entwickeltes, auf internationalen Standards basierendes Software-Paket zum Aufbau und zum Management behörden- und unternehmensweiter Geodateninfrastrukturen.



Hearing des Bezirkes Schwaben:

## Die Krise als Chance nutzen

Diskussion mit Wohlfahrtsverbänden / Grundsatz „Ambulant vor Stationär“

Augsburg (jdt). „Die Krise als Chance - die schwäbische Soziallandschaft im Umbruch“: Unter diesem Leitwort stand ein Hearing des Bezirkes Schwaben zur angestrebten Neuordnung und Zukunftssicherung der Sozialsysteme. Im Tagungszentrum der Evangelischen Diakonissenanstalt Augsburg diskutierten die Repräsentanten des Bezirkes und der Wohlfahrtsverbände. Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert rückte in den Mittelpunkt seines Einführungsvortrages Überlegungen, wie die sozialen Partner in Schwaben Grundlagen schaffen könnten, um die Aufgaben von morgen zu lösen. Die verstärkte Krise der Sozialsysteme erfordere eine Neuorientierung: „Der Kern der Krise besteht zweifellos darin, dass aus Finanzierungsschwierigkeiten heraus die gesetzlich garantierten Rechte der uns anvertrauten Behinderten und Alten ins Rutschen geraten sind.“

Vor zahlreichen Zuhörern betonte Reichert, die Bezirke und Kommunen als Kostenträger des Sozialen seien auch Opfer der sich zuspitzenden Entwicklung („Ganz besonders hart hat es den Bezirk Schwaben getroffen“). Einsicht, Anstrengungen und Kreativität fordernd, müsse man gerechte und zugleich praxistaugliche Lösungen im Dialog aller Partner erreichen. Zu denken sei an die Konstituierung eines „Kreativitätszirkels“, der sich zusammensetzen könnte aus Teilnehmern aus Verwaltung, Politik und Machern der Wohlfahrtsverbände.

### Kommunale Familie einig

Nach Ansicht der Bezirke, so Reichert, werde die Einführung eines bundeseinheitlichen Leistungsgesetzes zur Sicherung der notwendigen Hilfen nötig. Leider würden seitens des Bundes sogar Kürzungen im Behindertenbereich diskutiert. Der Bezirkstagspräsident fügte hinzu, die andere „Stoßrichtung unserer Bemühungen geht in Richtung Freistaat und um die wachsenden Defizite in den Sozialhaushalten auszugleichen. Wir drängen auf die finanzielle Eigenständigkeit der Bezirke, um unsere Aufgaben erfüllen zu können“. Dies solle geschehen ohne Beeinträchtigung der Städte, Landkreise und Gemeinden. Darüber sei man sich angesichts der Finanzlöcher innerhalb der kommunalen Familie einig.

### Zwang zum Sparen

Angesichts der neuen Herausforderungen wurden von Jürgen Reichert Öffnungen in neue Betreuungsformen, die Schaffung

dort müssten Leistungen auf dem Prüfstand gestellt werden, um das soziale System dem vor dem Kollaps zu bewahren.

Alwin Hönicke, Bezirkssprecher der Lebenshilfen in Schwaben, verwies auf die Bedeutung der Frühförderung. Verantwortbare Lösungen sollten gefunden werden, sagte Pfarrer Reinhard Wemhöner, erster Vorsitzender des Diakonischen Werkes Augsburg und Regionalbeauftragter der Diakonie in Schwaben. Eigenleistungen seien nötig. Nicht jeder müsse das „volle Leistungspaket“ erhalten. Weiter erforderlich sei die ethische Orientierung.

### Exquisite Ausstattung

Zur Sprache kam die besondere Ausstattung des Regierungsbezirkes Schwaben mit Be-

### Landwirtschaftsschule Wolfratshausen:

## Frohe Botschaft zum Jubiläum

Erfreuliche Kunde zum 100-jährigen Bestehen der Landwirtschaftsschule Wolfratshausen: Ihr Fortbestand ist gesichert. Bei einem Festakt teilte Landwirtschaftsminister Josef Miller seine Entscheidung mit, künftig an 27 Standorten eine Landwirtschaftsschule mit der Abteilung Landwirtschaft anzubieten. Die Landwirtschaftsschule Wolfratshausen zähle zu diesen Standorten.

Wie Miller betonte, sei eine fundierte und auf die vielfältigen Anforderungen abgestimmte Aus- und Fortbildung die beste Mitgift, die der Staat der jungen Generation mitgeben könne. 936 Landwirte hätten im Schuljahr 2004/05 in Bayern den Unterricht an der Landwirtschaftsschule besucht und sich dort zum Betriebsleiter weitergebildet - rund 14 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

### Eine neue Ära

In der Landwirtschaftsschule habe durch die Verknüpfung mit der Meisterprüfung eine neue Ära begonnen. Bayern habe im Vergleich zu 2001 die landwirtschaftlichen Meisterabschlüsse verdoppeln können und damit

hinderten-Einrichtungen. Pfarrer Wemhöner stellte fest, dass es in Ursberg schon die Behindertenbetreuung gegeben habe, „da gab es in Augsburg noch kein (elektrisches) Licht“. Die Diskussion mit der Zuhörerschaft eröffnete der Vater einer behinderten Tochter mit der Bitte, die Familien der Betroffenen in die Vorbereitung von Veränderungen stärker mit ein zu beziehen.

### Bezirk überfordert

Ein lebhaft diskutiertes Echo hatte inzwischen die erfolgreiche Klage eines Behinderten aus Lautrach vor dem Augsburger Verwaltungsgericht gegen die pauschale fünfprozentige Kürzung der Sozialhilfe durch den Bezirk. Bezirkstagspräsident Reichert reagierte mit dem Hinweis auf die Überforderung des Bezirkes, wenn solche Rückzahlungen in Höhe von rund 15 Millionen Euro an etwa 12.000 Sozialhilfeempfänger fällig würden. Geprüft werden sollen rechtliche Schritte gegen das Urteil.



Diskussion über die Zukunftsfähigkeit der schwäbischen Soziallandschaft. Von links: Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, Moderator Till Hofmann, Domkapitular Peter C. Manz, Pfarrer Reinhard Wemhöner, Ulrich Ertl. Bild: -jdt-

### Sozialhilfeturteil in Schwaben:

## Landkreise vor größten finanziellen Problemen

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg, mit dem die pauschale fünfprozentige Kürzung der Sozialhilfe durch den Bezirk Schwaben für unrechtmäßig erklärt wurde, stellt die schwäbischen Landkreise und ihre Gemeinden vor unlösbare finanzielle Probleme.

„Wir fordern die Wohlfahrtsverbände dringend auf, unverzüglich mit dem Bezirk Verhandlungen aufzunehmen, um nach Wegen zu suchen, wie die Sozialausgaben spürbar reduziert werden können“, so die Landräte Christian Knauer, Aichach-Friedberg, Stefan Rößle, Donau-Ries, und Leo Schrell, Dillingen, bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der schwäbischen Landräte, Landrat Dr. Karl Voegelé, Augsburg. Darüber hinaus erwarten die Landräte aufgrund der hohen Bezirksumlage, dass die Staatsregierung umgehend den Verteilungsschlüssel so umgestaltet, dass in Artikel 15 Finanzausgleichsgesetz den tatsächlichen Belastungen der Bezirke Rechnung getragen wird. Sollten diese Bemühungen scheitern, befürchten die Landräte als einzigen Ausweg die Eingliederung der Bezirke in die Staatsverwaltung.

### OB Dieter Döhla:

## Hof gehört zur Metropolregion Nürnberg/Franken

Die Wirtschaftsregion Nürnberg bereitet derzeit die Aufnahme in den Kreis der Metropolregionen in Deutschland vor. Hof sollte sich Oberbürgermeister Dieter Döhla zufolge darum bemühen, in der neuen Metropolregion Nürnberg/Franken mitzuwirken.

Döhla: „Ich freue mich über die Einladung zur Teilnahme von Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly. Er weiß, dass wir miteinander nicht nur ein Kultur- und Wirtschaftsraum sind, sondern uns auch gemeinsam gut behaupten können. Ich will dem Stadtrat im ersten Halbjahr 2005 die Mitarbeit der Stadt Hof in der Metropolregion vorschlagen.“

Ausdrücklich schließt das Konzept der Metropolregionen auch große ländliche Gebiete mit ein, die mit dem Kernraum durch verschiedene Verflechtungen und Orientierungen verbunden sind. Derzeit sind sieben europäische Metropolregionen in Deutschland definiert: Berlin/Brandenburg, München, Hamburg, Frankfurt/Rhein-Main, Rhein-Ruhr, Stuttgart, Leipzig-Dresden-Chemnitz. In Vorbereitung stehen Nürnberg und Hannover.

### Anknüpfen an die Historie

Mit dem Projekt Metropolregion knüpft man nach Ansicht Döhlas an alte historische Verbindungen an. Eine Metropolregion benötige neben den wirtschaftlichen Argumenten auch die identitätsstiftende Wirkung geschichtlicher Bezüge und sozialer Zusammenhänge. Döhla: „Wir verfolgen damit ein gesamtfränkisches Raumordnungsziel.“

Der OB will bewusst die Öffentlichkeit in die Diskussion einbinden: „Auch wenn es sehr spezifische Fragen der Raumordnung sind, kann eine solche Zukunftsorientierung nicht allein in den engeren Zirkeln der Fachleute und ihrer Gremien erfolgen.“ Auch will er den Eindruck vermeiden, dass mit der Orientierung zur Metropolregion

on dem Konzept Hochfranken eine Absage erteilt würde. „Ganz im Gegenteil erwarte ich mir vom starken Verbund eher eine befähigende Wirkung für die Arbeit der regionalen Wirtschaftsförderung im Landkreis Wunsiedel sowie in Stadt und Landkreis Hof.“

Hof kann nach Auffassung seines Rathaushaupts u. a. mit folgenden Kompetenzen aufwarten:

- 1. Kompetenzfeld Umwelt:** Die Ansiedlung des Umwelt-Landesamtes bis 2006 wird der Kern einer verstärkten Kompetenzbildung, der sich durch die Fachhochschule Hof ergänzt. Das erweiterte Wasserversorgungsamt Hof ist dazu die Behörde, die vor Ort wirksam wird.
- 2. Kompetenzfeld Automobilzulieferung:** Im Autozulieferpark Hochfranken werden Kompetenzen gebündelt, die für Unternehmen höchst interessant sind und beste Bedingungen bieten, um auch in Zukunft innovativ tätig und erfolgreich zu sein.
- 3. Kompetenzfeld Logistik**
- 4. Kompetenzfeld Ost-West:** Die Nähe zur Tschechischen Republik wird nicht als Bedrohung, sondern als Chance gesehen. Einrichtungen und Firmen haben sich längst auf die neuen Möglichkeiten eingestellt.
- 5. Kompetenzfeld Bildung**
- 6. Kompetenzfeld Kunst und Kultur**
- 7. Kompetenzfeld Lebensqualität:**

Hof zeichnet sich durch eine hohe Lebensqualität bei erschwinglichen Preisen aus. Freizeit- und Naherholungseinrichtungen, Angebote für Familien, eine intakte Umwelt und viele Pluspunkte in der näheren und weiteren Umgebung. DK



## Kämmerertagung im Landratsamt Schweinfurt

Die unterfränkischen Kreiskämmerer trafen sich im Landratsamt Schweinfurt zur zweiten Kämmerertagung seit der Wiedereinführung des Arbeitskreises. Besprochen wurden vor allem die anstehenden Veränderungen und Auswirkungen auf die Landkreise im Zusammenhang mit der Einführung von „Hartz IV“ im kommenden Jahr. Einen kurzen Ausblick auf die Veränderungen gab der Schweinfurter Landrat Harald Leitherer bereits in seiner Begrüßung. Anschließend standen Themen und Fachvorträge wie „Auswirkungen von Hartz IV auf den Landkreis Schweinfurt“, „KLR - Betriebswirtschaftliche Elemente und Neues Kommunales Haushaltsrecht“ und „Kommunaler Finanzausgleich“ auf der Tagesordnung. Wolfgang Schraut, Sachgebietsleiter Abfallwirtschaft im Landratsamt Schweinfurt, stellte außerdem die „Abfall und Energie Schweinfurt GmbH“ vor.



Jubiläums-Festakt des Bezirks Niederbayern:

## Von sozialer Gestaltung und kultureller Entfaltung

Erwin Huber und Dr. Georg Simnacher als prominente Gratulanten

Das Jahr 2004 steht für den Bezirk Niederbayern im Zeichen zweier besonderer Jubiläen: Vor 175 Jahren, am 11. November 1829, fand im damaligen Unterdonaukreis die konstituierende Sitzung des ersten „Landrathes“, dem vordemokratischen Wegbereiter des Bezirks, statt; und vor 50 Jahren - am 23. Dezember 1954 - versammelte sich der erste Bezirkstag von Niederbayern, nachdem am 1. Dezember 1954 die „Bezirksordnung für den Freistaat Bayern“ in Kraft getreten war. Diese Jahrestage beging der Bezirk Niederbayern nun mit einer Feierstunde im Bezirksklinikum Mainkofen in Deggendorf.

„Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.“ Mit diesem Zitat des deutschen Philosophen, Sprachforschers und preußischen Staatsmanns Wilhelm von Humboldt (1767-1835) eröffnete Manfred Hölzlein, Bezirkstagspräsident und Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke, die Feierstunde. Er erinnerte an die Bezirkstagspräsidenten seit Wiedergründung 1954: Wilhelm Schönhuber, Franz Graf von Sprei, Josef Hauffellner, Karl Freiherr von Moreau und Sebastian Schenk. Hölzlein selbst bekleidet dieses Amt seit 1998.

### Projekt „175/50plus“

Das Jubiläumsjahr, so Hölzlein, habe eine ausgezeichnete Gelegenheit geboten, die Leistungen, Einrichtungen und Aufgaben des Bezirks Niederbayern darzustellen; auf seine außerordentliche soziale und kulturelle Bedeutung - zwei Kernbereiche bezirklicher Pflichtaufgaben - aufmerksam zu machen. So sei die Idee zum Jubiläumprojekt „175/50plus“, das Anfang Juli auf Wanderschaft geschickt wurde, entstanden - quer durch Niederbayern, in die Städte und Gemeinden hinaus zu den Bürgern. Von der überaus positiven Resonanz sei man angenehm überrascht gewesen. Hölzlein: „Das hat uns bestätigt, dass es wichtig und notwendig ist, an die Öffentlichkeit zu gehen.“

### Erfolgsgeschichte

Mit Staatskanzleichef Erwin Huber und dem Altbezirkstagspräsidenten von Schwaben und Verbandspräsident a. D. des Spitzenverbandes der bayerischen Bezirke, Dr. Georg Simnacher, standen anschließend zwei hochkarätige Redner auf dem Programm, die der „dritten kommunalen Ebene Bezirk“ besonders verbunden sind. Huber betonte, der Bezirk Niederbayern könne auf eine „großartige Erfolgsgeschichte“ zurückblicken, die in Bayern ihresgleichen sucht. Die Niederbayern hätten die Wende zur „Aufstei-

## Hölzlein weist Deimer-Kritik zurück

Mit Nachdruck hat Verbandspräsident Hölzlein im Rahmen des Jubiläums-Festakts die jüngsten Einlassungen des Stadttagspräsidenten Josef Deimer zurückgewiesen, denen zu Folge die Bezirke bei ihren möglicherweise anstehenden Erhöhungen der Bezirksumlage „maßlos“ seien. Deimer hatte erklärt, ein solches Vorgehen „sprengt die kommunale Solidarität“. Wie Hölzlein betonte, werde offenbar nicht zur Kenntnis genommen, dass er im Rahmen seiner Jahrespressekonferenz in München (siehe Seite 1) ausdrücklich erklärt habe, dass von politischer Seite die bislang nur intern angedachten Erhöhungen in diesem Umfang nicht erfolgen würden. Es sei zudem unfair, die Bezirke ständig zum Sparen aufzufordern, da diese im Sozialbereich ihre Pflichtaufgaben auf der Grundlage von Rechtsansprüchen erfüllen müssten. An die Adresse Deimers sagte Hölzlein, die Bezirke setzten hier lediglich bindende Vorgaben um. Wörtlich fügte er hinzu: „Ich betone zum wiederholten Mal, dass uns der Freistaat mit der Verdoppelung der FAG-Mitteln in den vergangenen zwei Jahren sehr geholfen hat. Der zentrale Punkt aber bleibt, dass die Eingliederungshilfe als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in einem Bundesleistungsgesetz geregelt werden muss.“

DK

Gürtel enger schnallen müssen!“

Dr. Georg Simnacher beleuchtete in seinem Festvortrag sowohl die Geschichte der Bezirke als auch die aktuellen Probleme. Nach der Abschaffung der Bezirke 1940 hätten erst 1954 die ersten Bezirkswahlen der Nachkriegszeit stattgefunden. Anschließend seien die erstmals so genannten Bezirkstage zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengekommen.

Die Bezirke dürften ihre stolze Geschichte nicht vergessen, denn ihre Tradition sei zugleich die Kraft Bayerns für eine moderne, starke Zukunftsgestaltung und insoweit ein bayerisches Exportgut für Europa, führte Simnacher aus. In der innerbayerischen Seele bewahre die Bezirksgliederung die historische und damit fundamentale Prägung für das Morgen.

### Konsequenter Weg

Der Bezirk Niederbayern sei von Anfang an und vor allem seit der Wiederbegründung vor 50 Jahren „konsequent den Weg der sozialen Gestaltung und kulturellen Entfaltung“ gegangen, schilderte Simnacher. Die Leistungen der Bezirke seien mit zunehmender Entfaltung des Sozialstaats immer mehr beansprucht worden. Sie hätten so die humane soziale Landschaft in Bayern entwickelt und den Anspruch des Bayerischen Staates, Sozialstaat zu sein, durch ihre enorme Mitträgerschaft miterfüllt. „Leider“, bedauerte Simnacher, „wurde in den letzten Jahren das Darstellungsproblem für die Bezirke, für Menschen am Rande der Gesellschaft Partner zu sein, absolut nicht populär bewertet.“ Da die Bezirke überwiegend nach dem Subsidiaritätsprinzip verfahren, würden ihre Sozialleistungen nicht wahrgenommen, sondern als solche der Wohlfahrtsinstitutionen empfunden.

Simnacher beklagte auch, dass den Bezirken immer mehr Finanzlasten aufgebürdet würden. „Im Interesse aller Kommunen“ mahnte er einen neuen Finanzausgleich an. Er plädierte für eine letztlich gesamtstaatliche Sozialreform, die auch in der Lage sei, die Mentalitäten der Bürger nach den Grundsätzen der Selbstverantwortung und Selbstvorsorge einzubeziehen. Für diesen „Sozialstaats-TÜV“ trete er ein auf allen Ebenen der überörtlichen und örtlichen Sozialhilfe, der Neuordnung des Finanz- und

## Junge Union im Einsatz für Staat und Demokratie

Schanstetten-Schwand. Der CSU-Bezirksvorsitzende Joachim Herrmann rief die Jugendorganisation seiner Partei bei einer Bezirksversammlung der CSU Mittelfranken dazu auf, im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Frühjahr 2008 rechtzeitig auf Talentsuche zu gehen: „Wir brauchen jungen und engagierten Nachwuchs und wir brauchen noch mehr junge Menschen, die sich für Staat und Demokratie einsetzen“.

JU-Bezirksvorsitzender Richard Seidler berichtete von zahlreichen Aktivitäten seiner Organisation und bat seine Mitstreiter, sich verstärkt auch in der CSU zu betätigen. Gemeinsam mit dem ebenfalls anwesenden JU-Landesvorsitzenden und Europaabgeordneten Manfred Weber bezeichnete er die JU als „die einzige politische Jugendorganisation in Bayern, welche die wesentlichen Zukunftsthemen konstruktiv angeht und richtungweisende Ideen wirksam einbringt“.

Joachim Herrmann nannte die durch falsche rot/grüne Wei-

„Wieder ist ein Jahr vorbei und die Welt ist eine andere geworden.“ Mein Chef, der Bürgermeister, trat nachdenklich ans Fenster und blickte auf seine Stadt.

Natürlich kann in der Medienwelt, die wir nun einmal haben, nicht einmal ein Kommunalpolitiker es dem Kalifen Harun-al-Rashid gleichtun, der verkleidet durch Bagdad streifte, um die Meinung seiner Untertanen ungefiltert zu erfahren. Aber der Bürgermeister hat sein Ohr an den Stammischen, bei den Treffen der Ortsverbände oder dem Ratsch im Bäckerladen. Er weiß, wo unsere Leute der Schuh drückt.

Tatsächlich hat sich etwas verändert in den Köpfen und Herzen der Menschen innerhalb der letzten zwölf Monate - niemand weiß, in welche Richtung wir treiben. Das Fremde im eigenen Land ist uns fremder geworden, es macht

## Europäischer Kampf der Kulturen

mittlerweile Angst. Im September 2001 waren wir entsetzt über den Anschlag in New York, die Bilder der Selbstmordattentate in Israel machen uns traurig und wir sehen verständnislos, wie im Irak gegen die Zivilisation gebombt wird. Und trotzdem konnte man sich immer auf den bequemen Standpunkt Goethes zurückziehen, der feststellte, dass es uns nichts angehe, wenn „ferne, hinten in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen“.

Aber seit Madrid im März und den Auseinandersetzungen in den Niederlanden wissen selbst die größten Verdrängungskünstler, dass nicht nur die USA und der Nahe Osten, sondern auch unser seit 60 Jahren auf friedliche Koexistenz fixiertes Europa zum Schauplatz des Kampfes der Kulturen geworden ist. Und quer durch die Parteien und gesellschaftlichen Gruppen erkennt man mit Schrecken, wie wenig man eigentlich von den Menschen weiß, die seit Jahrzehnten bei uns leben. Viel wurde von Multikulti, Respekt vor den fremden Traditionen und von Toleranz geredet - doch im Kern war es Gleichgültigkeit gegen die neuen Nachbarn, die wir nicht nur sprachlich nicht verstehen.

Umlagesystems wie auch bei der Hilfestellung unter dem Gesichtspunkt der Selbstverantwortung, vor allem bei den Behinderten.

Der Frestedner mahnte abschließend Einigkeit in der kommunalen Familie an: „Nur wenn man einig ist, kann man gegenüber dem sehr selbstbewussten Freistaat Bayern etwas erreichen.“ Das kommunale Finanzsystem müsse wieder dem Leistungsvermögen entsprechen und die Neuordnung der Aufgaben sei dringend angesagt. Die Zeit des Neuanfangs sei gekommen. Reformen bedürften nicht nur äußerer Korrekturen, sondern auch der inneren Aufwertung nach gesicherten Prinzipien. DK

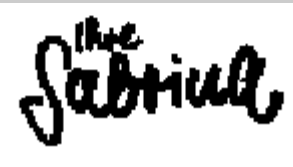


Der Islam fasziniert uns, wenn wir an die herrlichen Moscheen von Buchara oder Isfahan denken, an die Werke bildender Kunst oder die islamische Wissenschaft des Mittelalters, die das antike Wissen vor dem Vergessen bewahrt und der Europas so haushoch überlegen war. Gleichzeitig stoßen uns bis heute vorhandene archaische Rechtsvorstellungen ab und bleiben ver-

schleierte Frauen Fremdkörper in unseren Straßen, weil wir den antiemanzipatorischen Charakter der Kleidungsvorschrift ablehnen.

Wir finden keine richtige Gesprächsbasis mit Muslimen über religiöse Dinge, denn in der islamischen Welt gab es keinen Friedrich den Großen, der meinte, seine Untertanen sollten „jeder nach seiner Façon“ glücklich werden. Kein islamischer Schriftsteller hat je gleich Lessing in seiner Ringparabel die Gleichwertigkeit religiöser Überzeugungen beschworen. Und ein frommer Muslim steht verständnislos vor einer christlichen Gesellschaft, die nur noch zweimal im Jahr volle Kirchen kennt, den Namen Gottes nicht in das wichtigste Vertragswerk des Jahrzehnts - die Europäische Verfassung - aufnimmt und in der sich ein Politiker sogar von hohen Kirchenvertretern kritisieren lassen muss, wenn er für das Schulgebet eintritt. Wir sind säkular und tolerant bis zur kulturellen Selbstaufgabe.

Welche Zeit im Jahr wäre besser geeignet, um über die eigene Existenz und die geistigen Grundlagen der Gesellschaft zu reflektieren als Weihnachten? Ein Muslim fasste den Unterschied zwischen ihm und einem Christen einmal so zusammen: „Du glaubst - ich weiß“. Haben wir dem nichts entgegen zu setzen? Mein Chef, der Bürgermeister, nimmt jedenfalls das Kalenderblatt mit einem Satz des Aufklärers Jean-Jacques Rousseau in die Ferien mit: „Um sich ein Urteil über eine Religion zu bilden, muss man sie nicht aus den Büchern ihrer Bekenner studieren, sondern sie aus dem Verkehre mit denselben lernen.“



## 175 Jahre Bezirk Unterfranken

Auch der Bezirk Unterfranken blickte im Rahmen eines Festakts auf sein 175-jähriges Bestehen zurück. Am 7. Dezember 1829 trat erstmalig im Gesandtenbau der Residenz zu Würzburg der neue Landrath (heutiger Bezirkstag) zusammen, um als gewählte Stände-Vertreter die Probleme des Regierungsbezirks zu erörtern und nach angemessenen Lösungen zu suchen. Unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten, des Grafen von Rechtern-Limpurg, wurde Prof. Wilhelm Joseph Behr zum 1. Präsidenten gewählt.

Der „Landrath“ sah folgende Aufgabenbereiche für die Institution der Landräte (Bezirke) vor: Erstens sollten sie im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die geplanten Gesetzesvorschläge vorberaten und prüfen. Die zweite Aufgabe betraf das Bewilligungsrecht für die Umlagen. Im dritten Aufgabenbereich schließlich sollte die Verwaltung auf niedriger und mittlerer Ebene kontrolliert werden.

### Aktuelle Situation

Auf die aktuelle Situation des Bezirks Unterfranken eingehend, verwies Präsident Albrecht Graf von Ingelheim darauf, „dass alle Mitglieder des Bezirkstags verantwortungsvolle Partner der Kommunen sind“. Dies bedeute konkret: „Die Probleme der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte kennen wir hautnah aus eigener Erfahrung.“ Daraus sei zu folgern, „dass sich der Bezirkstag von Unterfranken nicht in luftleeren Räumen bewegt, abgehobene Finanzpolitik betreibt, sondern die Auswirkungen unserer Entscheidungen im Hinblick auf die kommunalen Partner fest im Blick hat“.

Die durchaus erfolgreiche Fi-

nanzpolitik des Bezirks Unterfranken - obschon er gemessen an der Umlagekraft der dritt-schwächste Bezirk in Bayern ist - resultiere aus dem Umstand, dass die Haushalte nicht mit Schulden finanziert wurden, sondern man immer gewusst habe, „dass die Schulden von heute die Belastungen von morgen sind“.

Im Jahre 2000 sei der Hebesatz maßvoll erhöht worden, womit man immer noch im Mittelfeld gelegen sei. Schrittweise sei er dann gesenkt worden, „um jetzt den niedrigsten Hebesatz in Bayern“ (21,95 Prozent) zu haben. Hinzu komme, dass alle beeinflussbaren Einnahmen und Ausgaben auf den Prüfstand gestellt worden seien.

### Stattlicher „Baum“

Fazit: Prof. Behr und seine Landräthe haben Graf von Ingelheim zufolge 1829 ein zartes „Demokratiepflänzchen“ gepflanzt und der Landrath hat die Basis für den demokratischen Aufbau gelegt. Mittlerweile ist daraus ein stattlicher „Baum“ geworden und die Bezirke sind aus dem föderativen System Bayerns nicht mehr wegzudenken. DK

Körpereinsatz der Wilhermsdorfer Bürgerschaft:

## Gemeinsam einen Spielplatz schaffen

**Wilhermsdorf. Wie wichtig ihnen Bürgerbeteiligung ist, bewiesen Wilhermsdorferinnen und Wilhermsdofer bereits zum dritten Mal: Junge und Alte beiderlei Geschlechts schufen im Neubaugebiet Breiteschbach gemeinsam einen „naturnahen Spiel- und Begegnungsraum“. Und die Gemeinde spart Geld.**

Zwei „naturnahe Spiel- und Begegnungsräume“ gab es bereits in Wilhermsdorf, einer Marktgemeinde im Landkreis Fürth mit 5.000 Einwohnern. Im Neubaugebiet „Breiteschbach“ sollte ein dritter, von den Bürgern selbst errichteter Spielplatz hinzukommen.

Doch würde es abermals gelingen, die Bevölkerung zu mobilisieren? Die Skepsis von Bürgermeister Harry Scheuenstuhl und Planer Heimo Hofmann von der „Forschungsstelle für Frei- und Spielraumplanung“ (FFS) erwies sich als unbegründet. Schon die Informationsveranstaltung im Sommer fand große Resonanz: Wie erhofft kamen

vor allem Bewohner von „Breiteschbach“. Gemeinsam wurde nochmals über das Konzept des Platzes an der dortigen Justin-Neuburger-Straße nachgedacht.

### Alle sollen Hand anlegen

Dass es wichtig und sinnvoll ist, wenn die Bewohner selbst Hand anlegen, um quasi ihren eigenen Spielplatz entstehen zu lassen, bestätigt FFS-Planer Hofmann. Und er Hofmann weiß aus vielfältiger Erfahrung ebenhandwerker macht.

So setzt die Marktgemeinde auch beim dritten Begegnungsraum auf die Zusammenarbeit

mit der hessischen FFS: Zum Einen hat es bereits zweimal hervorragend geklappt. Und zum Zweiten hat die FFS aus Hohe-nahr in ganz Deutschland auf diese Art Spielplätze gemeinsam mit den Bürgern entstehen lassen - nur in Bayern sei man nicht so bekannt, gibt Hofmann zu.

### Ganzheitliche Konzepte

Die entwickelten ganzheitlichen Konzepte sind nicht nur auf das vorgesehene Gelände abgestimmt: Die Wünsche der späteren Nutzer fließen mit ein. Deshalb ist der Platz in Breiteschbach auch nicht nur als Spielplatz, sondern zum Treff für Alt und Jung geplant. Und die FFS zielt darauf ab, die Fantasie der Kinder anzuregen; diese zu gemeinsamem Handeln nach eigenem Antrieb zu animieren, statt sie den Platz „konsumieren“ zu lassen.

Aus Erfahrung konnte Scheuenstuhl auch voller Überzeugung schon im Sommer verkünden: „Wir bauen den Spielplatz in zwei Tagen!“ Auf knapp 1.500 Quadratmetern werde an einem Freitag und einem Samstag im Herbst ein Ort entstehen, an dem sich alle Generationen begegnen - und wo natürlich Kinder gerne

spielen, so Wilhermsdorfs Bürgermeister.

„Jeder kann helfen“: Orts-oberhaupt Scheuenstuhl hoffte, dass auch diesmal Menschen jeden Alters beim Bau mitmachen. Denn gerade wenn Kinder ihren eigenen Lebensraum selbst mit schaffen, fühlen sie sich später dafür mit verantwortlich, so die Erfahrungen des Bürgermeisters gerade beim Spielplatz „In der Hub“: Dieser wird bereits seit knapp 6 Jahren intensiv genutzt.

### Anschauungsunterricht vor Ort

Vor Ort am zweiten Wilhermsdorfer Bürgerspielplatz, der „Klinge“, erläuterten Scheuenstuhl und Hofmann das Konzept für den dritten, „Breiteschbach“ - und die künftigen Bauhelfer brachten ihre eigenen Wünsche ein: Einen „Spielplatz für die Kleinen, wo auch Dreijährige sich wohlfühlen“; dies könnten sie im vorgelegten Entwurf der FFS nicht unbedingt erkennen, war zu hören.

Heimo Hofmann, Planer für „Breiteschbach“, beruhigte: „Es soll nicht so sein, dass einer Euch seinen Plan verkauft. Der Plan ist nur ein Skelett, ein Gerüst: Wir können über jedes Element reden“. Und so wurde über ein „Vogelnest als Schaukel für die Kleinen“ diskutiert oder wie sich „der Spielplatz verändert durch

die Nutzer.“ Gerade für Kleinkinder seien die vorhandenen 1.500 qm „eine Riesenfläche“ - zum Beispiel vom vorgesehenen „Aussichtsturm mit Leiter und Wackelbrücke“ aus betrachtet, erklärte Hofmann auf.

Für diese meist aus Holz gefertigten Teile (sowie für die Planung und Bauleitung der FFS) hatte die Gemeinde Geld bereitgestellt. Den Hauptteil - die Arbeitskraft - müssten die kleinen und großen Wilhermsdorfer selbst einbringen, und das „bei jedem Wetter“, wie Harry Scheuenstuhl im Sommer bereits vorwarnte.

### Notwendige Identifikation mit dem Gelände

„Die Identifikation mit dem Gelände ist wichtig!“. Dieses zentrale Anliegen der FFS hat auch deren Bauleiter Henning Middell verinnerlicht. Deshalb entstand beispielsweise als Mittelpunkt von „Breiteschbach“ ein Atrium mit überdachter Sitzgruppe: Steinquader und Holz dominieren hier. Um dieses Zentrum gruppiert sich das Gelände, durch die Hanglage automatisch in mehrere Ebenen unterteilt. Eine aus Sandstein gemauerte Kletterwand; ein „ruhebetonter“ Sandspielbereich; viele Holzstämmen zum Sitzen: Natürliche Materialien fast überall, von den bürgerschaftlichen Mitarbeitern in Position gebracht.

Die beiden Bauleiter der FFS waren vor allem zu Beginn als Anleiter gefordert, wie Henning Middell berichtet: „Wenn es losgegangen ist, stehen wir nur noch beratend zur Seite.“

Die von der Gemeinde angeschafften Spielgeräte - die gewünschte Vogelnest-Schaukel, Wackelbrücke oder Breitrutsche beispielsweise - ergänzen lediglich die einzelnen Bereiche des neuen Treffpunkts der „Breiteschbacher“, geschaffen am Freitag vor allem durch Hauptschüler, am Samstag hauptsächlich durch die Neubürger im Alter von 2 bis 70 Jahren selbst. Denn: „In diesem neuen Baugebiet kennt jeder jeden, und auch Leute ohne Kinder haben mitgemacht“, berichtet strahlend ein dreckverschmierter Familienvater beim Baumsetzen.

Aus Erfahrung mit solchen Gemeinschaftsaktionen weiß Bauleiter Middell: „Wer mitgearbeitet hat, der geht auch hin.“ Zudem werde mehr darauf geachtet, dass das selbst Erarbeitete nicht durch Vandalismus wieder zerstört wird.

Für die Marktgemeinde Wilhermsdorf gibt es aber noch einen zweiten Grund für den Spielplatzbau durch Bürgerhand, nämlich die verhältnismäßig geringen Kosten: 30.000 Euro betrug das Budget für den 1.500 qm großen „naturnahen Spiel- und Begegnungsraum Breiteschbach“. **Heinz Wraneschitz**

### Vorschau auf GZ 01/02-2005

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 01/02, die am 20. Januar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ◀ Umweltschutz, Lärminderung, Lärmschutz, Bodenreinigung, Luftreinhaltung
- ◀ Abfallwirtschaft und Recycling, Altlastensanierung
- ◀ Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV